BETRIEBSKLIMA HIER? 04

hochschule ost politischakademisches iournal aus

ostdeutschland

Leipzig Juli 1993

7/93

2. Jahrgang

Themen:

Die ostdeutschen Archive

Verbände (-Schicksale) im Osten Teil 3 Mit Beiträgen von:

Ulrich Gever * Volker Kahl * Inge Pardon Hansgünther Meyer Peer Pasternack * Ilko-Sascha Kowalczuk u.a.

Editorial

Archive bewahren etwas. In Ostdeutschland ging es in den letzten drei Jahren vielfach um die Bewahrung der Archive. Föderalisierung, Bundesarchivgesetz und Neuzuordnung hießen die drei Koordinaten, innerhalb derer sich die ostdeutschen Archivare in dieser Zeit bewegen mußten. Die mit der Auflösung eines Staates zwangsläufig sprunghaft wachsende Fülle des aufzunehmenden Archivgutes wurde gleichsam nebenbei bewältigt (und, es sollte vielleicht erwähnt werden, nicht für alle, die sich dabei nicht schonten, fand sich später noch eine Stelle in den neuen Ausstattungsplänen).

Die Zahl der wissenschaftlichen Archivnutzer steigt. Die DDR erlebt endlich einmal eine (wenn auch retrospektive) Konjunktur: als Forschungsgegenstand. Unser erster Themenschwerpunkt widmet sich den Archiven. Auf eine der Lücken in der Behandlung sei ausdrücklich hingewiesen: Die unabhängigen Archive. die sich Ende 1989 / Anfang 1990 gegründet hatten und seither zu verschiedenen Schwerpunkten systematische Sammlungen anlegten, z.T. mit, z.T. ohne den Anspruch eigenständiger wissenschaftlicher Auswertung des Gesammelten arbeiteten diese Archive fehlen in diesem Heft. Die Gründe sind profan: Ihre ABM-Stellen stehen vor dem Auslaufen oder sind bereits ausgelaufen, öffentliche Finanzierungen sind in Frage gestellt, auf Räumlichkeiten lasten Restitutionsansprüche usw. Das bindet Kräfte. Der politische Wille zum Erhalt dieser Archive wird weitgehend vermißt. Da läßt sich schlecht in aller Ruhe ein Artikel schreiben.

p.p.

IMPRESSUM

hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit

beim StuRa der Universität Leipzig, PSF 920, 04 009 Leipzig, Tel. (0341) 719 22 61, Fax 719 22 55.

Verantwortlich: Peer Pasternack.

Redaktion: Sonja Brentjes, Frank Geißler, Monika Gibas, Matthias Middell, Peer Pasternack, Dirk Siebert.

Herstellung: Büro Pauselius, Oststr. 24-26, O-7050 Leipzig.

hso erscheint monatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und läuft jeweils von Okt. - Sept. Schutzgebühren: Einzelheft DM 5,-, Jahresabo (12 Ausgaben) DM 55,- (ostdeutsche Privatabonnentinnen / Studentlnnenabo 33,-; in der akademischen/studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende 20,-).

Kto.: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Selbstverständlich geben die Artikel nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wieder.

Nachdruck mit Quellenangabe ("aus 'hochschule ost', Leipzig, Nr. ...") gestattet. Belegexemplar erbeten.

hochschule

INHALT

politischakademisches journalaus ostdeutschland

THEMAI: Die ostdeutschen Archive	-
Ulrich Geyer: Zur Entwicklung und zur Situation einiger wichtiger ostdeutscher Archive Volker Kahl: Die Archive, Sammlungen und die Bibliothek der ehemaligen Akademie der	5
Künste der DDR	11
Inge Pardon: Vom Zentralen Parteiarchiv der SED über den Verbund Archiv/Bibliothek/ Technische Werkstätten beim Parteivorstand der PDS in die "Stiftung Archiv der Parteien	
und Massenorganisationen der DDR"	15
THEMA II: Verbände (-Schicksale) im Osten Teil 3	
Hansgünter Meyer: Rückblick. Es gab eine Gesellschaft für Soziologie in Ostdeutschland	26
REAKTIONEN	
Briefwechsel zu "Der Unabhängige Historiker-Verband (UHV)" in hso 5/9335:	
Peer Pasternack: Fragen eines lesenden Redakteurs	35
Ilko-Sascha Kowalczuk: Die Geschichtswissenschaft in der DDR und der Unabhängige	
Historiker-Verband. Eine Antwort an Peer Pasternack	41
BERICHTE	
Die Fachhochschulen sind da - neue Möglichkeiten, neue Probleme (S. Kiel)	51
Die Entwicklung der Gemeinschaftlichen Rahmenprogramme der EG für den Bereich der	
Forschung und technologischen Entwicklung (J. Schüller)	59
DOKUMENTATION	
Hans Joachim Meyer: Brief an die CDU-Abgeordneten im Sächsischen Landtag	64
BERICHTE	(TeV
Die 2. Deutsche Mathematikerinnentagung der European Women in Mathematics (S. Handrock)	71
5. Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten sächsischer Hochschulen (P. Pietzsch)	75
Frauenforschung in Sachsen. Erster Teil der Auswahlbibliographie beendet (M. Grünler)	77
DOKUMENTATION	79
Zwölf Punkte des studentischen Bildungsgipfels zur Reformierung der Hochschulen	19
Kultusministerkonferenz: Vereinbarung über die Anerkennung und Zuordnung der Lehrer-	81
ausbildungsgänge der ehemaligen DDR	01
Kultusministerkonferenz: Feststellung der Gleichwertigkeit von Fachschulabschlüssen der	82
ehemaligen DDR	84
Die Bundeswehr und der Tag der offenen Tür der TU Ilmenau (K. Gastinger)	85
Stellungnahme der Humboldt-Universität zum Berliner Hochschulstrukturplan 1993	65
BERICHTE	
Magdeburg: Menschen machen aus Visionen Zukunft (I. Perl)	91
Berlin: SBK am FB Erziehungswissenschaften beendet ihre Arbeit	92
Gründungssenat der Viadrina stimmte Start der Kulturwissenschaftlichen Fakultät zum	4
kommenden Wintersemester zu	94
Brücken blieben erhalten (DAAD)	95
STIPENDIEN	96
AUFPASSEN! Rassismus an den Hochschulen	97
DOKUMENTATION	
StuRa Uni Leipzig: Der Fall Bernard und die Universität Leipzig 1993	98
	101
PODERATIONEN	-
Schaf und Schäfer. Die Reize der Lehre im Osten (W. Fach)	103
Schafherden und Schäferhunde. Die Reize der Belehrung im Osten (F. Geißler/P. Pasternack)	
ochamenden und ochamenden der beitader beleindigint oder (* Combett .) asierrady	

THEMA I: Die ostdeutschen Archive

Ulrich Geyer (Berlin):

Zur Entwicklung und zur Situation einiger wichtiger ostdeutscher Archive

Zu DDR-Zeiten setzte sich das Archivwesen aus dem staatlichen Archivfonds einerseits und Archiven von Parteien, Organisationen, Kirchen und kirchlichen Einrichtungen, Genossenschaften sowie Privatpersonen andererseits zusammen. Der weitaus größte Teil gehörte zum staatlichen Archivfonds, der unter Betreuung der staatlichen Archivverwaltung stand.

Die staatliche Archivverwaltung ist aufgelöst und die zum staatlichen Archivfonds gehörenden Archive der Wirtschaft sind aus diesem herausgelöst. [1] Dies ist die größte formale Änderung, die nach der deutschen Einheit im ostdeutschen Archivwesen vollzogen wurde.

Welche detaillierten Änderungen gab es nun?

Das zentrale Staatsarchiv (ZStA) Potsdam (I) wurde zum Bundesarchiv - Abteilung Potsdam. Es ist, im Prinzip wie früher, hauptsächlich zuständig für das Schriftgut der Staatsorgane der ehemaligen DDR und des Deutschen Reiches.

Das ZStA Merseburg (II), zu DDR-Zeiten ein sogenanntes Historisches (Staats-) Archiv, d.h. es beherbergte die Akten nicht mehr existenter Registraturbildner, ging als Geheimes Staatsarchiv in die Stiftung PreuBischer Kulturbesitz ein. Dabei wurden, sofern sie es wollten, alle Mitarbeiter des Archives mit übernommen.

Die Staatsarchive bzw. die diesen zugeordneten ehemaligen historischen Staatsarchive Potsdam, Magdeburg, Dresden, Weimar, Schwerin, Greifswald, Leipzig, Meiningen, Rudolstadt bzw. Altenburg, Bautzen, Gotha, Greiz, Oranienbaum, Mökkem, Wernigerode, Ludwigslust und Freiberg gingen in die Hoheit der jeweiligen Länder über. Damit wurde in etwa der Zustand wieder hergestellt, der bis zur sogenannten Verwaltungsreform (Zerschlagung der Länder und Schaffung von Bezirken) 1952 von 1949 bis 1952 in der SBZ und später in der DDR bestand. Das Staatsarchiv Dresden wurde jetzt zum sächsischen Hauptstaatsarchiv. Die Staatsarchive Weimar (Thüringen), Magdeburg (Sachsen-Anhalt), Potsdam (Brandenburg), Schwerin (Mecklenburg) und Greifswald (Vorpommern) wurden zu Landesarchiven.

Bei allen Landesregierungen gibt es inzwischen einen Archivbeauftragten. Unterschiedlich ist die Unterstellung des Archivwesens. Teilweise sind die Kultusminister Dienstherr (z.B. Brandenburg), teilweise der Innenminister (z.B. Sachsen). In

den alten Bundesländern ist es ebenso uneinheitlich. In DDR-Zeiten war das staatliche Archivwesen zentral dem Innenministerium (in Form der Staatlichen Archivverwaltung) unterstellt. Dies hatte sich als nicht gerade vorteilhaft herausgestellt. [2]

Die Staatsarchive blieben in ihrer juristischen Stellung unverändert. Einzige Ausnahme war das ostberliner Stadtarchiv, das jetzt, räumlich unverändert, Teil des Landesarchivs Berlin ist.

Problematisch wird es vielfach bei den Kreisarchiven.

Mit Wiedergründung der fünf neuen Länder war von Beginn an eine Kreis- bzw. Gebietsreform vorgesehen. Jene ist z.Z., in unterschiedlichen Stadien, im Gange. Um das Provenienzprinzip aufrecht zu erhalten, müßten eigentlich sämtliche Archive. deren Sprengel sich ändert, zu historischen Archiven werden (d.h. sie müßten zum Zeitpunkt des Abschlusses der Kreisneugliederung ihre Übernahme von Behördenschriftaut beenden und zum Verwalter der bis dahin abgeschlossenen Bestände werden). Für die neuen Gebietskörperschaften müßten neue Archive im neuen Hoheitsgebiet entstehen, eine finanziell als absolut utopisch einzustufende Variante. Noch komplizierter wird es bei Überlappungen ehemaliger Kreis- bzw. Gebietsgrenzen. Zu diesen Fragen müßte unbedingt noch einmal eine Ideenkonferenz von betroffenen Archivaren und politisch Verantwortlichen stattfinden. [3]

Schwierigkeiten gab es teilweise für die Archive der einzelnen Akademien. Endgültig der neuen Rechtsträgerschaft unterstellt ist z.Z. noch gar keines dieser Archive. Abzusehen sind die Lösungen für die der ehemaligen Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Künste. [4] Für das AdW-Archiv, das im Laufe des Jahres Archiv der neugegründeten Berlin-

Brandenburgischen Akademie werden wird und praktisch schon arbeitet, steht das Problem des Dokumentationsprofils. Das Archiv bringt eigentlich den Bestand eines Teilvorläufers (AdW) in den neu zu dokumentierten Registraturbildner ein. Da aber die Auflösung der AdW sich im Prinzip permanent seit der Wende im Herbst 1989 vollzog, d.h. sich einzelne Institute bzw. Fachgebiete repräsentierende Mitarbeitergruppen ausgliederten, teilweise neue Institute gründeten oder in anderen Wissenschaftseinrichtungen aufgingen und dabei größtenteils ihr archivwürdiges Schriftgut mitnahmen, ist die Aussage so nicht aufrecht zu erhalten. Es entsteht eine ähnliche Situation wie in den 50er und 60er Jahren beim Archiv der Max-Planck-Gesellschaft. als sich einzelne Technikbereiche de facto verselbständigten.

Die Archive werden beim AdW-Archiv in die neue Trägerschaft mit übernommen.

Noch keine definitiven Aussagen sind dem Verfasser z.Z. zu den Archiven der ehemaligen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften [5] und der Bauakademie möglich.

Die Archive der Universitäten und Hochschulen sind in ihrer Rechtsträgerschaft unverändert. Im Prinzip wurde ihre juristische Position gestärkt, da die Autonomie der Bildungseinrichtungen, v.a. bei Universitäten, nicht mehr nur auf dem Papier steht.

Die Archive der zentralen Staatsorgane der ehemaligen DDR stellen zwei verschiedenen Kategorien dar. Die überwiegende Anzahl waren Verwaltungsarchive, d.h. im Prinzip Behördenregistraturen, die nach festgelegten Zeitpunkten an das damalige ZStA (I) abgaben. Dieses Schriftgut wurde vom Bundesarchiv - Abteilung Potsdam übernommen. Die Archive einiger Ministerien (z.B. Staatssicherheit, Äußeres, Vertei-

digung, Inneres) waren Endarchive bzw. trugen Endarchivcharakter, d.h. sie waren Behördenarchive. Ausschließlich des Schriftgutes des MfS wurden diese Archive von den obersten Budesbehörden übernommen, die die Nachfolge der jeweiligen DDR-Einrichtungen antraten. Ursprünglich sollten sie alle räumlich am selben Ort verbleiben. Im Falle des Militärarchives zeichnet sich im Moment allerdings die Tendenz ab. das Schriftgut von Potsdam nach Freiburg (Bundesmilitärarchiv) zu verlagem. Andererseits soll das Militärforschungsinstitut von Freiburg nach Potsdam umziehen. Wenn beides tatsächlich voll realisiert werden sollte, wäre dies allerdings mehr als ein Schildbürgerstreich. Das Archiv des ehemaligen MfS wurde bekanntlich zum Kernstück der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (Gauck-Behörde), die ihrerseits eine Sonderdependenz des Bundesministeriums des Inneren ist. Die ehemaligen Bezirksarchive der Staatssicherheit sind vor Ort geblieben und werden vom zentralen Archiv in der Gauck-Behörde angeleitet und koordiniert. Formal sind die Archivare Mitarbeiter bei dieser Behör-

Laut verschiedener Durchführungsbestimmungen des Einheitsvertrages sind die Archive sämtlicher Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR in einen Verbund (Verband) unselbständiger Stiftungen unter formaler Oberaufsicht des Bundesarchives zu überführen. Dieser komplexe Anspruch, das läßt sich jetzt schon feststellen, wird nicht realisiert werden

Seit Januar dieses Jahres (1993) ist das ehemalige zentrale Parteiarchiv der SED, zwischenzeitlich Archiv am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, eine der unselbständigen Stiftungen. Die Archivare sind dabei teilweise Mitarbeiter des Bundesarchives oder haben sogenannte Werksverträge. Die Schwierigkeit bei dieser Archivüberführung waren zwei Fragen. Zum ersten war zu klären, wie sich der Datenschutz bei den reichlich vorhandenen Nachlässen mit der Zugänglichkeit ohne Sperrfrist vereinbaren ließ. Die andere Frage war, daß der inhaltliche Zusammenhang von Archiv und Bibliothek gewahrt blieb.

Das Schriftgut aller übrigen ehemaligen DDR-Parteien ist bisher nicht überführt worden. [6] Weder die CDU (mit dem Schriftgut der Ost-CDU und der Bauempartei. DBD) noch die FDP (mit dem Schriftgut der LDPD und NDPD) haben bisher die Bestimmungen des Einheitsvertrages eingehalten. Die FDP läßt nach langen Verhandlungen die Bereitschaft erkennen, das Archiv der NDPD in die Stiftung zu überführen, während sie keinesfalls das LDPD-Archiv aufgeben will mit der Begründung, bis zur endaültigen Gleichschaltung der I DPD im Jahre 1952 sei diese Partei ein eigenständige Ziele verfolgender Faktor gewesen. Ähnlich argumentiert die CDU betreffs des Archives der Ost-CDU. Sie ist darüberhinaus aber auch nicht bereit, auf das DBD-Archiv zu verzichten, obwohl sie nicht bestreitet, daß die DBD, wie die NDPD. von Anfang an eine Tamorganisation der SED war. Während das Bundesarchiv, in den Verhandlungen vertreten von Dr. Klaus Oldenhage, der FDP-Argumentation zähneknirschend folgen will, hat es im Falle des DBD-Archives juristische Schritte angekündigt. Ein eventueller Prozeß könnte sich allerdings bis zur Jahrtausendwende hinziehen.

Das Archiv des FDGB, zwischenzeitlich Archiv in der Sassenbach-Stiftung, geht in den Stiftungsverbund ein. Ob der Name Sassenbach-Stiftung beibehalten wird, ist dem Verfasser augenblicklich nicht bekannt.

Im Moment in Verhandlung sind die Archive der DSF, des Kulturbundes und des DFD. Wahrscheinlich wird es in allen Fällen zu Kompromißlösungen kommen, da diese Organisationen in veränderter Form weiter existieren

Von Anfang an größtes Problem war das zentrale FDJ-Archiv. Das aus einer Ausgliederung aus der AdW hervorgegangene Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung übernahm ab April 1990 de facto. ab Juli 1990 auch formal, das Archiv, Ständig umstritten, selbst unter den Mitarbeitem des Institutes, war die Form der Übernahme. Dies führte bald zur Spaltung des Institutes und zum Ausschluß fast der Hälfte der Mitarbeiter, was mehrere Prozesse nach sich zog, die teilweise noch heute laufen. Zwischenzeitlich bildete sich ein Beirat aus Historikem, Germanisten und Soziologen, der aber ebenfalls nicht richtig funktionierte. Daraufhin bestand das Bundesarchiv auf der sofortigen Überführung des Archives in den Stiftungsverbund, was von der Institutsleitung abgelehnt wurde. Daraufhin reagierte das Bundesarchiv mit einer gerichtlichen Beschlagnahmung, was von der Institutsleitung ihrerseits mit einer einstweiligen gerichtlichen Aufhebungsverfügung gekontert wurde. Dies ist der augenblickliche stand (März 1993).

In relativ geordneten Bahnen verlief, sofern sie stattfand, die Überführung der Archive der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Dom- und Stiftungsarchive blieben in der Regel unverändert vor Ort. Die Kirchen schlossen sich, bei Übernahme der Archive, über einen unterschiedlich langen Zeitraum hinweg zusammen. Als letzter archivischer Zusammenschluß erfolgte der unter dem Dach der EKD. [7]

Besondere Schwierigkeiten warfen die Archive der Wirtschaft auf. Die Treuhandanstalt hatte dem Bundearchiv anfang 1991

zwar zugesagt, bis zur Übernahme der Archive in die Rechtsträgerschaft der neuen privaten Eigentümer für den vollständigen Erhalt des Schriftgutes zu garantieren. allein die Praxis sah anders aus. Bis zum Jahresanfang 1992 wurde von Verwaltern. Liquidatoren usw. in der Regel Schriftgut kassiert bzw. sich selbst überlassen, sofern nicht Archivare vor Ort dies aufopferungsvoll verhinderten. Erleichtert wurde dies noch durch ein Relikt aus DDR-Zeiten. dem Einteilen in Registraturbildnern seitens der Staatlichen Archivverwaltung in sogenannte Wertkategorien. Die meisten Wirtschaftsarchive fielen dabei in die Wertkategorie III. d.h. in die mit Schriftaut ohne archivischen Dauerwert. Als dann die Vertreter der Treuhand 1992 in Verhandlungen mit den Landes- resp. Staatsarchiven traten, um eine Übernahmevereinbarung für Archive von liquidierten Betrieben bzw. von Betrieben, deren neue Eigentümer kein Interesse für die Archive zeigten, zu erzielen, mauerten die Landesarchive teilweise ihrerseits, da sie sich stellenweise räumlich überfordert sahen. Dies führte wiederum zum Verlust von Archivaut, Inzwischen ist dies einigermaßen geregelt. Die Verluste sind aber unersetzbar.

Völlig ungeklärt ist der Verbleib der Archive der Konsumgenossenschaften, die sich im Jahre 1992 aufgelöst haben. Nach Einschätzung des Verfassers sind sie partiell bewußt vernichtet worden, um massive Finanzmanipulationen zu verschleiern. Über das zentrale Archiv des Konsums ist der Verfasser nicht auskunftsfähig. [8] In den Fällen, in denen sich nicht Stadt-, Kreis- und Gemeindearchive darum bemüht haben, ist ebenfalls von massiven Verlusten bei Schriftgut der ehemaligen LPG's auszugehen.

Noch dramatischer scheint dem Verfasser die Situation der ostdeutschen alternativen bzw. oppositionellen Archive zu sein. War

hochschule ost juli 1993

schon die schriftliche u.a. gegenständliche Dokumentation der oppositionellen Tätigkeit zu Vorwendezeiten aus verständlichen Gründen minimal, so war in der Wendezeit zu registrieren, daß Dokumente wie z.B. die von regionalen und fachspezifischen Runden Tischen nicht vollständig gesichert wurden. Nahezu alle Archive. die sich bis heute dieser Dokumente annahmen bzw. schon zu DDR-Zeiten archivierten, sind ietzt in existenzbedrohenden Finanznöten!

Für alle erwähnten Archive gilt formal das Bundesarchivgesetz (BArchg). In iedem Falle ist es dort zu realisieren, wo der Datenschutz berührt wird. Jenen beachtend gilt, daß Archive im Verbund unselbständiger Stiftungen keine Sperrfristen haben. Für alle anderen Archive existiert die im BArchG festgelegte 30jährige Sperrfrist. Diese kann, nach Abwägung durch die verantwortlichen Archivare, restriktiv aber auch liberal angewandt werden. Unabhängig davon gibt es Archivgut, welches sogenannte zu schützende Staatsinteressen beinhaltet, die einer 80iährigen Geheimhaltungsfrist unterliegen. Diese ist gesetzlich festgelegt, bindend und darf in keinem Falle unterschritten werden (Eine diesbezügliche Gesetzesänderung ist in Archivarskreisen in Diskussion). Bei einer prinzipiellen Einbindung aller Archive in das BArchg muß man aber teilweise erhebliche Abstriche machen. Diese sind einerseits juristisch bedingt, andererseits ergeben sie sich aus der praktischen Situation. Die Archive, die Kirchen, kirchliche Einrichtungen, Religionsgemeinschaften, privaten Wirtschaftseinrichtungen, Parteien, Vereinen. Stiftungen usw. unterstehen oder eigen sind, können Zugang, Nutzerkreis und Verwendungsmodalitäten (unter Beachtung des Datenschutzes) zu und für ihre Archivalien eigenständig festlegen. Dies kann bis zum völligen Ausschluß von Nutzem reichen. In der Regel wird dies aller-

dings nicht der Fall sein. Die andere Einschränkungsmöglichkeit ist durch die praktische Situation der Archive gegeben. Mit der deutschen Einheit kamen durch das teilweise schlagartige Ende von Registraturbildnern derartige Mengen von Schriftgut in einige Archive, daß allein die Sicherungs- und Lagerungsarbeiten bis heute fast die ganze Arbeitszeit ausfüllen. Manchmal müssen daran ausschließlich aus dem Schriftaut, das oftmals bis zum letzten Augenblick im laufenden Dienstbetrieb gebraucht wurde, erst Akten zusanmmengestellt werden. Danach kann erst Verzeichnung und wissenschaftliche, die Nutzung ermöglichende Aufbereitung beginnen. Dies trifft v.a. auf die Archive zu, bei denen eine oberste Bundesbehörde die Rechtsnachfolge antrat.

Obwohl die meisten Archive räumlich wenig Veränderungen unterlagen, stehen viele aus eben erwähnten Gründen vor Raumproblemen. Von Ausnahmen abgesehen. hat sich in den meisten Archiven die technische Ausstattung verbessert. So sind Computer und Kopiergeräte, wenn auch nicht immer ausreichend vorhanden, inzwischen die Regel. Auch das Papierproblem hat sich entspannt. Der fast überall geltende Einsparungszwang hat bei den meisten Archiven zu Einstellungsstop oder zumindest dazu geführt, daß nur ausscheidende Mitarbeiter ersetzt werden. Einzig deutlich davon abweichend Ausnahme ist das Archiv der Gauck-Behörde. Aber auch dort könnten mehr Archivare Verwendung finden.

Insgesamt gesehen ist die ostdeutsche Archivlandschaft in einer schwierigen Situation. Vermutlich erstmalig in der deutschen Geschichte interessieren sich grö-Bere Menschenmassen über den traditionellen Nutzerkreis wie Historiker, Juristen u.ä. hinaus für Archive und ihren Fundus. Und gerade in diesem Moment stehen die Archive selbst vor ihnen neuen oder zumindest in diesen Dimensionen neuen Situation wie Rechtsträgerwechsel, sind ändernden Rahmengesetzen, riesiger Zuwachs an zu bearbeitendem Schriftgut oder für die Archivare sind ändernde arbeitsrechtliche Bedingungen. Dies erklärt teilweise auch, warum sich relativ wenige Institutionen, Organisationen und Personen der Gesamtproblematik annahmen. Neben den Beauftragten des Bundesarchives, zumindest was den direkten Zuständigkeitsbereich betrifft, waren dies einige Bürgerrechtler wie Wolfgang Templin, vereinzelte Historiker und Archivare und der Unabhängige Historikerverband.

Diese geringe Zahl ist bedauerlich, wird doch wahrscheinlich nie wieder der Begriff Archiv von so vielen Menschen richtig interpretiert und insgesamt positiv bewertet werden. Wahrscheinlich also wird es für das Archivwesen nicht so schnell wieder die Chance geben, gegenüber Staat, Ländern. Kommunen und Privatiers mit Anhang im Rücken Forderungen zu stellen. Die Erfüllung solcher Forderungen aber würde dazu führen, daß manche Archive ihre Nutzerdienste schneller wieder aufnehmen könnte, und daß für die Nutzer bedienenden Archive nicht ailt , die Akten entweder in großer Quantität oder hoher Qualität zu erschließen und zur Verfügung zu stellen, sondern sowohl großer Menge als auch hoher Qualität

Für dieses Ziel sollten Archivare und Nutzer an einem Strang ziehen.

Ulrich Gever, Dipl.-Archivar/Historiker. Gründungs- und Vorstandsmitglied des Unabhängigen Historiker-Verbandes, ist tätig beim Auswärtigen Amt, Dienststelle

Berlin, Politisch-Historisches Archiv (Archiv des ehemaligen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR)

hochschule ost juli 1993

Anmerkungen

[1] Das Archiv der Akten der NS-Zeit beim ehemaligen MfS gehört jetzt als Außenstelle Hoppegarten (Brandenburg) zum Bundesarchiv. Vgl. Vortrag (als Aufsatz) Matthias Wagner "Das Archiv der NS-Akten des ehemaligen MfS" Berlin Januar 1993

[2] vgl. Referat Ulrich Geyer "Akten der staatlichen Organe der ehemaligen DDR" bei gemeinsamer Tagung der "Historischen Kommission zu Berlin" und dem "UHV" im September 1992 in Berlin in Sonderheft 1992/93 der HiKo

[3] ebenda

[4] vol. Artikel Volker Kahl in diesem Heft

[5] vgl. Referat Siegfried Kuntsche auf Kolloquium des UHV "Archivwesen der früheren DDR-Bilanz und Perspektiven" im Juni 1991 in Berlin im Konferenzbericht von Ulrich Gever in "Archivar" H 1/ 1992

[6] vgl. Artikel Mitchel G. Ash und Ulrich Geyer "The current Situation of the Archives of the New German States" in "Arbeitskreis Nachkriegsgeschichte" Third Issue Winterausgabe 1991/92

[7] ebenda

[8] eventuell sollte dazu Rainer Karisch, Forschungen zu Wirtschaftseinrichtungen der ehemaligen DDR (Spezialgebiet Chemieindustrie), um Auskunft gebeten werden.

[9]vgl. Dokumentation über den UHV von Ilko-Sascha Kowalczuk in: "hochschule ost" 5/1993, S. 66-77.

Volker Kahl (Berlin):

Die Archive. Sammlungen und die Bibliothek der ehemaligen Akademie der Künste der DDR

Die Archive, die Sammlungen die Bibliothek der Akademie der Künste am Robert-Koch-Platz in Berlin standen 1989/ 90 - wie viele andere Einrichtungen auch - vor der existentiellen Frage, ob und in welcher Weise die Arbeit fortegführt werden kann. Um darauf eine Antwort zu finden, war es notwendig, die neue, nun gesamtdeutsche Archivlandschaft zu analysieren, das eigene Profil zu hinterfragen und im Ergebnis dieser Überlegung Varianten zu entwickeln, die sachlich fundiert, von der Öffentlichkeit akzeptiert und nicht zuletzt finanzierbar waren.

Die Archive der Akademie waren abteilungsweise, den vier klassischen Kunstsparten folgend, gegliedert: die Literatur, die Darstellende Kunst (einschließlich der Filmkunst), die Bildende Kunst und die Musik. Dokumente zur Architektur wurden nicht einbezogen, da die Bauakademie hierfür der geeignetere Ort und die Akademie der Künste/Ost keine Sektion Baukunst besaß.

Die gesammelten Quellen umfaßten den Zeitraum vom Ausgang des Kaiserreiches bis zur Gegenwart. Den Grundstock des Archivfonds bildeten dabei die Nachlässe von Akademiemitgliedern, wobei in immer stärkerem Maße neben

ästhetischen Kategorien kultur- und zeitgeschichtliche Aspekte die Sammeltätiakeit mitbestimmten, die Grenze des akademischen Bereiches notwendigerweise weit überschritten.

In zunehmendem Maße wurde versucht, charakteristische Erscheinungen, Entwicklungen, Ausformungen des kulturellen Lebens in der DDR quellenmäßig zu sichem, aufzubereiten, der Forschung und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. So entwickelte sich seit 1950 ein Gesamtbestand, der 1989 über 230 Nachlässe und Sammlungen, ca. 21.500 Kunstwerke (Gemälde, Graphik, Skulpturen). 18.000 künstlerische Plakate und 150,000 Bücher (Allgemeine Bibliothek und Nachlaßbibliotheken) umfaßte. Hinzu kamen mehrere Gedenkstätten, die von der Akademie betreut wurden.

Jedwede Zukunftsorientierung mußte diese Gegebenheiten berücksichtigen, wobei die neuen Rahmenbedingungen, zu denen auch das sich abzeichnende Ende einer eigenständigen "Ostakademie" als tragender Einrichtungen zu zählen war, nicht außer Acht gelassen werden durfte. Dabei ergaben sich hauptsächliche Gesichtspunkte:

1. Die gewachsene Struktur des Ge-

samtbestandes, seine innere Einheit, muß erhalten bleiben. Ein wesentliches Charaktenstikum unserer Einrichtung besteht in der Vereinigung unterschiedlicher Kunstrichtungen unter einem Dach, ein Prinzip, das der Organisationsstruktur der Künstlersozietät nachgestaltet ist, und das sich sowohl nach innen als auch nach außen als fruchtbar und effektiv erwiesen hat. Diese Breite des Sammlungsgebietes stellt eine gewisse Besonderheit dar; in der Regel spalten sich ähnlich geartete Institute in einzelne Archivtypen (Literaturarchive, Theaterarchive etc.) auf.

Der Forschung wird damit ein großer Vorteil geboten: die Vernetzung und die Bezüge der Bestände untereinander können gattungsübergreifend nachvollzogen werden, ohne daß aufwendige Standortrecherchen und Reisen notwendig sind.

2. Der Schwerpunkt der Sammeltätigkeit mußte gemäß der föderalen Struktur der Bundesrepublik modifiziert werden, ohne dabei das charakteristische Profil des bisherigen gewachsenen Archivfonds infrage zu stellen. Dies bedingt, daß das Archiv als eine aktiv sammelnde Einrichtung erhalten bleibt und nicht zum bloßen Nachlaßverwalter einer vergangenen Epoche degradiert wird. Die Gründe dafür liegen zum einen im Weiterwirken der Künstler, die ihre Arbeit ja nicht mit dem Ende der DDR eingestellt haben, und zum anderen in der Tatsache, daß auch die 40 Jahre DDR Teil deutscher Geschichte sind, mit Wurzeln, die weit in die Vergangenheit reichen, und mit Auswirkungen, die den 9. Novmeber 1989 überdauem.

3. Die Betreuung der Bestände erfolgte durch hochmotivierte und gut ausgebildete Fachkräfte, deren Wissen und Können für eine qualifizierte Führung des Archivs unverzichtbar war und deren Arbeitsmöglichkeiten erhalten werden mußten.

Von diesen Prämissen ausgehend wurde eine Vielzahl von Gesprächen mit ähnlichen Archiven in der alten Bundesrepublik geführt und sehr früh Kontakt zum Bundesministerium des Innern hergestellt. Nach einer Phase externer und interner Diskussionen über die Rolle der neuen Einrichtung in der gesamtdeutschen Archivlandschaft, den Möglichkeiten und Grenzen, kristallisierte sich als tragfähigste und den gegebenen Bedingungen am besten entsprechende Variante des Zusammengehen mit dem Archiv der Akademie am Hanseatenweg (ehemals Berlin-West) heraus. Die Gründe dafür lagen zum einen in der parallelen inneren Struktur (auch dieses Archiv erstreckte seine Sammeltätigkeit auf alle Kunstsparten), zum anderen verhalten sich ein Großteil der Bestände - vor allem im Bereich des Exils - komplementär zueinander, sie ergänzen sich. Die Nähe reicht in einigen Fällen bis hin zur gemeinsamen Provinienz, so daß es bei einer Zusammenführung beider Einrichtungen zu einer "Wiedervereinigung" ehemals getrennter Bestandteile kommen würde.

Darüber hinaus befanden sich beide Berliner Kunstakademien in einem, wenn auch schwierigen und langwierigen Prozeß der Vereinigung zu einer Berlin-Brandenburgischen Akademie, so daß neben den inneren sachlichen Gründen für eine Zusammenführung beider Akademiearchive ein zusätzliches organisatorisches Element hinzutrat.

Das Bundesministerium des Innem erkannte sehr früh die gesamtstaatliche Bedeutung der in unserem Haus betreuten Archiv- und Sammlungsbestände, so daß eine finanzielle Mitträgerschaft des Bundes bei der Weiterführung dieses Archivs in Aussicht genommen wurde. Voraussetztung dafür war allerdings, daß dieser zukünftigen Einrichtung eine gewisse haushaltsrechtliche Selbständigkeit gegeben wird. Die Lösung dieses Problems wurde in der Gründung einer rechtlich unselbständigen Stiftung "Archiv der Akademie der Künste Berlin-Brandeburg" gefunden.

Die Anbindung dieses Archivs an die Akademie bleibt erhalten, ohne daß eine Vermischung beider Haushalte erfolgt.

Die Ursache für die verzögerte Fusion beider Archive ist - von unterschiedlichen, einander widerstrebenden Interessen einmal abgesehen - vor allem in der bisher noch nicht erfolgten Neugründung einer Berlin-Brandenburgischen Akademie der Künste zu suchen. Inzwischen wurde der "Staatsvertrag über die Auflösung der Akademie der Künste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik" von allen neuen Bundesländem und Berlin ratifiziert. Die Paragraphen Vier und Sechs regeln die Fortführung des Archivs. Es heißt darin, daß die Bestände als "Sondervermögen ... in der Form einer nicht rechtsfähigen Stiftung des öffentlichen Rechts geführt" und "Die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter ... in dem Umfang, wie es für eine Fortsetzung der Arbeit erforderlich ist, bei der Akademie der Künste in Berlin-Tiergarten fortgesetzt werden."

Damit ist in personeller und finanzieller Hinsicht eine sichere Grundlage für die Fortsetzung der Arbeit gegeben. Die personellen Einschnitte, die das Archiv dabei hinnehmen mußte, waren schmerzlich, stellten aber die grundsätzliche Arbeitsfähigkeit nicht in Frage.

In der Zukunft wird der Forschung und der interessierten Öffentlichkeit ein gro-Bes einheitliches Archiv zur Verfügung stehen, dessen Bestände singuläre Quellen zur Kultur- und Zeitgeschichte der vergangenen einhundert Jahre enthalten. Trotz der Fülle der zu lösenden Einzelprobleme, besonders was die Methoden der Archivarbeit und räumlich-strukturelle Fragen betrifft, wird es keine wesentlichen Einschnitte für die Benutzung geben. Ein Programm der rechnergestützten Verzeichnung wird in Zukunft einen schnellen Nachweis der Dokumente und eine noch kürzere Zugriffszeit ermöglichen.

Die Stiftung Archiv der Akademie der Künste verfügt über ca. 400 Nachlaßbestände, eine Bibliothek mit 300.000 Bänden, eine Kunstsammlung mit 30.000 Gemälden, Graphiken und Skulpturen. Dieser immense Quellenfundus ist durch Findbücher, Karteien und Inventare in einem hohen Grad erschlossen. Für die Unterbringung der Archivalien steht ein 1988 bezogener Archivzweckbau mit einem voll klimatisierten Magazinturm zur Verfügung. Wie sich bereits zeigt, ist das Interesse der Forschung außerordentlich groß. Ein Lesesaal mit dreißig Ar-

beitsplätzen bietet dem Benutzer gute Arbeitsbedingungen. Die retrospektive und zukunftsgerichtete Erwerbungspolitik gewährleistet einen Quellenfundus. der sich ständig erweitert, und mit dessen Hilfe Fragen, die die Gesellschaft an sich selbst und an ihre Vergangenheit

richtet. differenziert beantwortet werden können

Volker Kahl, Achivrat, ist Leiter der Archive. Sammlungen und der Bibliothek der Akademie der Künste/Ost

hochschule ost juli 1993

Inge Pardon (Berlin):

Vom Zentralen Parteiarchiv der SED über den Verbund Archiv/Bibliothek/ Technische Werkstätten beim Parteivorstand der PDS in die "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR"

Die Sicherung und Bewahrung der archivalischen Überlieferungen gehören zu den wichtigsten humanistischen Anliegen gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche, die, wie historische Erfahrungen aus verschiedenen Jahrhunderten belegen, häufig mit Unruhen und Unwägbarkeiten und somit Gefahren auch und insbesondere für Archivaut verbunden waren und sind. Archivalien als authentische Zeitzeugen sind für jegliche Aufarbeitung von Geschichte und Analyse historischer Prozesse unentbehrlich.

Die Sorge um die Erhaltung der Archive der ehemaligen DDR, vor allem die Sicherung der Geschlossenheit ihrer Bestände und deren Benutzbarkeit, bewegt seit dem Herbst 1989 nicht nur die betroffenen Archivare. Wissenschaftler des In-und Auslandes, vor allem Historiker, Politologen, aber auch Journalisten, Dokumentaristen und Biographen bangen um ihre Arbeitsgrundlagen, das unersetzbare Archivaut, die z.T. einmaligen Quellensammlungen, aus denen zu schöpfen noch vielen Forschergenerationen vergönnt sein sollte.

Für das Zentrale Parteiarchiv der SED im Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA) begann im Herbst 1989 ein ebenso ungewöhnlicher wie atemberaubender Existenzkampf. [1] Esging um das Überlebenund gleichzeitig das Wahmehmen neuer Entwicklungsmöglichkeiten

inmitten sich überstürzender Ereignisse und Veränderungen mit oft völlig ungewissem Ausgang.

Mit dem Fall der Berliner Mauer und der Auflösung der DDR gab es eine Chance des Zusammenwachsens bedeutender Kultur- und Wissenschaftspotentiale, die auch für den Bereich Geschichte der Arbeiterbewegung im Berliner Raum verheißungsvolle Perspektiven eröffnete und die Metropoleals internationales Forschungszentrum für diese historische Spezialdisziplin qualifizierte. [2] Den Beständen des Zentralen Parteiarchivs wurde dabei von Fachleuten eine absolut herausragende Bedeutung beigemessen. [3]

Das Zentrale Parteiarchiv stand in der Tradition der Archive der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Parteien. [4] Es verkörperte eine einmalige Sammlung von Archivalien zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und sozialer Bewegungen in Deutschland, zur Geschichte des deutschen Widerstandes und zur SED-Geschichte. Sie gehört zum unveräußerlichen nationalen Kulturgut. Als bedeutendes Spezialarchiv verwaltete das ZPA Bestände von den Anfängen der Arbeiterbewegung im 19.Jahrhundertbis zur Auflösung des Apparates der SED. [5] So gehörten neben dem Marx-Engels-Bestand mit wertvollen Originaldokumenten organisationseigene Schriftstücke der SPD und sozialdemokratischer Organisa-

tionen, vor allem die umfangreichen Überlieferungen des Historischen Archivs der KPD und das Schriftaut der SED, einschließlich der Dokumentationen des Internen Archivs des Politbüros und des Bezirksparteiarchivs Berlin sowie eine breite Quellenüberlieferung zur KPD in den westlichen Besatzungszonen und in der BRD [6] zum einzigartigen Fundus. Er wurde bereichert durch etwa 300 dokumentarische Nachlässe historischer Persönlichkeiten sowie einer Sammlung von über 25.000 Erinnerungsberichten ehemaliger Funktionäre der Arbeiterbewegung, Widerstandskämpfern gegen den Faschismus und Opfern stalinistischer Repressalien. Zu den Sammlungen gehörten ferner z.B. Archivaut über die Arbeiter-und Soldatenräte in der Novemberrevolution, eine Materialsammlung über den Kapp-Putsch 1920, Dokumente zum Spanischen Bürgerkrieg, zum Nationalkomitee "Freies Deutschland" und der Bewegung "Freies Deutschland" für den Westen, Flugblätter und Autographen. Das Bild-Filmund Tonarchiv bewahrte u.a. rund 250, 000 Fotos, Schallplatten, Plakateund historische Tonbandaufzeichnungen.

Die Gefahrender Zersplitterung bzw. Abwanderungdieses unersetzlichen Kulturgutes wurden frühzeitig erkannt. [7]

Konzeptionen und Konstruktivität des Instituts, des Archivs und der PDS, ihre Bemühungen. Archiv und Bibliothek zu retten und einmaliges Kulturgut in seiner genetisch gewachsenen Einheit und Geschlossenheit der Wissenschaft weiterhin verfügbar zu halten [8] trafenauf Widersacher und Gegenkonzepte in den eigenen Reihen [9], staatliche Enteignungsvorstöße [10], Initiativen von Wissenschaftler- und Interessentengruppierungen zur Schaffung institutioneller Lösungen [11] sowie existentielle Bedrohung durch Finanzierungsstopp seitens der Treuhandanstalt. Beglei-

tet wurde dies alles einerseits von Verleumdungen des Parteiarchivs. die von bestimmten Medien kolportiert wurden und die vor allem immer wieder in den ungeheuerlichen Vorwurf mündeten, daß im ZPA den Archivträger kompromittierende Unterlagen vernichtet werden würden [12], andererseits von einer Konsolidierung der "Stimme der Vernunft" und Sammlung kompetenter Kräfte aus Ost und West sowie aus dem Ausland zur Erhaltung von Archiv und Bibliothek im Förderkreis "Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung" unter dem Vorsitz von Dr. Henryk Skrzypczak. [13]

Die Situation der ehemaligen Bezirksparteiarchive der SED, später Landesparteiarchive der PDS. muß hier ausgeklammert werden. Ihr dramatischer Überlebenskampf verdient eine eigenständige Behandlung auch deswegen, weil er in seiner Differenziertheit in den einzelnen Ländern dargestellt werden muß.

Im Herbst/Winter 1989 haben Parteiarchivare, geprägt von ihrem Berufsethos. mit großem persönlichen Einsatz aus Büros, Sekretariaten und Abteilungen des sich auflösenden SED-Apparates Dokumente vor der Vernichtung gerettet. Auf diese Weise waren etwa 500 lfm Schriftgut in das Parteiarchiv geholt worden. Die jährlichen Übernahmen lagen sonst bei ca.70 lfm. Trotzdem vorhandene Überlieferungslücken sind nicht den Archivaren anzulasten, da bereits beim Registraturbildner nicht alle Materialien in die Ablage gelangten. Eine wesentliche Bereicherung erfuhr der SED-Bestand durch die komplette Zuordnung des ehemaligen "Internen Archivs" des Politbüros, die auf Weisung des Parteivorsitzenden Gregor Gysi erfolgte. Er hatte zuvor ein Angebot aus Moskau, das Parteiarchiv dorthin auszulagem, abgelehnt.

hochschule ost juli 1993

Im Umfeld des Gründungsparteitages der SED-PDS im Dezember 1989 und der Gründung des Instituts am 4. Januar 1990 nahmen Vorstellungen zur Sicherung der Bestände des ZPA konkrete Gestalt an. Die Misere der Gesellschaft. Unsicherheit und Illusionen fanden ihren Niederschlag z.B. in der Absicht. Archiv und Biliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung der Zentrale der zu emeuemden Partei unmittelhar anzuschließen, oder in dem auf die Tagesordnung gesetzten kühnen (aber nicht neuen) Projekt des gemeinsam mit der Staatlichen Archivverwaltung der DDR zu schaffenden Nationalarchivs bzw. Zentralarchivs der DDR in Berlin, dem dann Archiv und Bibliothek des IfGA als geschlossene Abteilung mit einem Spezialbestand samt Mitarbeitern zugeordnet werden sollten. [14]

Aussichten auf Erfolg hatten seit Sommer 1990 die Verhandlungen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), denen viele Jahre fachlicher Kooperation zwischen dem ZPA und dem Archiv der Sozialen Demokratie sowie den Bibliotheken vorausgegangen waren. Zunächst sollte von Vertretern der PDS und ihrer Historischen Kommission. der FES u.a. Einrichtungen, die sich der Pflege und Auswertung des archivalischen Erbes der Arbeiterbewegung veroflichtet fühlten.ein wissenschaftliches Dokumentationszentrum "Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung e.V." gegründet werden. Die Einrichtungen der PDS sollten kostenlos eingebracht, der Vorstand paritätisch besetzt, die Mitarbeiter weiterbeschäftigt und die öffentliche Finanzierung durch die Ebert-Stiftung organisiert werden.

"Der forcierte Anschluß der DDR an die BRD, die Gefahr der Übernahme des Parteiarchivs durch den Staat und die Notwendigkeit der finanziellen Entlastung der PDS gebieten, den Verein 'Archiv und Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung' noch vor dem 3.Oktober 1990 zu konstituieren", hieß es in einem Material des PDS-Vorstandes vom 12, 9,1990.

Am 13. September behandelte die Volkskammer der DDR einen Antrag der Fraktionen CDU/DA, SPD, DSU, F.D.P. und Bündnis 90/Grüne, das Archivgut der Parteiarchive des Polithüros der SED und des Zentralkomitees der SED durch den Staat zu sichem, [15] Der Antrag wurde in den Innenausschuß und in den Rechtsausschuß verwiesen, deren Beschlußempfehlung am 20. September lautete, daß ihm wegen "fehlender rechtsstaatlicher Grundlage" nicht zugestimmt werden sollte. [16] In diesem Sinne erfolgte dann auch die Abstimmung durch das erste frei gewählte Parlament der DDR.

Sorge und Eile der PDS werden in diesem Zusammenhang verständlicher: "Angesichts der zunehmenden Gefährdung des PDS-Eigentums, der Versuche, das ZPA durch das staatliche Archivwesen zu vereinnahmen und angesichts der Bestrebungen von verschiedenen Institutionen und Personen. Teile des Archivs und der Bibliothek herauszufordern, kann der Verein Erhalt und Fortbestand von Archiv und Bibliothek nur dann gewährleisten, wenn er als Eigentümer dieses Kulturgutes auftritt... Bisher ist vor allem unter dem Aspekt verhandelt worden, wie Archiv und Bibliothek finanziert werden, inzwischen ist aber in den Vordergrund gerückt, wie sie vor unrechtmäßigem Zugriff anderer Interessenten geschützt werden können...", stellte sie in dem o.a. Dokument vom 12.9. fest.

Trotz Zögerlichkeiten auf beiden Seiten und gravierender politischer Ereignisse wie der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, dem Finanzskandal der PDS, der Personenkrise in der SPD u.a. überstand das gemeinsame Vereinsprojekt all diese Situationen. Satzung, Vereinbarung und Vertrag über die Einbringung nahmen immer konkretere Konturen an.

Im März 1991 wurde die Gründung eines gemeinsamen, wissenschaftlichen, parteipolitisch neutralen und gemeinnützigen Vereins von beiden Seiten als "...real möglicher Weg zur Sicherung von Archiv und Bibiothek und deren Arbeitsfähigkeit angesehen." Der Vereinsgründung stünde politisch nichts mehr im Wege, sagte der Verhandlungsführer der FES, Dr. Burckhardt, der Berliner Zeitung. [17]

Nach der ersten Lesung des Gesetzentwurfes über die Änderung des Bundesarchivgesetzes im Deutschen Bundestag (April 1991) und der Besuche der SPD-Abgeordneten Wartenberg, Thierse, Soell und Schwanitz im PDS-Archiv zeichnete sich ab. daß das gemeinsame Vorhaben mit der Ebert-Stiftung keine politische Mehrheit erhalten wird. Die PDS und auch die FES räumten, unterstützt vom Förderkreis, ein, daß der Trägerverein nunmehr unter "Einbeziehung des Bundes" gegründet werden sollte, hatte dieser doch seinen Anspruch auf SED-Schriftgut unmißverständlich formuliert und könnte schließlich als Geldgeber kontrollierend und mitbestimmend beteiligt sein. Politische Kreise wollten eine privatrechtliche Lösung verhindem und das Bundesministerium des Innern strebte eine öffentlich-rechtliche Lösung im Rahmen des Bundesarchivs an.

Das Zentrale Parteiarchiv hatte sich trotz widriger Umstände zu einer geschätzten Forschungseinrichtung entwickelt, in der mittlerweile täglich bis zu 70 Interessenten fachlich kompetent beraten wurden und Quellen vorgelegt bekamen. Es arbeitete seit April 1990 auf der Grundlageeiner neuen, ander Bundesarchivgesetzgebung orientierten Benutzungsordnung, die breiten Zugang ermöglichte und großzügige Auswertungsbedingungen, einschließlich

Veröffentlichungsgenehmigungen und Kopiermöglichkeiten, bot.

Im November 1990 hatte die Berliner Senatsverwaltung für Kultur die Eintragung von Archiv und Bibliothek im IfGA in das Gesamtverzeichnis national wertvollen Kulturgutes und national wertvoller Archive eingeleitet. Anfang 1991 beschloß der Internationale Archivrat in Paris einstimmig die Aufnahme des Zentralen Parteiarchivs als Mitglied.

Zu den Widrigkeiten gehörten z.B. die aus finanziellen Gründen unvermeidbar gewordene Reduzierung der Belegschaft um 50% (von 52 auf 26 Mitarbeiter) bei gleichzeitig enorm gewachsener Arbeitsanforderung (im gleichen Zeitraum wurden der Gauck-Behörde 3000 Arbeitskräfte bewilligt), die sehr aufwendige Umlagerung der gesamten Archivbestände vom Haus der Parlamentarier in das Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung bei unausgesetzter Benutzung im Herbst 1990 und die damit verbundenen Umbauten sowie die Rekonstruktion des Lesesaals und seine Vergrößerung von 20 auf 40 Plätze [18], die seit der treuhänderischen Verwaltung nicht abreißenden Finanzierungsprobleme (monatelang überfällige Gehälter der Mitarbeiter für geleistete gemeinnützige Arbeit von Archiv und Bibliothek) und schließlich die Abwicklung des Instituts auf Treuhandentscheidund die damit erforderliche verwaltungstechnische Verselbständigung von Archiv, Bibliothek und ihren drei technischen Werkstätten Restaurierung. Buchbinderei und Mikrofilmstelle als Verbund mit all ihren Konsequenzen für die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit.

Eine ausschlaggebende Frage für das Schicksal des Parteiarchivs war die Bewertung des SED-Schriftgutes. Das Verlangen nach Verstaatlichung des ZPA bzw. die Überführung seines SED-Aktenbestandes in Staatseigentum gründete sich auf die These, daß SED-Akten stets als Staatsakten anzusehen seien, und stellte eine
existentielle Bedrohung für das gesamte
Archiv dar. Diese Problematik hat monatelang die Diskussion der Politiker, der Archivare und der Presse maßgeblich bestimmt. Im Parteiarchiv der SED wurden
jedoch niemals "Staatsakten"gebildet; es
war für staatliches Schriftgut nicht zuständig. [19] Die SED-Akten waren in der SED
produziert worden. Sie sind - wie immer
man sie inhaltlich bewerten will - zweifelsfrei deren geistiges und materielles Eigentum.

Bei unbestrittener Verquickung von SEDund Staatspolitik ist von getrennter Schriftgut- Entstehung in den Registraturen der SED und des Staates auszugehen. Der Inhalt des Schriftqutes ist dabei zunächst nicht relevant, denn nicht nach Pertinenzen, sondern nach Provenienzen wurdenim Parteiarchiv Akten gebildet. Parteieinrichtungen standen im Verteilerschlüssel staatlicher Institutionen an vorderster Stelle. Gleichermaßen gelangten Parteibeschlüsse. Informationen etc. in staatliche Ablagen. Es entstanden Mehrfachüberlieferungen - staatliche Schriftstücke finden sich im Parteischriftaut wieder und Parteidokumente in staatlichen Überlieferungen.

Aller Beurteilung ist die Funktionsweise der Mechanismen der SED- und der Regierungspolitik, des Verhältnisses von Partei und Staat, der Machtapparate von SED und DDR zugrunde zu legen. Gerade deshalb war auf das grundlegende, im Archivwesen generell anerkannte und auch in staatlichen Archiven durchweg praktizierte Provenienzprinzip zu verweisen, auf die Archivierung des Schriftgutes innerhalb seines Entstehungszusammenhanges. Aus der spezifischen Ausgestaltung der Funktion der SED einerseits und des Staates andererseits und ihrer Widerspiegelung in Staatsrecht und Staatspraxis

der DDR haben sich zwei deutlich abdegrenzte Archivfonds, der Parteiarchivfond der SED und der Staatliche Archivfonds der DDR, ergeben, die keineswegs miteinander identisch sind. Auf weitere gravierende inhaltliche Problem wie die Gemengelage vor allem im Zusammenhang mit Nachlässen, auf die sich aus der Vermischung von staatlichen und Parteiangelegenheiten in der Praxis und damit in ein und demselben Aktenband ergebende praktische Unmöglichkeit von Bestandstrennung im Falle des Parteiarchivs der SED (durch ein Außeinanderreißen von Vorgängen wären der wissenschaftliche Aussagewert der gesamten Überlieferung entschieden geschmälert und die für den Wissenschaftler unverzichtbare quellenkritische Vertiefung anhand der genetisch gewachsenen Informationszusammenhänge vereitelt worden) kann in diesem Rahmen nicht eingegangen werden.

Der Einigungsvertrag hatte durch die Ergänzung des Bundesarchivgesetzes um den § 2 VIII BArchG den Anwendungsbereich des Bundesarchivoesetzes auf die Unterlagen erweitert, die bei den "Stellen der DDR" entstanden sind. [20] Bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag hatte die Regierung unter Ministerpräsident de Maizière nicht zugestimmt, daß auch SED und Massenorganisationen ihre Unterlagen dem Bundesarchiv übergeben sollten. [21] Daraus leitete die Bundesregierung Handlungsbedarf ab. Die Koalitionsfraktionen legten unter dem 20.3.1991 einen Entwurf zurÄnderung des Bundesarchivgesetzes vor. [22] Der Entwurf sah eine Ergänzung des § 2 BArchG vor, wonach Unterlagen der SED sowie der übrigen Parteien und Massenorganisationen der DDR, soweit sie "die Wahmehmung staatlicher Aufgaben betreffen", als Unterlagen im Sinne des Bundesarchivgesetzes gelten. Die Änderung eines Gesetzes wurde angestrebt, um für eine de factoEnteignung des SED-Archivs eine gesetzliche Handhabe zu erlangen.

Die vorgesehene Gesetzesänderung basierte auf der Überlegung, daß die SED nicht ein vom Staat DDR unabhängiges-Rechtssubjekt war, das Eigentum an Unterlagen begründet hat, welche dem staatlichen Zugriff entzogen sind, sondem z.T. als "Verfassungsorgan" staatliche Aufgaben wahrgenommen hat. Die in diesem Zusammenhang angefallenen Unterlagen stünden damit nicht im Eigentum der SED bzw. ihrer Rechtsnachfolgerin PDS und seien durch Artikel 14 GG vor staatlichem Zugriff nicht zu schützen, da sie ja zum Eigentum des untergegangenen Staates DDR gehörten.

Von daher meint der Gesetzgeber, daß es sich im Sinne der Gesetzesänderung nicht um eine Enteignung handle, die zu ihrer Rechtfertigung einer Entschädigungsregelung bedarf. Insofern wurde davon ausgegangen, daß es für den Zugriff auf SED-Unterlagen, die in Wahrnehmung staatlicher Aufgaben in den Besitz der SED gelangt sind oder von ihr erstellt wurden, eigentlich gar keiner Ermächtigungsgrundlage bedürfe, die vorgeschlagene Regelung lediglich der "Klarstellung" diene.

Im Gegensatz hierzu werden die Archive der in den Altbundesländern tätig gewesenen Parteien nicht dem staatlichen Zugriff unterworfen. Schlichtweg undenkbar die Vorstellung, daß die Dokumente von Vorstandsberatungen Bonner Regierungsparteien zu Fragen der Staatspolitik der BRDals Staatsakten deklariert werden könnten, auch nicht die aus der Zeit, als die CDU allein regierte.

Im übrigen dienen Parteien grundsätzlich, auch nach dem geltenden "Gesetz über die politischen Parteien", der politischen Willensbildung, nehmen auf die politische Entwicklung in der Regierung Einfluß und führen ihre politischen Ziele in den Prozeß der staatlichen Willensbildung ein. In diesem Sinne sind die Unterlagen über ihre politischen Entscheidungsprozesse von der Natur der Sache her zwar staatlich relevant, aber nicht identisch mit staatlichen Unterlagen.

Angesichts der akuten Gefahr, daß durch das Gesetz "eine einmalige Sammlung zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zerrissen" werde, sprach der PDS-Vorsitzende von Kulturfrevel. Hans Modrow protestierte gegen diese Lex PDS. "...auch wenn sie durch die Einbeziehung der früheren Blockparteien und Massenorganisationen kaschiert wird." [23] In der hitzigen Bundestagsdebatte zur Archivproblematik vom 18.4.1991 kam man trotz allem nicht umhin, von der PDS als Archiveigentümerin zu sprechen. Die PDS ließ ihre Entschlossenheit erkennen, bei zwangsweiser Überführung von Teilen des SED-Archivs ins Bundesarchiv vor Gericht zu gehen. Die damit verbundene Schließung hätte sehr zum Schaden der zeitgenössischen Geschichtsaufarbeitung gereicht. Der Gesetzesentwurf wurde in die Ausschüsse verwiesen.

Von herausragender Bedeutung für den Fortgang der Dinge war ein Gespräch, das zwischen dem Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble und dem PDS-Vorsitzenden Dr. Gregor Gysi zur Archivfrage zustandegekommen war. [24] Das sich schnell verbreitende Stichwort hieß seitdem "einvernehmliche Lösung". In Institutionen und Einrichtungen wie der Kulturabteilung des Bundesinnenministeriums. der Berliner Senatsverwaltung für Kultur, dem Bundesarchiv und dem Verein Deutscher Archivare setzten sich juristische Auffassungen vom Eigentum, archivwissenschaftliche und archivrechtliche Positionen durch, die den Kurs in die Richtung lenkten, einen Kompromiß im Interesse

der Bundesrepublik Deutschland und der PDS als Eigentümerin am Archiv-und Bibliotheksgut sowie den Depositaren anzustrehen.

Der federführende Innenausschuß des Deutschen Bundestages hatte für den 28.8.1991 Experten aus verschiedenen Archiven. Kapazitäten der historischen Forschung, des Datenschutzes, von Organisationen. Verbänden, Stiftungen und Vereinen, die einschlägige Erfahrungen mit Archiven haben, zu einer öffentlichen Anhörung in das Berliner Reichstagsgebäude eingeladen. Nahezu einhellig sprachen sich die Sachverständigen dafür aus. die Unterlagen der SED, der Blockparteien und der Massenorganisationen der DDR aus archivfachlichen und wissenschaftlichen Gründen nicht zu trennen, sie ieweils mit ihren dazugehörigen Bibliotheken geschlossen zu bewahren, nicht aus Berlin zu verlagern und der Öffentlichkeit zugänglich zu halten bzw. zu machen. Keine Übereinstimmung wurde gefunden über eine gesetzliche Regelung für die Trägerschaft der Archive der Blockparteien; die Konrad-Adenauer-Stiftung wollte das Archiv der Ost-CDU und die Friedrich-Naumann Stiftung wollte das Archiv der LDPD in ihren ieweiligen Parteiarchiven belassen, in die sie bereits überführt worden waren. Die Form der Trägerschaft war strittig. Als der Bundestagsabgeordnete Gerd Wartenberg (SPD) vorschlug, die Errichtung einer unselbständigen Stiftung unter dem Dach des Bundesarchivs zu prüfen, wurde dies von den meisten Anwesenden als wahrscheinlich machbarer Kompromiß empfunden. In iedem Falle kam eine öffentlich-rechtliche Lösung den Archiveigentümern in der Frage der Finanzierung entgegen, denn die Weiterarbeit der meisten zur Diskussion stehenden Archive konnte nur durch Gelder der öffentlichen Hand gewährleistet werden. Die PDS schloß sich dem Mehrheitvotum der Sachverständigen an, favorisierte also die öffentlich-rechtliche Stiftung, allerdings unter folgenden Bedingungen:

- Erhaltungder Archiv- und Bibliotheksbestände geschlossen in Berlin.
- Bei klaren Besitzregelungen wird das Eigentum nicht verändert;
- den unterschiedlichen Standpunkten zu Eigentumsfragen ist allenfalls in salvatorischen Klauseln Rechnung zu tragen.
- Die Bestände von Archiv und Bibliothek sind systematisch durch Neuerwerbungen zu ergänzen.
- Personen- und Datenschutz sowie schutzwürdige Belange Dritter, insbesondere ausländischer und deutscher Parteien sind zu gewährleisten.
- Satzung und Geschäftsordnung sind so zu gestalten, daß die PDS gegenüber ihren Mitgliedem und den Depositaren den Nachweis zu erbringen vermag, deren berechtigte Interessen schützen und vertreten zu können.
- Beauftragte des Parteivorsitzenden und er selbst haben jederzeit Zugang zu allen von der PDS eingebrachten Beständen und können Kopien verlangen.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZPA, der Bibliothek und der Werkstätten werden übernommen.
- Während die PDS die wertvollen Bestände, Findhilfsmittel, das Gebäude (zum Nießbrauch für den Stiftungszweck) und die Spezialisten einbringt, übernimmt die öffentliche Hand die laufende Finanzierung.

In der ersten intensiven Verhandlungsphase (Herbst 1991) zwischen dem Bonner Innenministerium und dem Parteivorstand der PDS über die Ausarbeitung eines Vertrages zur Überführung von PDS-Archiv und -Bibliotheken in öffentlich-rechtliche Trägerschaft ging es zunächst noch um drei unselbständige Stiftungen - eine für die Johannes-Sassenbach-Stiftung (Archiv und Bibliothek der Gewerkschaften), eine für das ZPA und die Bibliothek im IfGA ("Rosa-Luxemburg-Stiftung") und eine für Archive von Blockparteien und Massenorganisationender DDR. Dieser Weg wurde dann (vor allem aus haushälterischen Gründen) nicht weiter beschritten. Per Erlaß des Bundesministers des Innern war die Errichtung einer unselbständigen "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationender DDR" unter dem Dach des Bundesarchivs vorgesehen.

Am 23. Januar 1992 wurde im Deutschen Bundestag die Novelle zum Bundesarchivgesetz angenommen, G. Gysi hat zwar in seiner Rede erneut darauf hingewiesen. daß die mit dem Gesetz geschaffene Eigentumsregelung und damit das Gesetz selbst völlig überflüssig sind, bekannte sich aber zum Entwurf des schon weit gediehenen Einbringungsvertrages in die Stiftung. Der sich abzeichnende, für diePDS zwar schmerzhafte Kompromiß in Form der Stiftungslösung barg aber gleichzeitig die einzige Chance für das Weiterleben von Archiv. Bibliothek und ihren Werkstätten. Das Konstrukt des Einbringungsvertrages basierte auf der Bereitschaft des Bundes. die auf ihn per Gesetz überkommenen staatsbezogenen Unterlagen der SED als Stiftungsvermögen in die Stiftung einzubringen. Im Interesse des Erhalts der Geschlossenheit des Gesamtbestandes war die PDS einverstanden, alle übrigen Archiv und Bibliotheksmaterialien, einschließlich der ihr anvertrauten Deposita, einzubringen.

In einer Berichterstattung der Archivleitung vor dem Parteivorstand und dem Parteirat am 12. 9. 1992 wurde eingeschätzt, daß, ausgehend davon, daß die PDS kein Geld hat, unter treuhänderischer Verwaltung steht, pausenlos verleumdet, angefeindet und immer wieder von Polizeiaktionen [25] heimgesucht wird, es doch gelungen sei,

den Entwurf eines Einbringungsvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland vorzulegen, in dem wesentliche Bedingungen der PDS ihren Niederschlag gefunden haben. Hervorzuheben seien der Eigentumsvorbehalt der PDS der Verzicht auf die Einrede der Verlährung, der Erhalt des historisch gewachsenen Entstehungszusammenhangs von Archiv und Bibliothek und ihre weitere Komplettierung, die Anerkennung der zwischen PDS und Archivaut-Einlegern geschlossenen Verträge oder gleichgestellten Erklärungen, die Zugangsregelungen für die PDS und ihre "angemessene" Vertretung in den leitenden Gremien der Stiftung.

Gegen Jahresende tauchten Probleme mit den Rechten der Depositare und Praktiken der Treuhandanstalt auf. Über 20 Archivgut-Einleger machten Rückforderungen geltend und forderten die weitere Zusammenarbeit mit ihren Vertrauenspersonen. Mehr als 60 wollten davon ihre künftige Entscheidung über den Verbleib ihrer Deposita abhängig machen. In einer Pressemitteilung des Förderkreises vom 15.12.

"In ernster Sorge darum, daß Einleger von Nachlässen Archivgut aus dem Zentralen Parteiarchiv zurückholen werden, hat der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung am 12. Dezember auf seiner Jahresmitgliederversammlung einen dringenden Appell an das Bundesministerium des Innern und an die PDS gerichtet. Er fordert, den paraphierten Einbringungsvertrag erst zu unterzeichnen, wenn alles ausgeräumt ist. was neuerdings das Mißtrauen der Archivgut-Einleger geweckt und manche von ihnen bereits zur Rückforderung ihres Eigentums veranlaßt hat. [26] Der Förderkreis hält es für unverzichtbar, daß in der Stiftung 'Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR' die Stelle des

Archivgruppenleiters mit einer Fachkraft besetzt wird, die das volle Vertrauen der Depositare genießt."

Am 28.12.1992 hat Gregor Gysi ungeachtet dessen den Einbringungsvertrag unterschrieben. Damit war die entscheidende Voraussetzung geschaffen, daß die "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" am 4. Januar 1993 ins Leben treten konnte. Sie hat die Aufgabe. "Unterlagen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie anderer Parteien der Deutschen Demokratischen Republik, der mit diesen Parteien verbundenen Organisationen und iuristischen Personen sowie der Massenorganisationen, soweit sie die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben betreffen, zu übernehmen, auf Dauer zu sichem, nutzbar zu machen und zu ergänzen. Dies gilt auch für andere Unterlagen, Materialien und Bibliotheksbestände zur deutschen Geschichte, insbesondere zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, die damit in historischem oder sachlichem Zusammenhang stehen." [27]

So stehen jetzt in der geschätzten Adresse Berlin, Wilhelm-Pieck-Straße 1, neben den Archivalien des ehemaligen SED-Archivs auch die des Kulturbundes der DDR und der DSF (später "Brücken nach Osten") und, an anderen Stellen, aber integriert in die Stiftung, das Archivgut des FDGB, des Nationalrates der Nationalen Front u.a. den Interessenten zur Verfügung. Die Benutzung folgt den Vorschriften desBundesarchivgesetzes in der Fassung vom 13.März 1992 und des Erlasses des BMI über die Einrichtung der Stiftung vom 6.April 1992, d.h. z. B., daß die Schutzfrist von 30 Jahren auf die Bestände der Stiftung keine Anwendung findet. [28]

Die aus verschiedensten Gründen bisher nicht erfolgte Einbringung der großen Archivbestände z. B. der FDJ, des DFD, der Ost-CDU, der LDPD, der Bauempartei u.a., die beginnende Erosion von Nachlaß-Beständen im ehemaligen ZPA durch Herausnahmen und Rückforderungen, die bevorstehende Berufung des Kuratoriums und des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung sowie spektakuläre als auch nicht erfolgte Personalentscheidungen werden wohl auch künftig für Diskussionen und Entscheidungszwang sorgen.

Inge Pardon, Dr. phil., war bis Dezember 1992 Leiterin des Verbundes Archiv Bibliothek Technische Werkstätten beim Parteivorstand der PDS, seit Januar 1993 läuft ein Bewerbungsverfahren für die Aufnahme einer leitenden Tätigkeit in der "Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR"

Anmerkungen

- Den ersten Versuch einer zusammenhängenden Darstellung einiger ausgewählter Aspekte dieses Kampfes untermimmt die Autorin in ihrer Abschlußarbeit für das postgraduale Studium der Archivwissenschaft, die im Dezember 1992 an der Humboldt-Universität zu Berlin angenommen und verteidigt wurde. Vgl. I. Pardon, Das Zentrale Parteiarchiv unter veränderten politischen Rahmenbedingungen (1990-1992). Zur Sicherung und Bewahrung seiner Bestände.
- Vgl. H.Skrzypczak, Anmerkungen zur Diskussion überdie "Sicherung des SED-Parteiarchivs", Berlin-Lichterfelde, 3. April 1991, unveröffentlichtes Manuskript, S.1.
- 3) In den Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der PDS über die Einbringung von Archiv und Bibliothek in die "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" wurde dies mehrmals übereinstimmend festgestellt und Vertragspassagen, z.B. bezüglich der

Sitzeund Stimmenin Kuratorium und Wissenschaftlichem Beirat, entsprechend formuliert.

Vgl. auch B. Brachmann, Humboldt-Universität, Gedanken zur zukünftigen differenzierten Behandlung von Archiv und Bibliothek des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Potsdam, 29.Mai 1991.

- D. Pforte, Berliner Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten, Stellungnahme zu den Überlegungen über die künftigen Trägerschaften a) des Zentralen Parteiarchivs des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung b) der Sassenbach-Stiftung, c) der Archive der Blockparteien und Massenorganisationen in der ehemaligen DDR, Berlin, 3.9.1991 und H. Weber, Vorläufige kurze Überlegungen zu den Archiven in Berlin, Mannheim, 14. März 1991. (Alle Dokumente in Besitz der Autorin).
- 4) Zur Geschichte des Archivs vgl.: Der Verbund Archiv/Bibliothek/Technische Werkstätten beim Parteivorstand der PDS, Berlin, September 1992 (broschiert).
- 5) Über Zuständigkeit, Profil, Arbeitsweise und Bestände des ZPA wurde wiederholt publiziert.
- Vgl. I. Pardon, Das Zentrale Parteiarchiv der PDS. In: Der Archivar, 45. Jahrg., Heft 3, 1992, Sp. 4 ff.
- Vgl.I.Pardon, Der Verbund Archiv/Bibliothek/Technische Werkstätten beim Parteivorstand der PDS. In: Berliner Archive, Berlin 1992, S. 133.
- 6) Auf Weisung des Parteivorsitzenden G. Gysi wurden die Bestände der KPD der Westzonen und der BRD im Dezember 1992 vorläufig aus dem Parteiarchiv ausgegliedert und in den Parteivorstand der PDS umgelagert.
- 7) Vgl. H. Trotnow, Rettet das IML. In: Die Zeit, 8.6.1990, S.61
- Vgl. P.J. Winters, Ein Kapitel im Buch der deutschen Geschichte. In: FAZ 12.4.19990, S.11.
- Vgl. derselbe: Das SED-Parteiarchiv ein national wertvolles Kulturgut. In: FAZ 12.4. 1991.

Diese sachlichen, in einflußreichen Zeitungen erschienenen informativen Artikel von Kennern der Archivproblematik haben nicht zu übersehende Achtungszeichen gesetzt.

- Vgl. K. Höpcke, Einzigartige Quellensammlung historischer Zeugnisse. Rede auf der Volkskammertagung am 13.9.1990. In: Presseinformationsdienst des Parteivorstandes, Nr.38, 28.9.1990, Beilage S.6-8.
- 9) Vgl.IG"ArchiveundBibliotheken"bei der PDS, Gründungsinitiative, Berlin, 21.1.1991.
- 10) Vgl. Volkskammer der DDR, 10. Wahlperiode, Antragder Fraktionen der CDU/DA, der SPD, der DSU, der FDP und Bündnis 90/Grüne vom 12. September 1990, Drucksache Nr. 235.
- Vgl. Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, Bundestags-Drucksache 12/288, 20.3.1991.
- 11) Vgl. Pressedienst FUBerlin, 16.4.1991, 100/91, Wissenschaftler und Bürgerrechtler aus Ost- und Westdeutschland fordem die Gründung eines "Instituts für Zeitgeschichte zur Aufarbeitung der Geschichte der ehemaligen DDR".
- 12) Vgl. Rheinischer Merkur, 19.4.1991.
- Vgl. Die Welt, 1.4.1992.
- 13) Zu den Gründungsmitgliedern des Förderkreises gehörten: H. Skzrypczak, G. Benser, U. Cartarius, E. Dolatowski, H. Gemkow, L. Hornbogen, Narihiko Ito, K. Kinner, I. Pardon, H. Trotnow, J. Stroech, H. Weber. Als Vorstandsberater hatten sich die Professoren E. Engelberg, H. Hurwitz, J. Kuczynski und W. Leonhard zur Verfügunggestellt. Heute vereint der Förderkreis etwa 400 Mitglieder unterschiedlicher politischer Überzeugungen, parteipolitischer Zugehörigkeiten sowie weltanschaulicher Auffassungen aus 24 Ländern, unter ihnen Kapazitäten der historischen Forschung und der Archivwissenschaft, die alle der Gedanke vereint, etwas dafür tun zu wollen, daß eine der weltbesten Sammlungen von Archivalien und Literaturzur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung fortbesteht. Seine Mitglieder haben in der Öffentlichkeit des In-und Auslandes für mehr Sachlichkeit, Gerechtigkeit und Transparenzin der Diskussion um das ZPA gesorgt.

- 14) Diese und weitere Vorgänge werden erstmalig von I. Pardon dokumentiert in "Das Zentrale Parteiarchiv unter veränderten..." a.a.O. S. 21 ff. Dargestellt werden u.a. die Hoffnung auf eine PDS-nahe Stiftung, Vorstellungen zur Gründung einer August-Bebel-Gesellschaft, Erwägungen der Verselbständigung mit PDS-Geldem analog der MEGA (Marx-Engels-Gesamt-Ausgabe).
- 15) Val. Volkskammer der DDR, a.a.O. (Drucksache Nr. 235).
- 16) Vgl. Volkskammer der DDR, 10. Wahlperiode, Beschlußempfehlung des Innenausschusses der Volkskammer der DDR vom 20. September 1990, Drucksache Nr. 235a.
- 17) Val. Berliner Zeitung vom 23./24. März 1991.
- 18) Im Zusammenhang mit der Einlagerung der DM in das Gebäude des ehemaligen ZK der SED, dann Haus der Parlamentarier, mußten auf Entscheid des Parlaments die Tresormagazine des Parteiarchivs unverzüglich geräumt werden. Es entstand eine äußerst bedrohliche Lage für die Bestände, dakein alternatives Gebäude für die Aufbewahrung, wissenschaftliche Bearbeitung und Benutzung zur Verfügung gestellt wurde. Vgl. dazu: I. Pardon, Das Zentrale Parteiarchiv unter veränderten..."a. a.O. S.34-40.
- 19) Vgl. Richtlinien über den Archivfonds der SED, die Struktur und die Aufgaben der Parteiarchive. Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 22.11.1982, IfGA, ZPA, J IV 2/3/3450.
- 20) Vgl. Einigungsvertrag, BGBI II, 1990, 885, Anlage I, Kap II, Sachgebiet B Abschnitt II Nr.2.
- 21) Vgl.die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Horst Waffenschmidt vom 7.11.1990 auf eine entsprechende Anfrage des Abgeordneten Gerhard Baum, Bundestags-Drucksache 11/8457, S.9.
- 22) Vgl. Deutscher Bundestag, a.a.O. (Druck-Sache 12/288).
- 23) H. Modrow, Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, vom 9.4.1991, unveröffentlichtes Manuskript in Besitz der Autorin, S. 1/2.
- 24) Ein zweites, ebenfalls einvernehmliches Gespräch zwischen Gysi und Schäuble über die Bedingungen der Einbringung des Parteiarchivs in eine neue, öffentliche Trägerschaft fand am 5. September 1991 statt.
- 25) Spektakuläre Vorkommnisse um das Archiv können in diesem Beitrag nicht ausgeführt werden dazu gehören eine anonyme Bombendrohungam 22. Juli 1991, die die Unterbrechung der Arbeit und die Evakuierung der Belegschaft zur Folge hatte, die polizeiliche Besetzung und Durchsuchung des Archivsdurch 300 Polizisten, 50 Kriminalbeamte und 15 Staatsanwälte Anfang April (über diese unverhältnismäßige Aktion hat das Parteiarchiv eine Dokumentation herausgegeben) sowie der Versuch der von der Treuhandanstalt eingesetzten Berliner Bank Gebäudeverwaltung GmbH, Akten zuentwenden.
- 26) In der einstimmig angenommenen Entschließung sprach sich die 2. Jahresmitgliederversammlung am 12.2.1992 dafür aus, den Einbringungsvertrag erst zu unterzeichnen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind: 1. Um weiteren Rückforderungen von Archivguteinlegem vorzubeugen, auf die Rücknahme bereits erhobener Forderungen dieser Arthinwirken und weiteres Archivgut einwerben zu können, sind die Möglichkeiten rechtlicher Absicherung der Depositare noch einmal zu prüfen. Die Einleger müssen gegen Versuche geschützt sein, Wortlaut und Intentionen des Einbringungsvertrages zu unterlaufen. 2. Nachdem das bei einigen Depositaren schon zuvor erkennbare Mißtrauen gegenüber den Einbringungsplänen durch die Einschaltung der Treuhandanstalt anläßlich der ersten Herausgabeforderungen noch geschürt worden ist und die Gefahr einer Kündigungswelle besteht, ist darauf zu beharren, daß die Stelle des Archivgruppenleiters in der Stiftung mit einer Fachkraft besetzt wird, die das besondere Vertrauen der Depositare genießt.
- 27) Vgl. Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes. In: Bundesgesetzblatt Jahrg. 1992, Teil1 und Bundesrats Drucksache 41/91.

THEMA II: Verbände (-Schicksale) im Osten Teil 3

Hansgünter Meyer (Berlin):

Rückblick Es gab eine Gesellschaft für Soziologie in Ostdeutschland

Für alle Phänomene, die eine Geschichte haben, gibt es eine Vorgeschichte, Auch ein Text über die kurze Geschichte der (ostdeutschen) Gesellschaft für Soziologie sollte mit ihrer Vorgeschichte beginnen. Der V. Soziologie-Kongreß in der DDR war seit dem Sommer 1989 für Anfang Februar 1990 vom "Wissenschaftlichen Rat für soziologische Forschung in der DDR" einberufen. Der Herbst brachte die politische Wende, den demokratischen Aufbruch. den Beginn der grundlegenden gesellschaftlichen Erneuerung. Die Soziologen-Profession war im Zugzwang. Was tun? Sollte der Kongreß abgesetzt, sollte er umfunktioniert werden? Mit dieser bevorstehenden, auch international beachteten Präsentation vor Augen, beeilten sich die Anfang November 1989 entstandenen Initiativ-Gruppen zur Gründung eines den Soziologen bislang verwehrten Berufs-Verbandes mit der Arbeit. Ihre Mitglieder traten in das Vorbereitungskomitee des Kongresses ein, dem eine neue Thematik gegeben wurde: "Soziologie im Prozeß der Erneuerung". 22 neue Vorträge und thematische Diskussionen wurden angeboten. Es wurde beschlossen, den Kongreß mit der Gründung einer Gesellschaft für Soziologie in der DDR ausklingen zu lassen.

Am Abend des 7. Februar 1990 kamen in der Berliner Kongreßhalle am Alexanderplatz dieienigen Teilnehmer des V. Soziologie-Kongresses der DDR zusammen, die eine neue wissenschaftliche soziologische Gesellschaft gründet wollten, begleitet von Interessierten, denen diesem Vorgang beizuwohnen der Abend nicht zu strapaziös war. Es waren zwischen 600 und 700 Personen, die die Halbrundsitzreihen füllten. darunter etwa 50 Westdeutsche. Und es war strapaziös. Der Kongreß hatte seit dem 5. Februar getagt, zumeist bis weit in die Nacht hinein, 900 Teilnehmer drängten sich vor und in den diversen Kongreß-Einrichtungen.

Die Gründungsveranstaltung verlief, wie vieles in diesen Zeiten, in dem üblichen basisdemokratischen Tohubawohu. Statements, Protest, erregte Anfragen. Manchmal verließ jemand verärgert den Raum. Die zur Abstimmung gestellte Liste der Mitglieder des Gründungsvorstandes war instabil. Um den Vorsitz bewarb sich niemand. Bis zuletzt drohte eine Personalkrise.

Verhältnismäßig wenig Probleme machte die zu beschließende Satzung. Der Gründungsakt der Gesellschaft war in dieser Hinsicht sorgfältig vorbereitet worden: Im November 1989 hatte sich in Leipzig auf Initiative von Herbert Wolf ein Regionalverband Süd gegründet, im Dezember schloß sich in Rostock ein Verband Nord an. Am 9. Januar folgten die Ostberliner Soziologen, den Vorsitz übernahm Thomas Hanf. Die Regionalvorstände hatten die Satzung für den Dachverband gemeinsam mit größter Sorgfalt ausgearbeitet. Der Kemsatz war vielleicht der:

§2(1) "Die Gesellschaft für Soziologie ist eine politisch und weltanschaulich unabhängige Vereinigung von in Forschung, Lehre und in der Praxis tätigen Soziologen. Die in ihr vereinigten Mitglieder gehen davon aus, daß die Soziologie notwendiger Bestandteil der demokratischen Öffentlichkeit ist und in ihr den demokratischen Diskurs über die Herausbildung und Artikulation verschiedener sozialer Interessen zu fördern hat."

Von den knappen funktionalistischen Satzungen nach dem BGB einigermaßen entfernt, waren solche Grundsätze und die Arbeitsweise der Gesellschaft detailliert ausgearbeitet worden. Es sollte vor allem eine Gründung werden, die hinter den demokratischen und freiheitlichen Impulsen der Wendebewegung in der DDR nicht zurückstand. Die DDR-Soziologen lebten in dem Eigenverständnis, daß die politische Strangulierung der Gesellschaftswissenschaften sie mit am schärfsten getroffen hatte. Sie wollten endlich frei forschen und das uneingeschränkt verkündigen können, was sie über die gesellschaftlichen Zustände in Erfahrung gebracht haben.

In der DDR gab es 1989 etwa 1.000 wissenschaftlich ausgebildete Soziologen, davon etwa 500 mit Promotionen und Habilitationen (letztere meist mit der Bezeichnung Dr. sc.). Als wissenschaftliche Community waren sie nur in der Minderheit als Dipl.-Soziologen ausgebildet worden, der größere Teil der Profession kam aus anderen

Disziplinen und war gewissermaßen konvertiert.

Es wird sich hoffentlich bald jemand der Mühe unterziehen, die interessante interdisziplinäre Zusammensetzung der DDR-Soziologenschaft professions-soziologisch darzustellen. Besonders aufschlußreich könnte es werden, den Zuzug von Mathematikem. Informatikem und Naturwissenschaflern nachzuzeichnen. Eine größere Gruppe kam aus der Medizin. Die beiden größten Gruppen stellten die Philosophen und Ökonomen. Jedoch fehlte eigentlich keine gesellschaftswissenschaftliche Disziplin. Für empirische Untersuchungen post festum könnten die edv-nutzbaren Mitaliederdaten der GfS eine gute Ausgangsbasis bilden. Sie enthalten allerdings keine biographische Mitteilungen: diese wären jedoch von besonderem Interesse.

Die Ausgangsdatei für die GfS-Mitgliedschaft in den Gründungstagen, die Dr. Ulrich Haspel erarbeitete, enthält 610 Namen. Diese Liste erfaßte jedoch keine stabile Mitgliedschaft; mancher hatte sich ohne feste Absichten am 7.2. während der Gründungsprozedur eingetragen. Einige Korrekturen, die nach der Beitragszahlung und der Reaktion auf Rundschreiben gemacht wurden, ergaben im Frühjahr 1990 eine Namensliste mit 533 Eintragungen, ein Jahr später eine Liste mit 415 Namen. Die Aufschlüsselung der 533er-Liste ergab:

Soziologen, die an Universitäten und Hochschulen tätig waren: 27,4 %

Soziologen, die in der außeruniversitären Forschung tätig waren: 24,6 %

Studenten: 18,8 %

praktisch tätige Soziologen (einschl. Med.-Soziologie) sowie Mitglieder ohne genaue Berufsangabe: 29,3 %

Der vereinsrechtliche Status der GfS mußte sich auch in anderer Hinsicht aus dem

Rohen herausarheiten. In der zu Ende gehenden DDR-Gesellschaft entstanden politische, geschäftliche und professionelle Gebilde in unvorstellbarer Menge, Mancher schrieb sich vorsorgend oder der Mode folgend in einer ganzen Reihe von Vereinigungen ein, eine durchgehende rechtliche Regelung gab es nicht. Dadurch existierten vielfach nur improvisierte Bildungen, die schnell zerfielen und fast nirgends gab es wirklich zuverlässige Mitgliedschaf-

Die GfS versuchte sich auf dem in der DDR üblichen Weg: Sie beantragte ihre Anerkennung als wissenschaftliche Gesellschaft bei der Akademie der Wissenschaften, erhielt sie auch und wurde beim Innenministerium registriert. Nach dem 3.10.1990 wurde der Vorstand aufgefordert, die vereinsrechtliche Eintragung nach dem BGB beim Amtsgericht Charlottenburg nachzuholen. Aus dem großen, 21-köpfigen Arbeitsvorstand vom 7.2. wurde ein kleinerer Gründungsvorstand abgespalten mit folgender Namensliste:

Dorit Dennert (Bernau), Dieter Dohnke (Berlin), Ute Frank (Leipzig), Thomas Hanf (Berlin). Christian Landmann (Berlin). Hansgünter Meyer (Berlin), Steffen Wilsdorf (Leipzig). Die Funktionsteilung blieb: Mever als Vorsitzender, Dohnke und Wilsdorf als Stellvertreter. Die Kontobevollmächtigung ging von Christian Landmann auf Jan Wielgohs (Berlin) über. Im Sommer 1990 wurde die Briefwahl zur Revisionskommission abgeschlossen, Alice Kahl (Leipzig) übernahm den Vorsitz. Im Zusammenhang mit der Registrierung als e.V. nach dem BGB (Frühjahr 1991) wurde auch der Name der Gesellschaft neu bestimmt: Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland)

Der große "erweiterte Vorstand" der basisdemokratischen Wahl vom 7.2.1990 blieb erhalten. Er wurde sogar noch um zwei Mitglieder kooperativ erweitert: Der Vor-

stand des Rerufsverhandes Deutscher Soziologen entsandte den Sprecher des Senats Prof. Bücker-Gärtner und das Vorstandsmitglied Dr. Winfried Nacken in den GfS-Vorstand, im Gegenzug wurde Doz. Dr. Steffen Wilsdorf und Dr. Heide Meyer in den BDS-Vorstand kooptiert. Zusätzlich zu gemeinsamen Vorstandssitzungen war das der Versuch, das Zusammenwachsen der deutsch-deutschen Soziologen-Klientel zu unterstützen.

Die Arbeitsweise der ursprünglich volkreichen Gesellschaft für Soziologie war so gedacht: In Leipzig, Berlin und Rostock gab es Regionalverbände. Diese sorgen für regelmäßige wissenschaftliche Veranstaltungen, was jedoch nur in Leipzig durch das unermüdliche Wirken von Herbert Wolf gelang. Ferner waren die Mitglieder aufgefordert worden, fachlich orientierte Sektionen, Zirkel oder Arbeitsgruppen zu bilden.

In Dresden wurde der Versuch gemacht. eine Sektion Medizin-Soziologie der GfS auf den Weg zu bringen. Die Medizin-Soziologen in Berlin hatten es vorgezogen, landesweit eine eigene Gesellschaft mit ca. 100 Mitgliedern zu gründen, deren Vorsitz Günther Miehlke, Charité, übernahm. Einen ähnlichen Weg, aber mit der Option auf spätere Fusionierung, waren die Agrarsoziologen gegangen (Gründung einer Agrarsozialen Gesellschaft), unermüdlich ingang gehalten durch Kurt Krambach. Werner Holzweißig und Otto Müller. Fred Staufenbiel, Christine Weißke, Bernd Hunger waren neben anderen aktiv in der Sektion Stadt- und Regional-Soziologie. Klaus Rohrberg sorgte für das Zustandekommen einer Sektion Sportsoziologie, die für 1990 12 Veranstaltungen meldete. Es gab einen Arbeiskreis Bildungssoziologie, repräsentiert durch Irmgard Steiner, Barbara Gießmann, Elfriede Dietrich, Irene Lischka. Noch 1991 kündigte sich eine Facharbeitsgruppe Soziologie-Psychologie an. Bereits am 7.2. 1990 hatte sich ein Arbeits-

hochschule ost juli 1993

kreis Wissenschaftssoziologie gegründet, der ca. 30 Interessierte umfaßte und einen guten Start hatte. U.a. autorisierte er im "Forum" des BdWi ein "Wissenschaftspolitisches Memorandum", das eine der ersten fundierten Kritiken am Ausbleiben der erwarteten deutsch-deutschen Wissenschaftsfusion war. Weitere Gründungsaktivitäten gab es für je eine Sektion "Soziologische Methoden" sowie "Sozialarbeit und Rahbilitation". Natürlich war auch an eine Theorie-Sektion gedacht. In Leipzig unternahm man den Versuch, eine Sektion "Soziologie der 3. Welt" zu bilden. Da in den Gründungsphasen die Personallage ziemlich instabil war, wollen wir hier keine weiteren Namen nennen. Man kann aber leicht hochrechnen, wieviel Kollegen in all diese Unternehmungen involviert waren, wenn auch keine dauerhafte beruflich-korporative Struktur daraus hervorging.

Die Gründung der Sektionen und Arbeitskreise erfolgte von Anfang an unter der schwierigen Bedingung, daß die Schaffung solcher wissenschaftlich-professionellen Gemeinschaften in der zu Ende gehenden DDR-Gesellschaft nur Übergangsprovisorien sein konnten. Einerseits war seit dem Beginn der Evaluierungsaktionen des Wissenschaftsrates völlig unklar, welche Angehörigen der ostdeutschen Soziologen-Community eine berufliche Perspektive haben. Andererseits war es fachlich aussichtsreicher, sich mit westdeutschen Kollegen zusammenzuschließen.

Ostdeutsche Sondergründungen konnten nur den Sinn haben, die eigenen Kräfte zu versammeln, die eigene Professionalität und Kompetenz unter Beweis zu stellen, die personalen Strukturen der Soziologie zu präsentieren, transparent zu machen. Dies alles mußte vor dem Hintergrund künftiger Existenzsicherungen geschehen.

Die verschiedenartigen fachlichen Gründungen, auch wenn sie die Jahre 1991/92

nicht überlebten, waren dennoch nicht ohne Wirkungen. Sie fungierten direkt oder indirekt als Ausgangspunkte für die Gründung von 25 bis 30 kleinen wissenschaftlichen Gesellschaften, die ABM-Mittel akquirierten und auf diesem oder anderem Wege (z.B. durch Einwerbung anderer Fördermittel, durch Auftragsforschung oder Umschulungsaufträge) dazu beitrugen, daß die aus der beruflichen Position geschleuderten Soziologen eine Atempause und zugleich produktive Ausgangspunkte für einen neuen beruflichen Start erhielten.

Gegenwärtig wird von Irene Müller-Hartmann und Michael Schlese in einem Proiektauftrag des BMFT eine Studie fertiggestellt, die den Status einer Vielzahl solcher Gründungen empirisch erfaßt und auswer-

Die GfS-Gründungen waren ferner - wenn auch nicht in bedeutendem Umfang - der Ausgangspunkt für die Mitarbeit ostdeutscher Soziologen in den Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Nach den Märzwahlen 1990 setzte gegen die DDR-Wissenschaft eine Pressekampagne ein, deren Tenor bestimmt wurde von der Charakterisierung, die der MPG-Präsident Zacher gab: im Osten eine Wüste. Der Spiegel goß Hohn und Spott aus über die Gesellschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften (4 Hochhausblöcke mit tausenden von müßigen Mitarbeitem an der Berliner Prenzlauer Allee) und über das von ihm erfundene "Naturwissenschaftliche Zentralinstitut" mit seinen 3.500 Wissenschaftlern (vgl. Ausgabe Nr. 30 vom 23.7.1990). An den wissenschaftlichen Akademien wurden noch für den Sommer 1990 Massenentlassungen angekündigt. Die erste Welle von Institutionenabwicklung setzte ein und erreichte bis zum 31.12.1990 tragende soziologische Forschungspotentiale. Mit nur minimalen Nachfolge-Strukturen verschwanden das

Zentralinstitut für Arbeit. Dresden: das für die Ost-Soziologie unersetzliche Institut für Jugendforschung, Leipzig (die Art seiner Abwicklung war ein Akt von Vandalismus in der Wissenschaft und zwischen Wissenschaftlern): das Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin-Karlshorst, mit einmaligen wissenschafts- und bildungssoziologischen Forschungsgruppen; die Schulund Bildungs-Soziologie an der Akademie Pädagogische Wissenschaften. Schockartig wirkte die Mitte Dezember in konzertierter Aktion einsetzende Abwicklung von Universitätsfacheinrichtungen. Obgleich der Wissenschaftsrat eine professionell-einwandfreie Evaluierung in Aussicht stellte, war doch klar, daß nur 40-50 % der Personalbestände überleben würden. Die ohnehin wenig zahlreichen Soziologen an den Hochschulen schätzten ihre beruflichen Überlebenschancen für fast gleich Null ein: nur der eine oder andere. hieß es, werde ein Fortkommen finden. Das ist ja denn auch, außer an der Humboldt-Universität, wo die Dinge anders liefen, etwa so eingetreten.

Vorstand und Gremien der Gesellschaft für Soziologie machten sich über die Situation keine Illusionen. Zwar rieten sie, unverzüglich Kontakt mit den westdeutschen Verbänden und Sektionen aufzunehmen (z.B. auch Doppelmitgliedschaften einzugehen), sich auf die vielfältigste Weise mit den (bundesdeutschen) Förderorganisationen bekannt zu machen, dennoch wurde die einfache Formel "go west" (und womöglich jeder für sich) abgelehnt. Es gab dafür drei Zielsetzungen: Es mußte den pauschalen Abwertungen der DDR-Soziologie als peinliche Systemstütze, die zudem wissenschaftlich unfruchtbar blieb, entgegengewirkt werden. Es muße eine Atmosphäre in der deutschen sozialwissenschaftlichen Wissenschaftslandschaft geschaffen werden, in der die Forderung breiten Konsens findet: soviel Soziologen-Portential erhalten wie nur möglich. Es mußte an möglichst vielen neuen Strukturen mitgearbeitet werden, um möglichst vielen Berufskollegen ein Weiterkommen, ein Überleben, eine Chance für später zu eröffnen.

Dafür boten sich folgende Aktivitäten an: Publikation programmatischer Texte des Vorstandes zur Lage der ostdeutschen Soziologie im Prozeß der Wiedervereiniauna, erfolgreiche Entwicklung des im Frühiahr 1990 von der GfS und dem Institut für Soziologie der Humboldt-Universität gegründeten Berliner Journals für Soziologie, öffentlichkeitswirksame Teilnahme am Weltkongreß für Soziologie in Madrid, zahlreiche und aktive Teilnahme am 25. Deutschen Soziologentag in Frankfurt im Oktober 1990. Ausrichtung einer Reihe von wissenschaftlichen Veranstaltungen durch die GfS (darunter solcher mit westdeutscher Kooperation). Förderung von ostdeutschen Publikationsangeboten, Ausrichtung eines eigenen größeren Soziologentages (für den von Anfang an Leipzig als Veranstaltungsort bestimmt worden war).

Es wäre eine gesonderte Analyse wert, die daraufhin erfolgten Präsentationen ostdeutscher Soziologen auf ihren Inhalt, ihre Wirksamkeit, den Umfang der Beteligung hin zu untersuchen. In Madrid stellten sie mit Artur Meier den Programmdirektor und den Vizepräsidenten der ISA (International Sociological Assoziation), mit Klaus Ernst und Thomas Hanf zwei Teilnehmer am Council. mit Michael Thoms einen ständigen Vertreter in den Vorbereitungsgremien zur Europa-Soziologie-Konferenz 1992. In Frankfurt nahmen etwa 200 DDR/ ostdeutsche Soziologen teil, in der Eröffnungsveranstaltung förmlich und herzlich begrüßt. (Am 3.10. wurde der Vereinigungsvetrag in Kraft gesetzt, am 9.10. begann der Kongreß.) Eine offizielle Präsentation der GfS. die vom Veranstalter angeregt worden war (Vortrag des Vorsitzenden) fand über 1000 Besucher. Es gab weitere Auftritte, u.a.

hochschule ost juli 1993

eine kollektive Präsentation, die z.T. von den Medien kritisch-interessiert reflektiert wurden. Der Hessische Rundfunk reagierte mit Interviews.

In den von der DGS herausgegebenen Protokoll-Publikationen ist das meiste davon nachzulesen.

GfS-Vertreter nahmen im Winter 1990/91 an einigen Statuskonferenzen teil, die von der westdeutschen Seite ausgerichtete worden waren, die erste Kontakte zu bundesdeutschen Wissenschaftsgremien und -Administrationen brachten und Positionen und Maßstäbe für die beginnende Evaluierung vorklärten. Auch darüber gibt es Publikationen (u.a. durch WZB-Berlin und IWG-Erlangen, Universität Konstanz).

Überhaupt muß hier eingeflochten werden, daß die beiden westdeutschen Soziologenverbände, die Deutsche Gesellschaft für Soziologie und der Berufsverband Deutscher Soziologen, der Integration der ostdeutschen Fachkollegen in eine vereinte deutsche sozialwissenschaftliche Profession große Aufmerksamkeit schenkten, ihnen vielfältige Publikationsmöglichkeiten einräumten, eine engagierte und verständnisvolle Zusammenarbeit mit der GfS, ihren Gremien, mit soziologischen Instituten im Osten und mit einer Vielzahl einzelner Persönlichkeiten betrieben.

Zu den Unternehmungen, den Status der ostdeutschen Soziologen zu sichem, ihre Lage im Vereingungsprozeß zu verbessem, ist die Publikation und Verbreitung der verschiedenen GfS-Vorstandserklärungen ebenso hilfreich gewesen wie die Herausgabe gemeinsamer Erklärungen der drei Verbände zur Lage der Soziologie im Osten, einzelner Soziologen-Gruppen, oder z.B. auch zur Anerkennung der wissenschaftlichen Abschlüsse und Graduierungen der Soziologen mit DDR-Herkunft. Man findet viel Material dazu in den ver-

bandseigenen Organen: Dem DGS-Mitteilungsblatt "Soziologie", den "DGS-Informationen". der Zeitschrift des BDS "Sozialwissenschaften und Berufspraxis".

Dokumentiert sind auch (vgl. Berliner Journal für Soziologie) zwei denkwürdige Veranstaltungen, die auf Initiative des GfS-Vorstandes und in Kooperation mit Partnem aus der DGS - hier: der Sektion Theorie unter Leitung von J. Weiß-Kassel, bzw. mit dem Chef des Kölner Soziologie-Institutes. Prof. Friedrichs. (nicht zu vergessen: mit erheblichen Fördermitteln der westdeutschen Seite) zustande kamen: Die sog. Theoriekonferenz vom 6.-7.12.1990 in Berlin-Prenzlauer Berg, die etwa 150 Teilnehmer, darunter zahlreiche "Prominente" zusammenführte und die Konferenz "Soziologie in der DDR" in Berlin-Niederschönhausen vom 2.-5. März 1992. (Inzwischen erschien auch bei de Gruvter die große Recherche, die unter Leitung von Friedrichs stattfand, und die 500 soziologische Dissertationen aus der DDR-Zeit dokumentierte.)

Aufwendige Arbeit wurde von den beteiligten Seiten auch zur Dokumentation der Forschungsprojekte der DDR-Soziologie durch das Bonner "Informations-Zentrum Sozialwissenschaften" geleistet. Wesentliche Bestände der "Grauen Literatur" und fast alle wichtigen Datensätze empirischer Untersuchungen konnten bibliothekarisch bzw. EDV-gerecht gesichert werden und sind heute leicht zugänglich.

Eine große Zahl von Anfragen, Wünsche nach Kontakten und nach wissenschaftlichem Austausch gingen beim GfS-Vorstand ein. Immer wieder wurden Adressen ostdeutscher Soziologen nachgefragt. Einige hundert Mark bewilligte der Vorstand dafür, daß sich der Berufsverband Deutscher Soziologen mit seinen Publikationen in der Mitgliedschaft der GfS bekannt machte. Es wurde der Versuch gemacht, mit einer großen Evidenz-Liste wissenschaftlich erfahrene Kollegen bekannt zu machen und zu empfehlen. Er blieb in den Anfängen stecken, da die Ostdeutschen mit solchen Förderungen keinen oder aber schlechte DDR-Erfahrungen gemacht hatten.

Es ist nicht leicht verifizierbar, aber viele Erfahrungen zeigten, daß ihre korporative Verfassung, die Möglichkeit, in bestimmten Angelegenheiten mit einer Stimme zu sprechen, bei vielen Unternehmungen der Soziologen hilfreich war. Von dem Wechselspiel zwischen Wissenschaftlicher Gesellschaft und institutionellen Neugründungen (BISS, ISDAT z.B.) ging eine Art synergetischer Effekt aus, auch ohne direkt kooperatives Handeln. Anders wäre der Leipziger Kongreß nicht möglich gewesen.

Die aufwendigste Unternehmung mit größtmöglicher Öffentlichkeit war zweifelsohne
der von der GfS ausgerichtete und durch
die Kooperation mit der 7. Tagung für angewandte Soziologie des BDS aktiv - sowie durch öffentliche Bekundungen und
aktive Teilnahmebereitschaft der DGS wirksam unterstützte Soziologen-Tag Leipzig 1991, der vom 24.-26. Mai stattfand.

Der Vorstand der GfS wählte aus einer Reihe von Vorschlägen das einzig mögliche Thema: Soziologie in Deutschland und die Transfromation großer gesellschaftlicher Systeme. So gab es das Angebot an die deutsche Soziologenschaft, in einer Zeit weltverändernder sozialer Umbrüche, zwei Interessenlagen zu diskutieren: Mehr über die Soziologie in einer solchen Situation zu reden, oder mehr über die sozialen Gegenstände, die sie herausfordern.

Die Registrierungen der beiden Kongreßbüros (in Berlin und Leipzig) erfaßten 616 Teilnehmer. Da zu den 38 Veranstaltungen der Arbeitskreise, Diskussionsgruppen und Foren weitere Interessenten hinzukamen, kann man die Beteiligung auf über 700 Personen hochrechnen. Das Qualifikationsniveau war hoch: Die Mehrheit der Teilnehmer war wissenschaftlich graduiert, die Anzahl der Professoren und Habilitierten betrug etwa 200. 310 angemeldete Teilnehmer kamen aus den alten Bundesländern, eine Reaktion u.a. auf mehr als 1.500 persönliche Einladungen, die verschickt worden waren. Die Gesamtverstaltungsdauer kann mit 220 Stunden angenommen werden.

Das letzte "normale" gesamtdeutsche Soziologentreffen, veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, hatte als 7. Soziologentag 1930 in Berlin stattgefunden. Seither, im Verlauf von 61 Jahren. sind die deutschen Soziologen, von autoritären Systemen ausgegrenzt, durch Kalten Krieg und staatliche Teilung in zwei Korporationen gespalten, nicht wieder in einer so bedeutenden Zahl, angezogen von einem sie alle interessierenden bedeutenden Thema, zusammengekommen. Wenn 1994 der 27. Deutsche Soziologentag (Kongreß für Soziologie) in Halle stattfinden wird (wie bislang vorgesehen) wird die Unternehmung von Leipzig 1991 noch in lebhafter Erinnerung sein als ein Versuch, das berufspraktische Erbe einer ganzen Profession, ihre Erfahrungen über 3 Jahrzehnte, ihre Lemgewinne aus der Zeit der Umwertung aller Werte in Bescheidenheit und doch mit Selbstbewußtsein den Partnern anzutragen, die den Neuaufbau und die großen Erweiterungsbauten des Soziologenfaches im Osten mittragen, mitgestalten, begleiten wollen.

Für das Protokoll des Leipziger Soziologentages wurden 158 Beiträge eingesandt, 55 % von ostdeutschen Teilnehmern, 45 % von den Teilnehmern aus den alten Bundesländern. Die Beiträge zum Leipziger Protokoll sind in ihrer Gesamtheit (1.632 Druckseiten) ein einmaliges Dokument

hochschule ost juli 1993

über die Situation der deutschen Soziologie im Anfangsstadium jener neuen Forschungseinrichtung, die unter dem Namen "Transformationsforschung" schon heute erkennen läßt, daß sie sich als ein Hauptforschungsgebiet durchsetzen wird. Seit Mai 1992 wird der voluminöse Band vom Akademie-Verlag und von der VCH-Verlagsgruppe Weinheim ausgeliefert.

Das Berliner Journal für Soziologie, die ebenso engagierte wie mühsame Gründung der GfS und der Soziologen der Humboldt-Universität aus den Tagen der Wende und des Neuaufbruchs, schien einigen (wenigen) Leuten als ein Filetstück besonderer Art. dessen geistige Eigentümerschaft man keinen Tag zu lange unter der Firmierung ihrer Gründer belassen durfte. Ohnehin schien dem einen oder anderen die Zeit gekommen, andere Zeichen im Umgange mit der GfS zu setzen. Einige vereinzelte gereizte Anfragen, wie lange denn noch die Ost-Soziologen sich in der Sonne ihrer Nostalgie wärmen dürfen, gab es schon früher. Im Falle des Berliner Journals wurde klargestellt: Herausgeber ist, wer das Geld für die Druckkostenzuschüsse hat. So wurde das Gründerteam der Herausgeber kurzerhand gefeuert und nach Protest beim Verlag dem GfS-Vorsitzenden mitgeteilt, dieser Protest lasse ia nun offenkundig werden, daß er unfähig sei, an der Emeuerung der Soziologie weiter teilzuhaben. Die geschah in einem als "öffentlich" deklarierten Brief. Publiziert wurde eine andere Feinheit: Dem Vorsitzenden der DGS wurde es als Unterlassung vorgehalten, der neuen Herausgeberschaft als solcher nicht schon sechs Wochen vor deren Selbsteinsetzung die andienende Aufwartung gemacht zu haben. Unterbliebener vorauseilender was? Nicht nur Bücher, auch Zeitschriften haben ihre Geschichte. Das Gedächtnis einer wissenschaftlichen Profession ist langwährend. Macht und Geld vermögen viel. Aber eines vermögen sie nicht: Wissenschaftsgeschichte umzuschreiben.

Der 1990 gewählte Vorstand stellte sich in Leipzig satzungsgemäß der Wiederbestätigung. Dies geschah mit der Befristung, zum 2. Jahrestag der Gründung der GfS eine Mitgliederjahresversammlung über das weitere Geschick der Gesellschaft entscheiden zu lassen. Die Veranstaltung fand am 7. März 1992 statt. Sie beschloß nach gründlicher Diskussion der Alternativen. die Tätigkeit der GfS (Ostdeutschland) per 31.12.1992 einzustellen. Am 18.12.1992 faßte der Vorstand, beobachtet von einigen geladenen Gästen, die nötigen Beschlüssse. Die GfS ist bis dato nur noch eine Gerichtsakte. Aber es gibt noch zwei Gremien, die in der Lage sind, auf die besonderen Probleme der ostdeutschen Soziologen zu reagieren.

Die noch verbliebenen geschäftlichen Verpflichtungen der GfS werden seit dem 1.1.1993 durch den folgenden Schriftsatz unterzeichnet:

*Die Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland beendete am 31.12.1992
ihre Tätigkeit. Sie wird bis zur amtgerichtlichen Aufhebung geschäftlich von einer Arbeitsgruppe vertreten, der angehören: Dozentin Dr. sc. Karin Lohr, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Hansgünter Meyer, ehem. Vorsitzender, WZB
Berlin; Dr. Jan Wielgohs, Berlin; Dozent
Dr. sc. Steffen Wilsdorf, Universität Leipzig

Damit soll gesichert werden, daß zuvor Verantwortliche der GfS weiterhin erreichbar sind und die (kurze) Geschichte der Gesellschaft keine Flecken erhält durch nicht ordentlich erledigte Verantwortlichkeiten.

Es ist aber auch seitens der DGS dafür gesorgt worden, daß die besonderen Probleme der ostdeutschen Soziologen - und

davon gibt es genug, was schon damit beginnt, daß es nicht genug ostdeutsche Soziologen gibt - die nötige und unvermittelte Aufmerksamkeit des Vorstandes und

telte Aufmerksamkeit des Vorstandes und der Gremien der DGS zu finden. Es wurde ein Ausschuß des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft für Soziologie "Für wissenschafts- und berufspolitische Fragen im Transformationsprozeß", eingesetzt, dem von ostdeutscher Seite Dr. Karin Lohr als Vorsitzende, Prof. H. Mever, Berlin, Prof. Voiat, Rostock und Dr. Wilsdorf, Leipzig angehören und von seiten der DGS Prof. Kreckel, Halle: Prof. Offe. Bremen: Prof. Lamneck, Eichstädt. Mit diesem Vorstandsausschuß sollte es gelingen, den bislang zähflüssigen Prozeß des Mitwirkens (einschließlich der Bewerbung um Mitgliedschaft) der Ostdeutschen in der DGS in Gang zu halten und zu beschleuni-

Die Zukunft gehört einer gesamtdeutschen wissenschaftlichen soziologischen Gesellschaft, das ist unbestreitbar. Je wirksamer sie ein Forum ist, die Herausbildung einer sich zusammengehörig fühlenden deutschen Soziologen-Community zu fördern, je schneller und je umfangreicher die Ostdeutschen dabei in Erscheinung treten, desto besser.

gen. Zugleich haben sie in einem wichti-

gen Gremium der DGS eine Stimme.

Die Gesellschaft für Soziologie als ostdeutscher Regionalverband hätte noch genug Funktionen, um weiterzubestehen. Hunderte ostdeutscher Kollegen sind bestrebt, ihre Tätigkeit als Soziologen fortzusetzen, viele tun es in Gestalt kleiner ABM- und Beschäftigungsgesellschaften, oft mit dem Anspruch einer lokalen wissenschaftlichen Gesellschaft. Nach dem Leipziger Soziologentag 1991 hatte die Frankfurter Rundschau (Ausgabe 31.5.) anerkennende Worte gefunden, daß es im Osten eine anspruchsvolle Soziologie ohne soziologische Institutionen gibt. All diese Angehö-

rigen unserer Profession benötigen eine korporative Interessenwahrnehmung.

Dennoch ist es unvermeidlich gewesen. die Tätiakeit der GfS einzustellen. Sie könnte Sonderinteressen fördern, sie käme jedoch je länger desto fataler in die Rolle eines Akteurs, der Trennung bewirkt. Bestimmte Formen der Integration fänden nicht statt. Gerade die unter den neuen Bedingungen Erfolgreichen würden sich von ihr abwenden. Natürlich könnte man einen Mitaliedsschwund akzeptieren, bei welchem zum Schluß nur eine Handvoll übrig bleibt, die Traditionsoflege betreibt. Auch sie hätte zu tun. denn 30 Jahre Wissenschaft und Forschung in einer ostdeutschen Gesellschaft zu pflegen, zu bewahren, zu vermitteln, das wäre schon ein beachtlicher wissenschaftshistorischer Gegenstand, und es ließe sich durchaus dafür sorgen, daß er nicht in DDR-Nostalgie versandet. Dennoch sollte die GfS so nicht umfunktioniert werden. Sie war eine geachtete und beachtete berufliche Korporation der Soziologen in der DDR/ Ostdeutschland. In dieser Rolle hat sie sich bemüht, einen Beitrag zur Integration deutscher Wissenschaft im Prozeß der Wiedervereinigung zu leisten. Es bleibt zu hoffen. daß die Botschaft, die von ihrem Wirken ausging, nicht überhört worden ist und den deutschen Soziologen noch deutlich im professionsgeschichtlichen Gedächtnis bleibt: Die Ostdeutschen sind anderes, wo immer man auf sie trifft, aber sie sind keine Absurdität. Ihre Tüchtigkeit, ihr wissenschaftliches Bemühen, ihr soziales Empfinden ist von eigener Art. Die Wiedervereingung mit ihnen wird Integration von Fremdheit sein - oder sie wird nicht sein.

Hansgünter Meyer, Prof. Dr., Soziologe, bis 31.12.1992 Vorsitzender der Gesellschaft für Soziologie (Ostdeutschland), ist tätig am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin

BRIEFWECHSEL PASTERNACK - KOWALCZUK ZU "DER UNABHÄNGIGE HISTORIKER-VERBAND (UHV)" IN hso 5/93

Fragen eines lesenden Redakteurs

Lieber Ilko, herzlichen Dank für Deinen Artikel. Wie viele andere Beiträge, die wir bekommen, provoziert er bei mir Fragen. Zwei Abende in einem Tagungsheim verschafften mir Gelegenheit, diese zu notieren. Das gelingt sonst meist nicht. Vielleicht hast Du Lust, dazu noch einen Nachschlag zu liefern.

Manches, wozu ich Anfragen an Deinen Beitrag habe, ist vermutlich dem beschränkten Umfang geschuldet, den so ein Artikel nun einmal nur haben kann. Manches aber scheint mir auch von so anderen Ansätzen herzurühren, daß ich über diese gem genauer unterrichtet wäre: um die eine oder andere Deiner (und sicher UHV-) Positionen nachvollziehen zu können.

Hier also ein wenig sortiert meine fragenden Bemerkungen:

1. Zunächst durchzieht Deinen Artikel ein vernichtend negativ gefälltes Generalurteil über die DDR-Geschichtswissenschaft insgesamt. Als zwar Nichthistoriker, doch wissenschaftsgeschichtlich Interessierter würde ich dieses Urteil natürlich gem nachprüfen, ggf. nachvollziehen können. Dazu benötigte ich die Kenntnis Deiner Maßstäbe und Kriterien. Ich nehme nicht an, daß die westdeutsche Geschichtswissenschaft, die bei Dir keine Kritik erfährt (war ja auch nicht Gegenstand), der Maßstab schlechthin ist. Die hat ja bspw. im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ungefähr so viele Historiker von Weltgeltung, wie sie die DDR-Historio-

graphie vorzuweisen hatte (letztere wohl einen auf 17 Millionen: Markov). Die Maßstäbe, die zu Deiner Einschätzung führen, sind gewiß inhaltlicher und methodischer Natur. Gerade deren Kenntnis fände ich interessant: Sie ermöglichte, wie gesagt, die Überprüfung und ggf. den Nachvollzug Deines Urteils.

- 2. In diesem Zusammenhang weckst Du bei mir eine latent schlummernde Frage: Wird die binäre Einteilung der DDR-GeschichtswissenschaftlerInnen in etablierte Angepaßte und nichtetablierte Unangepaßte einer der beiden Gruppen tatsächlich gerecht? Zudem: Erfaßt die für mein Gefühl etwas grobe Unterteilung auch die situative Vielfalt der einzelnen geschichtswissenschaftlichen Teildisziplinen in der DDR?
- Bleiben wir bei Personen und nehmen wir zwei Beispiele:

Der noch vor dem 89er Umbruch mehr oder weniger gewählte letzte Parteisekretär der Leipziger Geschichtssektion wird von Dir in einer Reihe mit Hans Ulrich Wehler, Winfried Schulze und Wolfgang Küttler wohlwollend erwähnt. (S. 70) Ihn hattet Ihr auch zu Eurer Ringvorlesung an der HUB eingeladen. Wie paßt das mit dem anderen zusammen: Angesichts dessen, daß der Betreffende nun gerade als glänzendes Beispiel dafür gelten darf, wie unter allen Wirkungsbedingungen die richtigen

Anpassungstrategien zu entwickeln sind. Etwa wenn es ihm gelang, sich als benachteiligter Ordentlicher Professor (oder wie Du sagen würdest: SED-Professor) zu verkaufen. [1] Wieso gilt gerade er nicht als "stromlinienförmiger Ostdeutscher" (S. 73)? Weil Dir Differenzierungen durchaus angemessen scheinen? Nach welchen Kriterien aber greifen diese dann? Haut anschließend noch das oben angefragte Gut-Böse-Schema hin?

Du erwähnst Michael Lemke als einen, der schlicht eine der blödesten Sachen gesagt hat, die sich zur anstehenden DDR-Geschichtserforschung überhaupt sagen lassen. (S. 67) Ich kenne Lemke nur aus einer Gastvorlesungsreihe, die er 1987 zur bundesdeutschen Geschichte in Leipzig gehalten hat. Von dieser Erfahrung her würde mir nicht in den Sinn kommen, ihn den angepaßtenEtablierten zuzuschlagen. Was hatte er nun in den Evangelischen Kommentaren gesagt?

"Es kann nicht der Weg sein, dem Umbequemen dadurch zu entgehen, daß man die Geschichte der DDR und der Bundesrepublik... in einen Topf wirft und sie zu einem Brei deutscher Zeitgeschichte nach 1945 verkocht... Eine 'Republikflucht' aus der DDR-Geschichte... bringt überhaupt nichts, macht die damit Beschäftigten mit Folgerichtigkeit uninteressant und dadurch erst zahnlos und entbehrbar. Andererseits sollte man skeptisch sein, wenn Historiker, die bislang mit der Geschichte der DDR fachlich nichts zu tun hatten, aus 'konjunkturellen' Gründen und unter Benutzung von Ellenbogen und Schuldzuweisungen auf ein Gebiet drängen, auf dem Fachleute, die jetzt voll zum Zuge kommen können, mit Sachverstand arbeiten." [2]

Das mag nun wirklich eine merkwürdige Auffassung sein - aus der Sicht von 1993. Als eine Mitte 1990 formulierte Anmerkung las ich Sie - unter Ansehung der Zeitumstände - als Wamung vor der Enteignung von Geschichte und als Wamung vor Kon-

iunkturrittern. Beide Warnungen schienen mir zunächst mal nicht völlig unangebracht. Lemkes Folgerung konnte ich nur bedingt so teilen (weil die Standards geschichtswissenschaftlichen Arbeitens wohl in den DDR-fbzw. SED-l Geschichtsbereichen am wenigsten internalisiert waren - und es insofern um den Sachverstand sehr verschiedenartig bestellt war). Bemerkenswert schien mir an Lemkes Position im übrigen noch eines: Er formulierte sie zumindest nicht in wohlkalkuliertem Eigeninteresse im Unterschied zu vielen anderen, die sich zu derartigen Themen äußerten. Denn sein eigener Gegenstand ist ia nicht die DDR-Geschichte. Insofern - und damit bin ich wieder bei Deiner Auseinandersetzung sehe ich in der Lemke-Aussage zwar eine ablehnenswerte Position. Aber ich sehe darin zunächst noch keinen Grund, den Mann als Paradebeispiel für Pfründesicherung vorzuführen. Damit jetzt habe ich natürlich nicht zuletzt die Stilfrage gestellt.

4. Bei Dir taucht vorrangig die aktive Unterstützung bestimmter (wissenschafts-)politischer Vorgaben in der DDR als Vorwurf auf. Es gab wohl fünf Grundformen, mit der gesellschaftlichen Realität in der DDR umzugehen: (a) bedingungslos alles unterstützen und mit durchsetzen (entweder aus Überzeugung oder aus Karrierebewußtsein, Mischformen waren häufig); (b) sich in die Strukturen zu begeben, um (zumindest vom Vorsatz her) Schadensbegrenzung zu betreiben und Grenzerweiterungen durchzusetzen; (c) die (tatsächlich oder vermeintlich) existentiell notwendigen Minimalanforderungen erfüllen und sich ansonsten aus allem heraushalten; (d) Widerstand leisten und/oder organisieren sowie (e) weggehen.

Die bei Dir dominierenden Vorwürfe einerseits lassen m.E. keine genügende Differenzierung zwischen (a) und (b) zu. Ihre Dominanz andererseits vernachlässigt, wie ich denke, was denn nun tatsächlich am wirkungsvollsten (und folglich verwerflichsten) für das Funktionieren der bornierten Verhältnisse war. Ich denke: Dies war der libidinös gelebte Opportunismus (=[c]). (Daß der nun das nahezu einzige ist, was sich aus der DDR in die jetzige Bundesrepublik übergeleitet findet - weil sich opportunistisches Verhalten als kompatibel zur westdeutschen Gesellschaft erwies -, läßt zwar wenig hoffen für diese Gesellschaft. Es formuliert aber gleichfalls die eigentliche Herausforderung: Auch Verhältnisse in der Wissenschaft bspw. sind geronnenes Verhalten.)

Wo aber findet sich bei Dir dieser Opportunismus erwähnt: "Das ominöse 'Es' waren die real herrschenden Zustände und Machtverhältnisse in der DDR, die absolute Gewaltherrschaft der SED, der Unterdrückungsapparat des MfS, des MdI und anderer Organe sowie [sic!] das millionenfache Mitmachen." (S. 73) Die Botschaft, die ich dem entnehme: Naja, das millionenfache Mitmachen gab es dann auch noch. Sei es also hinten drangehängt noch mit erwähnt.

Schließlich interessiert mich: Hat der UHV auch eine Meinung zur Stromlinienförmigkeit einer Reihe von westdeutschen Fachkolleginnen? Es können ja wohl nicht alle auf eine so kontinuierliche Kritik der DDR-Geschichtswissenschaft verweisen, wie ietzt der Anschein zu erwecken versucht wird. Oder etwa: Sind nicht auch die früheren Auffassungen zahlreicher westdeutscher Historiker zu einzelnen Sachproblemen erklärungsbedürftig, etwa, um ein Beispiel zu nennen, zur deutschen Frage (wie sie Jens Hacker in seinem - sicher schwer konsumierbaren, weil penetrant schadenfroh-oberlehrerhaften - Buch "Deutsche Irrtümer" ausführlich referiert [3])?

 Ja, Ilko, und dann fällt mir an Deinem Artikel eines besonders auf: das Fehlen kritischer Selbstreflexion. Dies läßt nur folgenden doppelten Schluß zu: Der UHV hat erstens bislang alles richtig gemacht und zweitens keine internen Konflikte auszutragen. Anlässe zur Hinterfragung der einen oder anderen bisherigen Aktivität gibt es nicht. Das einzige Problem, welches der UHV hat, ist fremdverursacht (S. 69: "Das Dilemma des UHV...").

Solch bemerkenswert ungetrübte Bilanz der Aktivitäten in einer Zeit wie den letzten drei Jahren, die nur so einlud zum alles mögliche Falschmachen, weckt nun allerdings mein Mißtrauen. Wer zur heftigen Kritik gegenüber anderen neigt, ist mir immer noch bißchen sympatischer, je schonungsloser auch die Sebstbetrachtung ausfällt. (Du erinnerst Dich vielleicht an einen Satz aus meinem letzten Brief: Daß ich mich nicht zuletzt deshalb über Fuem Vorstandsentscheid, der Artikel solle von Dir geschrieben werden, freue, weil mich auch interessiert, wie radikal Betrachtungen von Dir zu Dingen kommen, an denen Du selbst beteiligt bist.)

Die Frage ist gar nicht so sehr eine politische. Sie berührt, denke ich, vielmehr das Wissenschaftsverständnis der im UHV Versammelten. Sollte, wer anderen gewiß zu Recht den Vorwurf macht, (in der DDR) keine Fähigkeit zur kritischen Hinterfragung des eigenen wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Tuns entwickelt sowie aktiv der eigenen Instrumentalisierung für außerwissenschaftliche Zwecke Vorschub geleistet zu haben - sollte der nicht auch durchscheinen lassen, wie er es nun heute unter ungleich günstigeren Bedingungen mit der Selbstreflexion hält?

6. Du zitierst Werner Röhr mit seiner Behauptung, der UHV betreibe lediglich denunziativ Gesinnungsverfolgung und Abrechnung. (S. 70) Wenn Röhr, wie Duschreibst, damit darauf hinweisen wollte, "daß der UHV Erfüllungsgehilfe und Abwicklungskumpan der westdeutschen

'Großhistoriker' und des dahinter stehenden Großkapitals sei", dann drängt sich mir wenigstens eine Frage auf: Macht er damit, gleich was seine Motivation sein mag, nicht zumindest auf ein klärungsbedürftiges Problem (und sei es nur ein Perzeptionsproblem) aufmerksam?

Ich vermute mal zwei Dinge: 1. Der UHV vermag auch nicht ausnahmslos alles, was die westdeutsche Geschichtswissenschaft bezüglich der ostdeutschen Erneuerung des Faches anstellte, als das Nonplusultra von Wissenschaftsförderung zu akzeptieren. 2. Sich in der Bürgerbewegungstradition verortende AktivistInnen - wenigstens zum Teil - möchten sich selbst gegenüber ehrlich bleiben. Sie möchten sich folglich nicht instrumentalisieren lassen für Entwicklungen im deutschen Vergesamtstaatlichungsprozeß, die dem jeweiligen Anliegen nicht dienen.

Wenn diese beiden Annahmen zutreffen: Wäre dann nicht die Röhr-Erwähnung ein passender Anlaß gewesen, die Differenz zwischen UHV-Ansatz und dem der etablierten westdeutschen Geschichtswissenschaft zu erläutern? Oder gibt es da tatsächlich keine Differenz? Das fände ich bedauerlich: Denn wäre so nicht der UHV lediglich der kollektive Konrad Weiß der deutschen Geschichtswissenschaft? Hätte er mithin noch irgendeine besondere Funktion etwa in Unterschiedenheit zum Verband Deutscher Historiker; außer der. bestimmte Dinge ausschließlich zu thematisieren, die bei anderen nur solche unter vielen sein können?

7. Es gab/gibt nicht nur in der Geschichtswissenschaft ausführliche Diskussionen über ihre Funktion in der DDR. Allerdings, und das ist m.E. durchaus erörternswert, waren/sind die Debatten in der Geschichtswissenschaft neben denen in der Soziologie [4] am intensivsten, und sie waren/sind in der Geschichtswissenschaft mit Abstand

am öffentlichkeitswirksamsten. Da schiene mir eine gelegentliche Untersuchung durchaus mal interessant, wer mit welchen Motiven die erstaunliche Publizität der Diskussion zur DDR-Geschichtswissenschaft befördert hat: Könnte dabei auch herauskommen, daß dort stärker als in allen anderen Disziplinen außerwissenschaftliche Interessen wie auch kleinliche Schulenegoismen eine Rolle spielten? Womit ich nicht auf die beteiligten UHV-Akteure rekurriere (da weiß ich auch zu wenig). Sondem ich meine natürlich die massiv beteiligten westdeutschen Kolleginnen. Bei einer solchen Untersuchung könnte auch Deine quantitative Aussage überprüft werden, daß zur DDR-/ostdeutschen Geschichtswissenschaft "vorrangig zwischen ehemaligen DDR-Bürgern und -Bürgerinnen" diskutiert wurde (S. 66). Ich bin, muß ich sagen. nicht so sicher, daß dies Bestätigung fände.

8. Dann, lieber Ilko, hätte ich einige Fragen zu einem Teil Deiner Begrifflichkeit. Da ist für meinen Geschmack manches zu feuilletongeistgeschwängert. Vier Beispiele:

(A) "SED-Gewaltregime" (S. 75, Anm. 7) birgt m.E. nur geringe analytische Substanz in sich. Denn wenn wir Gewalt als zur hinreichenden Kennzeichnung eines bestimmten politischen Systems genügendes Merkmal annehmen, wie Du es mit Deinem Begriff tust: Müssen wir dann nicht berücksichtigen, daß Regime immer (wenigstens im soziologischen Sinne) gewalttätig sind, auch bspw. das demokratische Regime des repräsentativen Parlamentarismus auf kapitaldominierter ökonomischer Grundlage (Stichworte: strukturelle Gewalt, repressive Toleranz - oder vgl. auch zur stärkeren Verdeutlichung die Dokumentation zur Mainzer-Straße-Schlacht, die Du ja vielleicht kennst [5])? Wird folglich nicht das DDR-System mit "SED-Gewaltregime" nur unzureichend in seiner Unterschiedenheit von anderen Regimen erfaßt (zumindest,

wenn der Historiker den Begriff verwendet)?

(B) Als Sozialwissenschaftler neige ich natürlich beständig zu Relativierungen und weiß zudem von der Technik des historiographischen Schlusses zu wenig. Trotzdem würde ich Dich gem ein wenig skeptisch fragen wollen: Ist das Konstatieren eines Absoluten in bezug auf einen beliebigen Gegenstand in der historischen Wissenschaft angemessen, etwa wenn Du die "absolute Gewaltherrschaft der SED" (S. 73) diagnostizierst?

(C) Für die 89er Vorgänge verwendest Du zum einen den Begriff "Herbstrevolution" (S.68) und zum anderen den der "Wende" (S.69). Treffender finde ich da die Aussage in den UHV-"Anmerkungen zur Situation der Geistes- und Sozialwissenschaften in der DDR" vom Mai 1990: "Die sogenannte Wende in der DDR, die eher eine Implosion als eine Revolution war..." [6]. Eine Implosion kann m.E. so wenig eine Revolution gebären wie umgekehrt. In dem Begriff "Wende" äußert sich der analytische Sachverstand von Egon Krenz. 171 Entsprechend ist die wissenschaftssprachliche Potenz, die er zu entfalten vermag.

Schließlich sagt Du, es gäbe noch immer eine Chance, die Armin Mitter schon im September 1990 sah: "... durch radikale Aufarbeitung von 40 Jahren SED-Herrschaft wesentlich zur Weiterentwicklung des demokratischen Bewußtseins in ganz Deutschland beizutragen." (S. 74) Doch: Wo nur siehst Du diese Chance 1993?

Ich meine hier zum einen: Radikalität (z.B. bei der Aufarbeitung von irgendetwas) bedeutet zunächst und vor allem sonstigen Freiheit von Instrumentalisierungen für andere Zwecke. Wo siehst Du eine Chance für solch instrumentalisierungsfreie Aufarbeitung von DDR-Geschichte (nach den bemerkenswerten Erfahrungen der letzten drei Jahre)? Ich denke hier zum anderen: Die Weiterentwicklung demokratischen Bewußtseins hat als Voraussetzung erstens ein gesellschaftliches Bedürfnis danach oder/und einen sozialen Druck dahin. Sie hat als Voraussetzung zweitens eine Situation, in der nicht gerade eine allgemeine Regression demokratischen Bewußtseins stattfindet. Siehst Du irgendetwas davon in Deutschland?

Peer Pasternack (Leipzig)

Anmerkungen

[1] Ein Beispiel kolportiert Georg Iggers: "... seines Buches über die Struktur des Leipziger Proletariats, 1974 als Habilitationsschrift abgeschlossen, aber erst 1978, nachdem das Werk internationale Beachtung gefunden hatte, veröffentlicht...", in: G. Iggers (Hg.): Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte, Frankfurt a.M. 1991, Einleitung, S. 26; was im konkreten Fall dankenswerterweise richtiggestellt worden ist: "Daß die Dissertation B von Hartmut Zwahr, die 1974 verteidigt wurde, 'erst' 1978 erschienen ist, entspricht dem damals üblichen Verlagstrott der Ex-DDR und keineswegs irgendwelchen Vorbehalten. Vielmehr erfuhren dieser talentierte Historiker und sein bedeutendes Schaffen vielfältige Förderungen durch führende Historiker der DDR." Werner Berthold in seiner Rezension des Iggers-Buches, in: ZfG 7/1992, S. 677. (Bin ich jetzt stigmatisiert, weil ich den einen SED-Professorgegen den anderen benachteiligten SED-Professorins Feld zu führen mich nicht scheue?)

[2] Michael Lemke: Flecken auf Klios Weste. Deutsche Zeitgeschichtsschreibung der DDR nach der Wende, in: Evangelische Kommentare 10/1990, S. 596.

[3] Vgl. Jens Hacker: Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Frankfurt/Main 1992. Kapitel "Positionen einschlägiger wissenschaftlicher Disziplinen", Abschnitt "Geschichtswissenschaft", S. 352 - 382.

[4] Vol. (um uns an dieser Stelle auf selbständige Publikationen zu beschränken): Zapf, Wolfgang /Thurn, Georg (Hrsg.): Zur Lage der sozialwissenschaftlichen Forschung in der ehemaligen DDR: Wissenschaftliche Interessen. Forschungserfahrungen. Strukturprobleme. Kooperationswege. Konferenzbericht. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung WZB. Berlin 1990; mehrere Beiträge in: Meyer, Hansgünter (Hrsg.): Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR, Berlin/New York 1990; mehrere Beiträge in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Lebenslagen, Sozialindikatorenforschung in beiden Teilen Deutschlands (Forum: Politik Bd. 12; Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen e. V. Bd. 64). Saarbrücken-Scheidt 1990: mehrere Beiträge in: Zaof, Wolfgang (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften, Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt a.M. 1990 [Plenumsbeiträge], Frankfurt a.M./New York 1991; mehrere Beiträge in: Glatzer, Wolfgang (Hrsg.): 25. Deutscher Soziologentag Frankfurt 9.-12.10.1990. "Die Modernisierung moderner Gesellschaften". Sektionen * Arbeits- und Ad hoc-Gruppen*Ausschußfür Lehre, Opladen 1991; mehrere Beiträge in: Furmaniak, Karl/Kiock, Hartmut (Hrsg.): Programmforschung in der und über die (ehemalige) DDR (Werkstattbericht Bd. 13, hrsg. von der Gesellschaft für Programmforschung in der öffentlichen Verwaltung e.V. GfP), München 1991: mehrere Beiträge in: Giesen. Bernd/Leggewie. Claus (Hrsg.): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin 1991: Gimdt. Comelia/Mezger, Erika (Hrsg.): Arbeitswissenschaften nach dem Fall der Mauer. Kontroversen, Kontraste. Kooperationsmöglichkeiten. Arbeitswissenschaften und Gewerkschaften - Perspektiven der Kooperation in der BRD und DDR. Arbeitstagung der Hans-Böckler-Stiftung und der IG Metall, Marburg 1991; mehrere Beiträge in: Hennig, Werner/ Friedrich, Walter (Hrsg.): Jugend in der DDR. Daten und Ergebnisse der Jugendforschung vor der Wende, Weinheim und München 1991; mehrere Beiträge in: Hohmann, Joachim S. (Hrsg.): Sexuologie in der DDR, Berlin 1991; Peter, Lothar: Dogma oder Wissenschaft? Marxistischleninistische Soziologie und staatssozialistisches System in der DDR (IMSF-Forschung und Diskussion, hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V., Bd. 7), Frankfurt a.M. 1991; mehrere Beiträge in: Schweres, Manfred (Hrsg.): Problemfelder angewandter Arbeitswissenschaft in der DDR (NBL) - Arbeiten auf dem Gebiet vergleichender Analysen (DDR-Forschung), Band II (Analysen des Instituts für Arbeitswissenschaft und Didaktik des Maschinenbaus IADM, Universität Hannover, Bd. 13), Duisburg-Rheinhausen 1991; Schweres / Rohde (Hrsg.): "Workshop Wissenschaftskooperation" - Intensiv-Arbeitstagung zur Lage der arbeitswissenschaftlichen Forschung in der DDR, Bonn (Mai 1990) (Analysen des Instituts für Arbeitswissenschaft und Didaktik des Maschinenbaus IADM, Universität Hannover), Duisburg-Rheinhausen 1991; mehrere Beiträge in: Jaufmann, Dieter/Kistler, Ernst/Meier, Klaus/Strech, Karl-Heinz (Hrsg.): Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Frankfurt a.M./New York 1992; mehrere Beiträge in: Meyer, Hansgünter (Hrsg.): Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme, Berlin 1992; Fachbereich Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin (Hrsg.): Soziologie und empirische Sozialforschung in der DDR - Eine kritische Bilanz (Berliner Journal für Soziologie H. 3-4/1992), Berlin 1992; mehrere Beiträge in: Muszynski, Bernhard (Hrsg.): Wissenschaftstransfer in Deutschland. Erfahrungen und Perspektiven bei der Integration der gesamtdeutschen Hochschullandschaft, Opladen 1993.

[5] Michael Ziesche / Ilko-Sascha Kowalczuk u.a. (Hrsq.): Berlin - Mainzer Straße, Berlin 1992.

[6] Unabhängiger Historiker-Verband (in der DDR): Anmerkungen zur Situation der Geistes- und Sozialwissenschaften in der DDR. Abgedruckt in: Rainer Eckert/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber (Hrsq.): Krise - Umbruch - Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90, Stuttgart 1992, S. 198.

[7] Rede des Genossen Egon Krenz, Generalsekretär des Zentralkomittees der SED, in: Neues Deutschland vom 19.19.1989, S. 1: "Mit der heutigen Tagung werden wir eine Wende einleiten, werden wir vor allem die politische und ideologische Offensive wieder erlangen."

Die Geschichtswissenschaft in der DDR und der Unabhängige Historiker-Verband, Eine Antwort an Peer Pasternack

Lieber Peer vielen Dank für Deinen Brief und Deine Kritik an meinem Beitrag über den "Unabhängigen Historiker-Verband" (UHV), Ich nehme gem das Angebot wahr, nun meinerseits auf Deinen Brief zu reagieren. Es wird nun allerdings weniger ein "Nachschlag" als vielmehr die Darstellung prinzipieller Erwägungen, die ich entlang Deiner einzelnen Kritikpunkte entwickeln möchte. Daraus erklärt sich auch, daß meine Antwort etwas lang ausgefallen ist.

1. Du hast Recht, den Artikel durchzieht ein generell vernichtendes Urteil über die DDR-Geschichtswissenschaft. Dies nun zu untersetzen, bedeutet Vergleichsmaßstäbe heranzuziehen. Dabei ist für mich natürlich die westdeutsche Geschichtswissenschaft nicht der Maßstab schlechthin. Dies vor allem aus einem - nicht ganz unwichtigen - Grund: Wissenschaft ist eine internationale Veranstaltung, die niemals ihren Maßstab an den Leistungen eines einzelnen Landes ausrichten kann. Daß nun Westdeutschland "im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ungefähr so viele Historiker von Weltgeltung (hat), wie sie die DDR-Historiographie vorzuweisen hatte", sei aber dennoch und am Rande stark in Zweifel gezogen. Wenn Du für die DDR einen ausmachst (Markov), hieße dies, daß die BRD vier hervorgebracht hätte. Ich will mich mit Dir nun nicht in eine Detaildiskussion einlassen, wie der Maßstab für einen Historiker von Weltgeltung aussähe und wer demzufolge als ein solcher zu gelten hätte. Aber ich glaube schon, bedeutend mehr Historiker von internationalem Rang zu sehen. Man muß sich bei einer solcher Betrachtung nur von politischen oder wissenschaftlichen Sympathien freimachen.

Doch zurück zum Maßstab meiner Beurteilung. Es gibt zwei Möglichkeiten, das Desaster der DDR-Geschichtswissenschaft zu konstatieren. Ich sehe allerdings keine, ein positives Urteil zu fällen, welches auch tatsächlich wissenschaftlich abgesichert werden könnte.

Die eine Möglichkeit besteht nun darin, als Maßstab des "Erfolgs" den selbst gestellten Anspruch mit den tatsächlichen Ergebnissen zu vergleichen. Den Anspruch könnte man knapp vielleicht folgenderma-Ben umreißen.

Die Historiker und Historikerinnen aus der DDR bemühten sich, den wissenschaftlichen Nachweis zu führen, "daß sich die gesellschaftliche Entwicklung auf der Grundlage objektiv wirkender Gesetzmä-Bigkeiten vollzieht." [1] Diese Beweisführung war die wichtigste Aufgabe der DDR-Geschichtswissenschaft. Kategorisch behauptete die SED immer wieder, daß die "sich obiektiv vollziehenden Prozesse" nur "richtig" erforscht und dargestellt werden könnten, wenn dabei "vom Standpunkt der Arbeiterklasse" ausgegangen würde. Der folgerichtige Schluß lautete dann: "Der verantwortungsbewußte Historiker fühlt sich als Beauftragter der Arbeiterklasse und der sozialistischen Gesellschaft." [2] Aus diesem Anspruch der SED an die Historiker ergaben sich die Besonderheiten der historischen Forschung und Lehre in der DDR.

Die Spezifik der DDR-Geschichtswissenschaft war charakterisiert durch methodische, inhaltliche und ergebnisorientierte externe Vorgaben, die in hierarchisch strukturierten politischen und wissenschaftlichen Einrichtungen formuliert wurden. Diese Einrichtungen waren vertikal und horizontal miteinander verkoppelt, wobei neben den Partei- und "staatlichen" Institutionen auch einzelne Personen aus der Wissenschaft als "parteilich-charismatische" Instanzen wirkten. Die Historiker besaßen eine besondere Stellung im SED-Staat, weil sie maßgeblich an der historischen Legitimierung der Gesellschaft beteiligt waren. Wie das obige Zitat exemplarisch belegt, wurde "die Rechtfertigung der totalitären Macht selbst als das Ergebnis einer wissenschaftlichen Geschichts- und Gesellschaftserkenntnis ausgegeben". [3]

Wenn man dieser Argumentation folgen kann, dann kann am Ende nur ein völliges Versagen der DDR-Geschichtswissenschaft konstatiert werden. [4] Nun wird natürlich immer gesagt. daß die DDR-Geschichtswissenschaft ia doch noch mehr war, als bloße Erfüllungsgehilfin der SED zu sein. Selbstverständlich gab es eine Vielzahl von Forschungsarbeiten, die in dieses grobe Schema nicht hineinpassen. Aber es ging hier weniger um eine Gesamtwürdigung der DDR-Geschichtswissenschaft, als vielmehr um die Ausgangspunkte, die zur Existenz des UHV führten. Und in diesem Zusammenhang muß nun einfach auch ein Aspekt betrachtet werden, der heute so geme vergessen wird.

Wenn Du schreibst, daß die westdeutsche Geschichtswissenschaft im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ebenso viele Historiker von Weltgeltung hatte wie die DDR, dann übersiehst Du noch einen wichtigen Punkt, der die ganze Situation der Geistes-und Sozialwissenschaften in den neuen Bundesländern überhaupt erst erklärbar macht. Denn umgekehrt hatte die DDR im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ein Vielfaches mehr an Historikern als die alte Bundesrepublik. Während zum Beispiel die "Historiker-Gesellschaft der DDR" am 31. Dezember 1989 2693 Einzelmitglieder hatte (davon 451 aus der Volksbildung) [5], hatte der

"Verband der Historiker Deutschlands" Anfang 1991 rund 1550 Mitglieder [6]. Auch wenn diese Zahlen nicht das gesamte Spektrum von Historikern widerspiegeln, deuten sie aber eine klare Tendenz an.

Die DDR-Geschichtswissenschaft rekrutierte sich eben nicht nur aus den Historikem der Universitäten und Hochschulen und denjenigen, die an der Akademie der Wissenschaften tätig waren. Viele Historiker der DDR waren in Parteieinrichtungen (Institut für Marxismus-Leninismus; Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED; Parteihochschule "Karl Marx", dann die vielen kleinen dezentralen Einrichtungen der SED, FDJ, des FDGB etc.) tätig.

Die Träger der DDR-Geschichtswissenschaft zeichneten sich durch ihren hohen Identifikationsgradmit der DDR-Gesellschaft aus, was zugleich eine bedingungslose Unterordnung unter die SED-Politik bewirkte. Sie haben sich oftmals weniger als Wissenschaftler, sondem vielmehr als SED-Funktionäre verstanden.

Dieser Anspruch konnte nur auf Kosten der Wissenschaftlichkeit verwirklicht werden. Für das Jahr 1974 wurde zum Beispiel von der SED-Grundorganisation der Sektion Geschichte an der Berliner Universität kritisch festgestellt, daß die Historiker der Sektion "durchschnittlich 1.2" wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht und sie sich damit noch nicht einmal an der Wissenschaftsentwicklung innerhalb der DDR beteiligt hätten. [7] Schon seit den frühen fünfziger Jahren wurde immer wieder kritisiert, daß die Mehrheit der Lehrenden in den gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen "nicht voll wissenschaftlich ausgewiesen" sei. [8] Zwar gab es einen ständig steigenden Anteil von SED-Mitgliedem [9], doch ging dies in der Regel auf Kosten der fachlichen Qualität. Im Jahr 1962 ergingen z. B. von 415 ausgesprochenen Berufungen aller Wissenschaftszweige lediglich 44 Prozent an Habilitierte [10], d. h. mehr als die Hälfte der Berufenen verfügten nicht über die formal-notwendige Qualifikation.

Interessant in diesem Zusammenhang sind auch die Ergebnisse, die der Wissenschaftsrat in seiner Empfehlung zur Fortführung von Langzeitprojekten 1991 abgab. Danach empfahl er 30 Langzeitprojekte zur Weiterführung. Allerdings wurden von diesen 30 Projekten nur neun nach 1945 und davon gar drei erst nach 1960 in Angriff genommen. [11]

Die Leistungen, die erbracht wurden, müssen noch einer genaueren Prüfung unterzogen werden. Es ist trotz einer fehlenden Gesamtanalyse unseriös [12], wenn einige Historiker aus den neuen Bundesländern auf die Filetstücke ihrer Wissenschaft verweisen, dabei aber die Entstehungsbedingungen und Relationen völlig vernachlässigen.[13] Bis zum Jahre 1955 wurden geisteswissenschaftliche Dissertationen und Habilitationen fast nur an Universitäten verteidigt. Dies änderte sich danach, so daß im Zeitraum von 1956 bis 1959 9 Prozent und zwischen 1960 bis 1963 schon rund 23 Prozent der geschichtswissenschaftlichen Graduierungsschriften direkt am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED bzw. an der Parteihochschule "Karl Marx" verteidigt wurden, zu denen dann immer noch die Qualifikationsschriften der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten hinzugerechnet werden müßten. Bis 1955 machten die Themen aus dem 19. und 20. Jahrhundert einschließlich der Zeitgeschichte ungefähr nur ein Drittel aller Arbeiten aus. Für die Zeit danach können jeweils weit über fünfzig Prozent für diese Epochen nachgewiesen werden, wobei zwischen 1960 und 1963 die Arbeiten, die sich mit Problemen aus der Zeit nach 1945 beschäftigten, allein schon rund 27 Prozent ausmachten. [14] Diese Tendenzen nahmen in den Jahren bis 1989 weiter zu und stiegen stark an. [15]

Bei der Beurteilung der DDR-Geschichtswissenschaft muß berücksichtigt werden, daß die bleibenden wissenschaftlichen Werke oftmals Einzelleistungen in einem Dickicht von kaum wissenschaftlichen Kriterien genügenden Publikationen und unveröffentlichten Schriften gewesen sind, die nicht wegen, sondem trotz der Atmosphäre und Bedingungen für die Wissenschaft entstanden sind.

Vielleicht reicht dies vorerst für die eine Möglichkeit des Vergleichs. Der zweite Weg des Vergleichs muß dann natürlich auf dem domigen Weg des internationalen Standards, des internationalen Diskussionsstandes gegangen werden. Nun, dies wird schon deshalb ein kurzer Weg, weil im Allgemeinen in der scientific community Wert auf Methoden- und Theorienpluralismus gelegt wird. Nun könnte man natürlich noch einwenden, immerhin wurde in der DDR der legitime Weg des Marxismus(-Leninismus) zurückgelegt. Aber leider wurde der Weg der marxistischen Methode überhaupt nicht abgeschritten. Vielmehr war die Methode ideologie-, das heißt fremdbestimmt. Dies ist aber auch nur insofern richtig, als daß die Historiker eben nicht fremdbestimmte Wesen waren, sondern der Sache nach sich selbst als Ideologen betätigten der Kreis ist geschlossen.

Wenn man nun heute einmal die historischen Werke angeblicher marxistischer Provinenz herannimmt, dafür haben sich ja fast alle ausgegeben, und sie auf ihren tatsächlichen spezifischen Ansatz hin untersucht, wird man leicht feststellen können, daß in der DDR vor allem des Positivismus' gefrönt wurde. In der Regel bleiben Materialsammlungen, die in der "Fachsprache" den "Jägern und Sammlern" zugeordnet werden. Auch in der marxi-

stisch orientierten historischen Forschung war man anderswo weiter. [16]

Insgesamt sehe ich also zwei Möglichkeiten, die DDR-Geschichtswissenschaft zu vergleichen. Es gäbe natürlich weitere Varianten. So zum Beispiel müßte eigentlich am Anfang ersteinmal geklärt werden. was für ein Wissenschaftstyp in der DDR zum Zuge kam und was für ein spezifischer Geschichtswissenschaftstypus in der DDR entwickelt wurde. Ich glaube, nach der Klärung dieser wichtigen Frage wird sich das Problem des Vergleichs auf eine neue Weise stellen. Denn eigentlich ist es unseriös, wenn in der Diskussion immer wieder über die DDR-Geschichtswissenschaft so gesprochen und sie so verglichen wird, als würde sie eine ganz normale Wissenschaft gewesen sein.

2. Natürlich ist die binäre Einteilung "in etablierte Angepaßte und nichtetablierte Unangepaßte" ziemlich grob. Aber solche Muster sind immer grobmaschig, selbst wenn ich zehn Typen ausgemacht hätte. Es gibt Versuche, das Verhalten der Wissenschaftler aus der DDR zu typologisieren. Der Historiker Jan Peters sieht vier Verhaltenstypen bei den Historikern aus der DDR: die bedingungslosen Apologeten, die unbekümmerten Anpaßlinge, die Eigensinnigen und die Subversiven. [17] Der Erziehungswissenschaftler Bernd-Reiner Fischer versucht eine allgemeinere Typologie des DDR-Wissenschaftlers. Auch er unterscheidet in vier Grundtypen: der Subkulturelle, der Reisekader, der Exote und der Knechtselige.[18]

Diese Typologien sind natürlich differenzierter und ausgewogener. Aber für mein Thema war eine genauere Unterscheidung nicht unbedingt erforderlich. Es ging mir mehr darum, eine allgemeinere Trennlinie zu ziehen, die dann auch den Ansatzpunkt des UHV helfen sollte zu verdeutlichen.

Andererseits kann man natürlich noch eine völlig andere Argumentation aufziehen, die nämlich danach fragt, wer in der DDR überhaunt Historiker werden und als solcher auch arbeiten konnte. Nach diesem Arqumentationsstrang müßte dann die Gruppe der "etablierten Angepaßten" in sich differenziert werden. Denn von nichtetablierten Historikern in der DDR kann man mit gutem Gewissen eigentlich überhaupt nicht sprechen. Es sei denn, man würde genauer die soziale Zusammensetzung der Hausmeister, Friedhofsangestellten, Pförtner und Gärtner in der DDR erforschen. Nur in solchen und anderen nichthistorischen Tätiokeitsfeldern ließen sich dann tatsächlich "nichtetablierte unangepaßte" Historiker ausmachen.

Insofern zielte meine grobe Unterscheidung mehr darauf ab, die Apologeten unter den Historikern von den wissenschaftlich arbeitenden Historikern deutlich abzuheben. Daß dies natürlich auch etwas mit den einzelnen Teildisziplinen zu tun hat, steht außer Frage. Nur sollte man dabei dann nicht behaupten, wie es so oft getan wird, daß die DDR-Geschichtswissenschaft bis 1789 oder 1848 sich der reinen Wissenschaft hingab und erst danach allmählich die Apologie und Verfälschung begann. und dann auch speziell in den Gebieten der deutschen Geschichte und der Geschichte der Arbeiterbewegung. Da dies so einfach nicht ist, sei auf die Diskussionen um die Abfolge der Gesellschaftsformationen, um die asiatische Produktionsweise oder um das Feudalismusproblem hingewiesen. [19]

3. Leider kann ich nicht erkennen, lieber Peer, daß ich Hartmut Zwahr, der wohl der von Dir gemeinte letzte gewählte Parteisekretär der Leipziger Geschichtssektion ist, "wohlwollend erwähnt" habe. Richtig ist vielmehr, daß ich ihn erwähnt habe, und

zwar (wie auch Wolfgang Küttler) ohne iede weitere Bemerkung. Ich kann Deine Aufgereatheit nicht ganz verstehen. Im Prinzip versuchst Du mir mit Deinen Bemerkungen zu Zwahr wie auch mit der Anmerkung 1 einen Standpunkt zu unterstellen. den ich ablehne. Du wirst von mir nicht hören können, daß ich mich (oder der UHV als Verband) dem Gespräch und der Diskussion mit ehemaligen SED-Professoren entziehe. Vielmehr ist es gerade so. daß sich - von einigen Ausnahmen abgesehen zu denen Zwahr und Küttler ohne Zweifel gehören - der größte Teil der ehemaligen DDR-Historikerschaft einer öffentlichen und persönlichen Auseinandersetzung eben nicht stellen. Und wenn da einer bestimmte Anpassungsstrategien entwickelt oder aus einem System ins nächste transformiert, dann regt mich das natürlich auf. Aber dies ist für mich ein viel allgemeineres Problem, als daß ich damit die spezielle Debatte um die DDR-Geschichtswissenschaft zusätzlich belasten würde

Mit dem Michael Lemke hast Du nicht zuletzt die Stilfrage gestellt, wie Du am Schluß dieser Passage meinst. Nun ja, mir scheint nur die Frage berechtigt zu sein, nach wessen Stil - nach meinem oder Deinem - Du nun tatsächlich fragst.

Du kennst Lemke von einer Vorlesung aus dem Jahre 1987, ich kenne ihn erst seit der neuen Zeitrechnung. Dies mag die Unterschiede in der Wahrnehmung erklären, jedenfalls habe ich mich über Lemkes Artikel im Oktober 1990 mehr aufgeregt als im Februar 1993. Dies mag aber auch darin begründet liegen, daß Du den gesamten Umbruch 1989/90 anders wahrgenommen und aufgefaßt hast, als ich es beispielsweise tat. Ich glaube tatsächlich, hier könnten biographische Details mehr erklären als alles andere.

Wenn Du nun dem M. Lemke unterstellst, er hätte kein "wohlkalkuliertes Eigeninteresse" dann irrst Du in mehrerlei Hinsicht. Denn er beschäftigt sich seit dem Herbst 1989 nicht mehr nur ausschließlich mit der BRD, sondern nun auch sehr stark mit der DDR. [20] Lemke hat bis 1989 überwiegend Schriften zur Bundesrepublik vorgelegt. Er. der mehr oder weniger als BRDologe bekannt war, mußte nun, wollte er überleben, besonders scharf gegenüber der Konkurrenz aus der DDR sein. Es gibt da nun noch andere Punkte, über die ich aber nicht vor einer noch so kleinen Öffentlichkeit schwadronieren möchte, die aber sehr eng mit den von Dir bei Zwahr kritisierten Anpassungsstrategien zusammenhängen. Jedenfalls gehörte Michael Lemke. ohne daß man ihm damit weh tun könnte. ohne ieden Zweifel zu den etablierten und angepaßten Historikern in der DDR, auch wenn die DDR nicht lange genug existierte, damit ihm der Professorentitel angehängt werden konnte.

Letztlich ging es mir bei meinen Ausführungen aber weniger um Lemke als vielmehr um Pfründesicherung und um vermeintliche Kompetenzstreitigkeiten.

4. An diesem Punkt interessiert mich vor allem Deine Frage nach der Haltung des UHV "zur Stromlinienförmigkeit einer Reihe von westdeutschen FachkollegInnen". Dies hat natürlich etwas damit zu tun, daß Du in meinen Ausführungen entdeckt zu haben glaubst, daß "die aktive Unterstützung bestimmter (wissenschafts-)politischer Vorgaben in der DDR" von mir als Vorwurf gewertet wird. Du hast Recht, als daß diese bedingungslose Haltung von mir negativ gewertet wird. Allerdings lehne ich eine solche Haltung systemübergreifend ab. (Du erliegst in Deinen Ausführungen des öfteren dem Trugschluß, die Systeme der DDR und der BRD unreflektiert miteinander vergleichen bzw. nebeneinanderstellen zu wollen.)

Dieses Verhalten wird vom UHV der Kritik unterzogen. Nur ist das nicht unsere eigentliche Verbandsaufgabe, die ia aus dem Herbst 1989 herrührt. Andererseits befinden wir uns gerade mit unseren Absichten sehr häufig auf Konfrontationskurs gegenüber vielen, die in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft zu den Etablierten gehören. Denn dadurch, daß nicht sehr viele auf eine kontinuierliche Kritik an der DDR-Geschichtswissenschaft verweisen können, werden sie automatisch und explizit unserer Kritik unterzogen. Aber diese Kritik geht noch weiter. Sie betrifft ebenso wissenschaftliche Abhandlungen zur DDR-Geschichtswissenschaft [21] wie auch das Verhalten weiter Teile der Historikerschaft der BRD von vor 1989, als sich ostund westdeutsche Historiker auf allen möglichen Tagungen und in allen möglichen Ländern der Welt zum small talk trafen. Nicht die prinzipielle Gesprächsbereitschaft war fragwürdig, sondern die moderate Behandlung der doktrinären Ansätze ihrer Ost-Kollegen unterstützte gewollt oder ungewollt deren internationale Anerkennung und untermauerte die ungebrochene Stellung der Dogmatiker innerhalb der DDR selbst.

Der von einer selektiven zu einer integralen historischen Darstellungsweise angenommene Übergang innerhalb der DDR-Geschichtswissenschaft [22] verkörperte de facto nicht mehr, als die im Zuge der internationalen Anerkennungsbewegung der DDR auch ihrer Geschichtswissenschaft zuteil gewordenen Anerkennung, aus der ein größeres Selbstbewußtsein entsprang. Die neu entdeckten Fragen waren oftmals welche, die mutatis mutandis zehn, zwanzig oder dreißig Jahre zuvor in den internen Diskussionen zwischen SED-Apparat und SED-Wissenschaft behandelt worden waren. [23] Sie konnten in den siebziger und achtziger Jahren nicht deshalb behandelt werden, weil das System flexibler geworden wäre, sondern weil sich das System nach innen und vor allem nach außen anerkannt und sicher fühlte. Und vor allem gab es in den brisanten Themenbereichen der Zeitgeschichte und der Geschichte der Arbeiterbewegung kaum qualitative Veränderungen. [24] Bis zu ihrem Ende waren die Machthaber gezwungen, bei "ihren Begründungsversuchen und Geltungsansprüchen (auf) eine gewisse rationale oder gar wissenschaftliche Fassade" Wert zu legen. [25]

5. Dieser Punkt ist für mich der gewichtigste Deiner Kritik. Vor allem deshalb, weil ich Dir hier ohne Wenn und Aber Recht geben muß. Tatsächlich hat mich dieser Punkt schon bei der Abfassung des Manuskripts beschäftigt. Allerdings habe ich dann doch den Schwerpunkt auf eine Bilanzierung unseres Tuns gelegt, ohne auf unsere innerverbandlichen Diskussionen und Querelen näher einzugehen. Dies hat vor allem damit zu tun, daß sich unsere Verbandsarbeit im Wesentlichen über die Tätigkeit von Einzelnen vollzieht. Dies sehen wir im übrigen als normal an, da wir nichts von monolithisch geschlossenen Vereinen halten.

Die kritische Selbstreflexion kann also nur eine ziemlich subjektive sein. Unser Hauptproblem besteht vor allem darin, daß der UHV von ein paar wenigen Aktivisten lebt, die ihm sein Profil geben. Ebenso sieht es natürlich mit dem Wissenschaftsverständnis aus. Wir sind doch im Grunde ein Haufen von Leuten, die sich nach 1989 trafen, um an einem spezifischen Punkt aufzuräumen. Ich könnte Dir aufzählen, was uns eint: das wäre nicht wenig, aber ich fürchte, von einem gemeinsamen Nenner beim Wissenschaftsverständnis könnte ich nicht berichten. Dies ist aber angesichts unseres ausgehandelten Minimalkonsenses aushaltbar. Denn unser Ziel und unser Wille ist gerade nicht, durch die UHV-Mitgliedschaft auch einheitliche Auffassungen etwa vom Wissenschaftsverständnis erzeugen zu wollen.

Das Dilemma ist also kurz und gut, daß ich zwar durchaus Selbstreflexionen anstellen könnte, dann aber hätte das Konzept des Artikels völlig anders aussehen müssen. Vielleicht schreibe ich mal in einem Jahr: "Kritisches zum UHV". Sorry!

6 Dieser Punkt ist eigentlich schon beantwortet. Natürlich war unserer Ausgangsinteresse ein ganz anderes als das ienes der in Ost und West etablierten Historiker. Unser spezifisches Profil besteht aus der wissenschaftlichen Thematisierung bestimmter Fragestellungen zur Zeitgeschichte seit 1933, aus der nichtprofessionellen Zusammensetzung des Verbands, d. h. jeder Interessierte kann Mitglied werden, aus der wissenschafts-politischen Debatte um die DDR und ihrer Geschichtswissenschaft und aus der politischen Verwurzelung mit dem. was man vielleicht mit den "Ideen vom Herbst 1989" umschreiben könnte. Natürlich gibt es einige Gründe für die Existenz des UHV, zumindestens einen nannte ich ia explizit: die Frage der Mitgliedschaft. Nur dieser Punkt allein unterscheidet uns schon von dem Exklusivcharakter des VHD. Aber es gibt wohl noch andere. Einen möchte ich noch nennen: wir begreifen uns in Abgrenzung zur Akademikerschaft eben nicht nur als Forscher und Interessenten, sondern vor allem auch als politisch handelnde Akteure. Und dies ist ein wirklich wesentlicher Unterschied.

Die Kritik an den westdeutschen Wissenschaftsverhältnissen ist eine von uns wahrgenommene Aufgabe. Nur vollzieht die sich noch stärker individuell als die anderen. Denn immerhin wäre es für uns kein Ausschließungsgrund, wenn jemand die bestehenden Verhältnisse ausnahmslos

begrüßt und verteidigt. Unsere Verbandssatzung ist insofern offen, als daß unsere politische Orientierung zwar hauptsächlich bürgerbewegt ausgerichtet ist, aber auch sonst von der PDS bis zur CDU alles zuläßt - ohne daß danach gefragt wird.

7. Lieber Peer, daß der Konflikt um die Vergangenheit ein Ost-West-Konflikt oder gar ein West-West-Konflikt sei, steht zwar pausenlos im Neuen Deutschland, aber hat doch so gar nichts mit der Realität zu tun. Vielleicht ist meine Wahrnehmung in Berlin, wo Deutschland drei Kilometer von meiner Wohnung entfernt beginnt, doch so anders als in Leipzig. Aber egal, an was ich denke, die härtesten Auseinandersetzungen finden noch immer zwischen DDR-Bürgern statt. Vielleicht ist die Wahrnehmung deshalb verzerrt, weil diese Diskussionen in der Regel in den etablierten Medien Westdeutschlands stattfinden.

Warum nun ausgerechnet die Geschichtswissenschaft so in der Diskussion ist, könnte natürlich etwas damit zu tun haben, daß "stärker als in allen anderen Disziplinen außerwissenschaftliche Interessen wie auch kleinliche Schulenegoismen eine Rolle spielen". Allerdings kann ich daran nicht recht glauben. Immerhin wertest Du alle anderen Geistes- und Sozialwissenschaften gegenüber der Geschichtswissenschaft insofem auf, als daß Du dort weder außerwissenschaftliche Interessen noch kleinliche Schulegoismen vermutest. Nun, so gem ich solche Ursachen für die entstandene Diskussion akzeptiere, kann ich aber nicht sehen, daß nur die Geschichtswissenschaft von solchen Erscheinungen berührt sein soll. Ich glaube, daß andere Gründe für die Dominanz der Geschichtswissenschaft in der öffentlichen Diskussion entscheidener sind. Du hast sicherlich auch schon die Beobachtung gemacht, daß sich jeder, der von sich denkt, er sei einigerma-

Ben bedeutend (z. B. Politiker), einbildet. er sei auch ein berufener Historiker. Die Geschichte als identitätsbildende Kraft und gleichzeitiger Erfahrungshorizont rückt fast unmittelbar auch dieienigen in den Mittelpunkt, die sich damit professionell beschäftigen. Der Geschichte als sich stets verändemder Größe wird ein viel gegenständlicheres Interesse entgegengebracht als etwa der Soziologie. Daß dann natürlich dieses Interesse auch schneller instrumentalisiert und nutzbar gemacht werden kann. liegt auf der Hand. Es bleibt die Frage, ob nicht stets eine Gruppierung einer anderen unterstellen wird, sie instrumentalisie-TA

Letztendlich muß aber auch die Frage erlaubt sein, in welchen anderen Disziplinen von innen die Existenzberechtigung der eigenen Wissenschaft in der DDR derart in Frage gestellt wurde, wie es in der Geschichtswissenschaft geschah. Der entscheidene Impuls kam einfach von innen heraus.

8. Für Deinen Geschmack ist Dir meine Begrifflichkeit zu "feuilletongeistgeschwängert". Nun kann ich natürlich nichts für Deinen Geschmack. Aber ich befürchte fast, daß Du mich nicht mehr grüßen wirst, wenn ich Dir beichte, daß ich mich dazu durchaus bekenne. Das "SED-Gewaltregime", ob es das nun gab oder nicht, steht hier in einer Aufzählung und gleichzeitigen Absetzung, so daß wohlgesonneren Lesem dies durchaus als kurzes sprachliches Ausdrucksmittel auffassen könnten, ohne daß ich mich hier in soziologische oder politikwissenschaftliche Debatten einmischen wollte. [26]

Lieber Peer, ich will Dir gegenüber heimlich bekennen, daß der eigentliche Grund für diesen Sprachsalat ein ganz anderer ist: ich weiß einfach nicht, was das alles nun wirklich war. War es der Kommunismus, der Sozialismus, war es Sozialimperialismus oder Sozialfaschismus, war es gar Stalinismus, Ulbrichtismus oder Honeckerismus, war es Feudalismus oder schlicht Sklaverei oder war es am Ende nur eine Abart des Kapitalismus oder Imperialismus? Und ob der Krenz tatsächlich analytischen Sachverstand genug hat, um zur Begrifflichkeit der "Wende" vorstoßen zu können, sei bezweifelt. Also, lieber Peer, mache Dich lustig über mich (oder auch nicht), aber mehr ist nicht drin.

Im übrigen darf ich Dich vielleicht auf den aktuellen Diskussionstand in der interdisziplinären Debatte hinweisen, wo gefragt wird, was das 20. Jahrhundert nun eigentlich gewesen sei: Das Jahrhundert der totalitären Regimes, das Jahrhundert des Kommunismus, das Jahrhundert, das letztlich die Demokratie brachte oder das Jahrhundert der großen Kriege oder... Diese Diskussion steckt gerade in ihren Anfängen. Soweit ich sehe, ist das gesamte Problem noch viel diffiziler als es ein paar ungenaue Begrifflichkeiten vermitteln könnten.

9. Du fragst: Wo siehst Du eine Chance für instrumentalisierungsfreie Aufarbeitung von DDR-Geschichte...?

Knapp und ohne Schnörkel: Kein Ort. Nirgends.

Die Voraussetzung dafür wären zwei Dinge: 1. die herrschaftsfreie Kommunikationsmöglichkeit im gesellschaftlichen Rahmen; 2. daß uns das alles nicht mehr aufregt! Und soll ich Dir mal was erzählen: wenn ich im Archiv sitze und so lese, was in diesen Jahren zwischen 1945 und 1989 dort geschah oder woanders ausgedacht wurde, regt mich das oft auf, bewegt mich. Also ich werde immer instrumentalisiert sein: von mir selbst.

Noch etwas: Du räsonierst über die "allgemeine Regression demokratischen Bewußtseins" in Dland. Lieber Peer, berichte mir doch bitte bald einmal vom Aufstieg des demokratischen Bewußtseins in Dland.! Komme mir bitte nicht mit 1989 oder 1968. Aber vielleicht siehst Du ja einen historischen Prozeß in Dland., der so etwas bewirkte.

Ich sehe natürlich auch gewisse Fortschritte, die in der Bundesrepublik mit diesem demokratischen Bewußtsein gemacht wurden. Aber alles in allem bin ich doch eher skeptisch, ob da unterschwellig nicht immer auch ein antidemokratisches Bewußtsein existierte und weiterhin existiert.

Vor einigen Jahren schrieb der Historiker Hans Mommsen einen Aufsatz über die "Last der Vergangenheit". Mit einem Zitat daraus möchte ich schließen. Ich glaube. auch wenn dieser Aufsatz am Ende der siebziger Jahre geschrieben wurde, daß Mommsen dort ein Grundproblem der (west-)deutschen Demokratie benannt hat. Er meinte, "daß die politische Kultur der Bundesrepublik und insbesondere die geistige Situation in vielfältiger Brechung von den geschichtlichen Belastungen geprägt ist, die in der nachwirkenden Ideologie des 'deutschen Weges' und tradierten autoritären Verhaltensformen und Mentalitäten begründet sind. Mit dem bemerkenswerten ökonomischen, technologischen und sozialen Aufschwung der Bundesrepublik hat die Emanzipation des intellektuellen Bereichs nicht Schritt gehalten." [27]

Ilko-Sascha Kowalczuk (Berlin)

Anmerkungen

[1] Einführungindas Studium der Geschichte. Herausgeberkollektivu. d. Ltg. v. W. Eckermannu. H. Mohr, Berlin 1986, 4. duchgesehne u. erg. Aufl., S. 31.

[2] Ebenda, S. 33.

[3] H.-J. Lieber: Zur Theorie totalitärer Herrschaft, in: ders. (Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn 1991, S. 886.

[4] Übrigens unterscheidet sie sich hier doch ziemlich stark von der Geschichtswissenschaft im nationalsozialistischen Deutschland. Zwar gab es auch da dieses aktive politische Handeln für das Regime, aber gleichzeitig doch auch quantitativ und qualitativ mehr bleibende wissenschaftliche Leistungen, vgl. z. B. zu dieser Problematik: M. Burleigh: Germany Turns Eastwards. A study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge Univ. Press 1988; G. Ritter, W. Holtzmann (Hgg.): Die deutsche Geschichtswissenschaft im Zweiten Weltkrieg. Bibliographie des historischen Schrifttums deutscher Autoren 1939-1945, Marburg 1951; L. Schönwalder. Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt/M., New York 1992; K. Schreiner. Führertum, Rasse, Reich. Wissenschaft von der Geschichte nach der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: P. Lundgreen (Hrsg.): Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt am Main 1985, S. 163-253.

[5] Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR 1990/I, S. 96.

[6] Vgl.: Verband der Historiker Deutschlands-Mitteilungsblatt. Hrsg. Vorstand des VHD, Göttingen 1991, S. 57-115 (Mitgliederverzeichnis).

[7] Konzeption des Referats zur SED-Mitgliederversammlung im Mai 1975, Institut f
ür Geschichte der Arbeiterbewegung, Bezirksparteiarchiv, IV C-7/229/004

[8] Analyse zur politisch-ideologischen Situation, o. D., Institut f
ür Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv (IfGA, ZPA), IV A2/904/387.

[9] Statistiken, ebenda, IV A2/904/399.

[11] B.-R. Fischer: Bildung und Wissenschaft im Einigungsprozeß, in: Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft. Hrsg. E. Jesse, A. Mitter, Bonn 1992, S. 345.

[12] Dies soll natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß es eine Vielzahl von wichtigen Teilstudien zu inhaltlichen Problemen der DDR-Geschichtswissenschaftgibt.

[13] Vgl. z. B.: H. Bleiber: 40 Jahre DDR-Geschichtswissenschaft. Leistungen und Grenzen, in: Öster. Osthefte 33(1991), S. 556-568; M. Kossok: Klio - die Muse mit dem Januskopf. Gedanken zur Krise der ostdeutschen Geschichtswissenschaft, in: 1999. Ztschr. für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jh. 6(1991) 3, S. 78-95.

[14] Die Berechnungen wurden erhoben nach: P. R. Lücke: Sowjetzonale Hochschulschriften aus dem Gebiet der Geschichte (1946 - 1963), Bonn, Berlin 1965.

[15] Leider kann ich hier kein abgesichertes Zahlenmaterial liefern, da ich mit der empirischen Aufarbeitung der späteren Zeit nochnicht so weitbin. Dennochdürfte diese These nach allen bisherigen Angaben und Unterlagen ohne weiteres belegbar sein.

[16] Vgl. z. B.: H. J. Kaye: The British Marxist Historians. An Introductory Analysis. Polity Press Cambridge 1984. Vgl. eine amerikanische Sicht auf die ostdeutsche Geschichtswissenschaft, der freilich nicht kritiklos zuzustimmen ist: A. Dorpalen: German History in Marxist Perspective. The East German Approach. Detroit 1985

[17] J. Peters: Über Historiker-Verhalten, in: Initial 1991/2, S. 185.

[18] B.-R. Fischer: Ein auslaufendes Modell. Das Verschwinden des DDR-Wissenschaftlers, in: P. Dudek, H. E. Tenordh (Hrsg.): Lemprozesse mitungewissem Ausgang. Transformation der deutschen Bildungslandschaft, Weinheim 1993, S. 103 - 113.

[19] Dies ließe sich natürlich ebenso umdrehen: Längst war nicht jede Arbeit, die sich einem Problem der neueren oder neuesten Geschichte zuwandte, SED-parteilich, unwissenschaftlich oder apologetisch.

[20] Vgl. z. B.: Jahresbericht 1992 Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam, S. 8, 24 - 26.

[21] Man lese nur das letzte Werk zu dieser Problematik. Die dort aufgestellten Thesen (wie im übrigen auch die Vorgehensweise) macht es einem sehr leicht, mit der Kritik auch gen Westen zu gehen. Vgl.: J. H. Brinks: Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich Hund Bismarckals Paradigmen politischen Wandels, Frankfurt am Main 1992. Die Kritik dazu: I.-S. Kowalczuk: Rezension für den RIAS Berlin (2, 3, 1993), Ms.

[22] Vgl. z. B.: G. Heydernann: "Die andere deutsche Klio". Geschichtswissenschaft in der DDR und deutsche Geschichte, in: Streitfall Deutsche Geschichte. Geschichts- und Gegenwartsbewußtsein in den 80er Jahren, Essen 1988, S. 209.

[23] Z.B.: Stenographische Niederschriftder Beratung des Gen. Prof. Kurt Hager mit Genossen Historiker am 12. 1. 1956, IfGA, ZPA, IV 2/904/133; Stenographische Niederschriftder Beratung des Autorenkollektivs zur Ausarbeitung der dreibändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Hause des ZTK der SED am 12./13. 11. 1964, ebenda, NI 182/1352.

[24] Vgl u. a.: H. Weber: "Weiße Flecken" in der DDR-Geschichtsschreibung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11/90, S. 3-15.

[25] H.-J. Lieber: Zur Theorie... A.a.O.

[26] Übrigenshat dein Freund, jener Leipziger Parteisekretär, die Wende als Revolution bezeichnet, vgl.: H. Zwahr: Die Revolution in der DDR, in: Revolution in Deutschland. 1789-1989, Hrsg. M. Hettling, Göttingen 1991, S. 122-143.

[27] H. Mommsen: Die Last der Vergangenheit, in: J. Habermas (Hrsg.): Stichworte zur 'Geistigen Situation der Zeit'. Band 1: Nation und Republik, Frankfurt/M. 1979, S. 183.

Die Fachhochschulen sind da - neue Möglichkeiten, neue Probleme

Mit diesem Beitrag wird nicht den vielen Lobpreisungen, die es zu den Fachhochschulen gibt, eine neue hinzugefügt. Wir wollen vielmehr den Versuch unternehmen, uns aus hochschulpolitischer und pädagogischer Sicht kritisch, aber (soweit dies nur möglich ist) vorurteilsfrei mit der Institution Fachhochschule, die nun auch im Osten Deutschlands Einzug hält, zu befassen.

Fakten und Tendenzen

Nennen wir zunächst, auch um die Relevanz des Themas zu verdeutlichen, einige Fakten [1]:

Fachhochschulen haben in der "alten" Bundesrepublik Deutschland eine über zwanzigiährige Tradition; die meisten von ihnen sind zwischen 1969 und 1971 errichtet worden und aus ehemaligen Ingenieurschulen. Akademien und Höheren Fachschulen hervorgegangen. An den 121 Fachhochschulen der alten Bundesländer nehmen inzwischen über 30% (1989: 30.7%) aller Studienanfänger ihre Ausbildung auf. Über 37% aller Hochschulabsolventen kommen von Fachhochschulen. Mehr als zwei Drittel aller Ingenieure und fast die Hälfte aller Ökonomen und Informatiker werden in den alten Ländem an Fachhochschulen ausgebildet.

Die Hochschulen dieses Typs prägen nun zunehmend auch die Hochschullandschaft

in Ostdeutschland. Hier wurden 21 Fachhochschulen an 27 Standorten gegründet, die teilweise schon im Wintersemester 1991/ 92 ihren Studienbetrieb aufnahmen. [2]

Wenn hier Fakten genannt werden, dann darf u.E. nicht der Preis verschwiegen werden, z.B. die Tatsache, daß renommierte Hochschulen der DDR nicht mehr bzw. nicht mehr als selbständige Einrichtungen existieren, etwa die TH Leuna-Merseburg, die TH Leipzig oder die Hochschule für Verkehrswesen Dresden.

Nun zur inhaltlich-qualitativen Seite. Wenn man sich die verschiedenen Empfehlungen des Wissenschaftsrates sowie die umfangreich gewordene Literatur zum Thema "Fachhochschulen" vergegenwärtigt, so kristallisieren sich folgende Aussagen heraus:

1. Innerhalb eines differenzierten Hochschulsystems, so lautet eine vom Wissenschaftsrat schon 1981 formulierte Grundthese, seien die Fachhochschulen im Vergleich zu den Universitäten "andersartig, aber gleichwertig" [3] Wir kommen noch auf das "Andersartige" dieses Hochschultyps zurück, hier soll nur die Anmerkung stehen, daß auch Insider nicht selten die These von der "Gleichwertigkeit" problematisieren. In bestimmter Hinsicht ist sie wohl mehr Postulat als Realität oder, wie die Hessische Wissenschaftsministerin Evelies Mayer formulierte, eine "fromme

Lüge", denn sie verstelle den Blick für eine "nach wie vor bestehende Stufung des Hochschulsystems, in dem die Fachhochschulen benachteiligt sind". [4]

2. Das "System Fachhochschule" ist von der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere der Wirtschaft, angenommen worden. Das Diplom der Fachhochschule (FH) genießt Reputation. Die Absolventen dieses Hochschultvos haben oftmals bessere Berufschangen als diejenigen, die von Universitäten kommen. Dies ist vor allem im Profil und der Spezifik des beruflichen Einsatzfeldes begründet: Die Fachhochschulen, so eine Grundaussage des Wissenschaftsrates, "bilden vor allem für den Privatsektor der Volkswirtschaft aus". [5] Die Absolventen seien insbesondere aufgrund ihrer praxisorientierten Ausbildung - für Aufgaben im mittleren Management und für Spezialistenkarrieren prädestiniert. Die Nachfrage nach Fachhochschulabsolventen wird, so die Prognose des Wissenschaftsrates, "noch zunehmen, weil für mehr und mehr Tätigkeiten, die bislang von Technikem, Meistern und Kaufleuten ohne Studium ausgeübt werden. Hochschulabsolventen, insbesondere Fachhochschulabsolventen. gefragt sein werden". [6]

3. Damit ist eine weitreichende Konsequenz verbunden: Es gelte, die Fachhochschulen als Alternative zu den Universitäten rasch und überproportional auszubauen. "Solange nur die Fachhochschulen", so der Wissenschaftsrat, "kürzere, berufsorientierte Studiengänge anbieten, gilt es diese Hochschulen gezielt auszubauen". [7] Zugleich wir die Notwendigkeit unterstrichen, das eigenständige Profil der Fachhochschulstudiengänge zu stärken, das Fächerspektrum auszuweiten und neue (z.B. auch interdisziplinäre) Studiengänge zu entwickeln. Als geradezu einschnei-

dend sind die Vorstellungen für den Osten Deutschlands anzusehen. Im Zusammenhang mit der Umgestaltung der hier bestehenden Hochschullandschaft soll dem Aufbau der Fachhochschulen eine "Priorität vor dem weiteren Aus-und Aufbau von Universitäten" eingeräumt werden. Damit verbunden ist die Vorstellung, für die neuen Fachhochschulen " a priori einen grö-Beren Anteil an Studienplätzen vorzusehen, als er bislang in den alten Bundesländern erreicht wird" [8]. Für Sachsen-Anhalt beispielsweise wurde von der "Hochschulstrukturkommission" des Landes empfohlen, die Weichen dafür zu stellen. "daß jeder zweite Studienanfänger einen Studienplatz an einer Fachhochschule finden kann". [9]

Besonderheiten

In Anbetracht derartiger Vorstellungen und Trends fragt sich -fragt sich vor allem der Ostdeutsche -, welche Merkmale oder Besonderheiten eigentlich die Stärke der Fachhochschulen ausmachen. Worin bestehen also die tatsächlichen oder möglicherweise die vermeintlichen Vorzüge dieses Hochschultyps?

- Für Fachhochschulen als Bestandteil eines "horizontal gegliederten, differenzierten Hochschulsystems, in dem die Universitäten und Fachhochschulen ihre jeweils eigenen Profile und Aufgaben haben", sei die "Verknüpfung von Wissenschaft und Praxis in der Lehre ... ein herausragendes Merkmal die ihr ein eigenständiges Profil" gebe. Im Rahmen der für alle Hochschulen geltenden Aufgabe der wissenschaftlichen Berufsvorbereitung wird insbesondere der "Anwendungsbezug" in der Lehre betont. Zielgruppe seien Studenten, die sich "besonders für die Anwendung wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse und für die Lösung praktischer Probleme interessieren".[10]

hochschule ost juli 1993

In das Studium sind in der Regel ein bis zwei Praxissemester integriert, teilweise gibt es auch ein Vorpraktikum (eine einheitliche Regelung über Zahl und Lage der Praxissemester existiert also nicht, wird auch nicht als sinnvoll angesehen). Fester Bestandteil des Studiums ist in den meisten Studiengängen mithin der - hochschuldidaktisch formuliert - "Lernort Betrieb".

Im engen Zusammenhang mit den Merkmalen "Anwendungsorientierung" und "Praxisbezug" wird nun oft ein weiteres Charakteristikum der Fachhochschulen hervorgehoben, das u.E. aber nicht unproblematisch ist. Das Fachhochschulstudium sei im Vergleich zu den universitären Studien "mehr fachübergreifend und problemlösungsorientiert und weniger disziplinär und analytisch". [11] Hier dürften wohl Zweifel angebracht sein, die man in Frageform vielleicht so kleiden könnte: Trifft dies für alle Fachhochschulen und das Vermögen aller Lehrkräfte zu? Wird man damit den Intentionen und generell auch der Praxis universitärer Studiengänge gerecht?

Die besondere Akzentuierung des Praxisbezugs und der Berufsorientierung ist untrennbar mit folgenden weiteren Merkmalen der Fachbochschulen verbunden:

- Im Vergleich zu den Universitäten sei, so wird immer wieder hervorgehoben, die kürzere Studiendauer charakteristisch. Sie beträgt zumeist sechs bis acht Semester. Nach Auffassung des Wissenschaftsrates soll die Regelstudienzeit einschließlich der Praxissemester und der Zeiten für Diplomarbeit und Prüfungen maximal acht Semester betragen (nicht mehr als sechs Semester an der Hochschule und mindestens ein Praxissemester im Betrieb).[12]

- Ebenso im Unterschied zu den Universitäten sei die "straffe Organisation" von Studium und Prüfungen ein Merkmal des

Fachhochschulstudiums,[13] die es den meisten Studenten möglich macht, die Ausbildung in der Regelstudienzeit mit dem Diplom (FH) zu absolvieren. Nicht zuletzt für die Studenten selbst sind damit deutliche Vorteile verbunden, wenn sie bereit sind (oder für sich kaum eine bessere Alternative sehen), ein ziemlich reglementiertes Studium zu akzeptieren: die relativ kurze Studiendauer, die Überschaubarkeit der Ausbildung, die - zumeist nicht unbegründete - Hoffnung auf Studienerfolg und anschließende finanzielle Selbständigkeit.

Soweit - so gut, könnte man sagen. Nur ist damit das Bild noch sehr unvollkommen, weil bisher weitgehend die Problemlagen, Schwachstellen und "Funktionsmängel" ausgeklammert wurden. Einige von ihnen, die uns wesentlich erscheinen, sollen nachfolgend markiert werden. Dabei geht es um sehr Unterschiedliches, sowohl um "externe" als auch um mehr "interne" Problemfelder.

Probleme und "Funktionsmängel"

- (1) Ein erstes Problem ist fachhochschulübergreifend und von grundsätzlicher Art. Es soll hier in Form von Fragen formuliert werden. Wenn
- a) tatsächlich relativ immer mehr Studentennicht ein Universitäts-, sondem ein Fachhochschulstudium aufnehmen werden (also künftig 40 oder 50% oder gar noch mehr).
- b) die Vorstellung des Wissenschaftsrates und der heute in staatlicher Verantwortung stehenden Hochschulpolitiker aufgehen sollte, daß die Masse der Universitätsstudenten in einem (verkürzten) Studium von acht bis zehn Semester ihren berufsqualifizierenden Abschluß erwerben und damit c) offensichtlich für einen relativ kleinen Teil der Studenten (es ist wohl nicht verfehlt zu sagen: Elite) in einer "zweiten Phase" ein (forschungsbezogenes) "Promotions-

" bzw. "Graduiertenstudium" vorgesehen ist, so ist zu fragen:

Wie wissenschafts- bzw. forschungsorientiert ist dann noch ein Hochschulstudium in Deutschland? Die Studenten zu befähigen mit Wissenschaft aktiv, kritisch und verantwortungsbewußt umzugehen -was bleibt von einer solchen hochschuloriginären Zielstellung? Es ist u.E. wichtig, derartice Fragen (die man auch "positiv" formulieren könnte) öffentlich zu diskutieren und dabei auch die Konsequenzen der heutzutage dominierenden Postulate nach "Verschlankung", "Entfrachtung" oder "Entrümpelung" der akademischen Bildung zu markieren. Noch kürzer formuliert: Notwendiger denn ie ist eine öffentliche Debatte über die qualitative und quantitative Bestimmtheit der Hochschulbildung in ihrem gesellschaftlichen Kontext.

(2) Als problemgeladen erweist sich das Verhältnis Universität -Fachhochschule sowie, aber hierauf können wir an dieser Stelle nicht eingehen, das Verhältnis Fachhochschule - Berufsakademie. Um auf die bereits genannte Formel "andersartig, aber gleichwertig" zurückzukommen: Fragezeichen sind nicht nur hinter den Begriff "aleichwertig" zu setzen. Auch das "Andersartige" gerät zunehmend in die Diskussion und unterliegt offensichtlich einer Relativierung, aus dem Blickfeld sowohl der Universitäten als auch der Fachhochschulen. Sollten die Regierungsvorstellungen im Hinblick auf ein verkürztes und gestrafftes Universitätsstudium (Erwerb des "ersten berufsqualifizierenden Abschlusses") aufgehen, wie groß ist dann noch, so wäre wohl zu fragen, die Differenz zu den Fachhochschulen? Wenn es umgekehrt gelingen sollte, bestimmte Bedingungen des Wirkens an Fachhochschulen zu verändern bzw. zu verbessern, etwa die Forschung zu verstärken oder die Lehrbelastung zu reduzieren oder einen "Mittelbau" aufzubauen, käme man damit nicht in

die Nähe von Universitäten? Zeichnet sich, so wäre übergreifend zu fragen, eine "Konvergenz" ab? Ist sie durch die Betonung von bzw. gar ein Einschwören auf "Profitreue" zu verhindern? Sollte sie -mit dem Blick auf die Zukunft - bewußt verhindert oder aber gefördert werden?

Vieles befindet sich in der (vor allem internen, leider kaum öffentlichen) Diskussion, manches ist auch praktisch in Gang gesetzt worden. Jedenfalls dürfte es heute schon so sein, daß es, wie U. Teichler kürzlich formulierte, in der Realität zu einer "Reduzierung des Abstandes" zwischen Universitäten und Fachhochschulen gekommen ist.[14]

(3) Der Aufbau der Fachhochschulen auf dem Gebiet der Ex-DDR vollzieht sich, grob gesehen, so, daß durch die ieweiligen Landesregierungen - gestützt auf Empfehlungen des Wissenschaftsrates sowie anderer Gremien (z.B. von Hochschulstrukturkommissionen) Fachhochschulen mit einem bestimmten Profil gegründet sowie (zumeist westdeutsche) "Gründungsrektoren", "Gründungsausschüsse" und "Gründungsdekane" eingesetzt wurden. Dabei wurden nicht bestehende Hochschulen aus der DDR-Zeit in Fachhochschulen "umgewandelt", sondern diese in iedem Falle "neu gegründet". Für gestandene Wissenschaftler von Hochschulen des ehemaligen DDR bedeutete die Bewerbung für eine Tätigkeit an einer Fachhochschule faktisch seit der "Wende" mindestens die 3. externe Überprüfung/Begutachtung durch Kommissionen (in Mecklenburg-Vorpommern eigentlich schon die 4.!), nicht wenige erhielten nicht einmal die Chance einer Bewerbung.

Sind diese Aussagen eher sachlich-konstatierend, so ist die folgende eher polemisch: Es gibt kaum eine demokratische, öffentliche Diskussion über Konzepte bzw. inhaltliche und personelle Strukturen der neuen Fachhochschulen. Wenn wir es recht sehen, werden Entscheidungen in kleinen eingesetzten Gremien vorbereitet und gefällt. Melden sich Verantwortliche in der Öffentlichkeit zu Wort, dann oft nur informierend, werbend bzw. in der Manier der Selbstdarstellung. Gerade weil mit den Fachhochschulgründungen weitreichende Konsequenzen, auch für die ieweiligen Regionen verbunden sind wäre eine für Varianten offene und öffentliche Diskussion über Konzepte. Strukturen und Quantitäten dringend geboten. Für eine positive Entwicklung der Fachhochschulen in Ostdeutschland wäre es u.E. auch wünschenswert, wenn an den Fachhochschulen selbst. Lehrkräfte und Studenten aktiv in einen demokratischen Meinungsbildungsprozeß einbezogen würden. Die neuen Fachhochschulen sollten ermutiat werden, aemeinsam mit Partnern aus der Praxis und der Region nach neuen, originären Lösungen zu suchen. Dazu brauchen sie Handlungs- und Gestaltungsspielräume.

- (4) An den Fachhochschulen existiert ein ganzes Bündel an eher "internen" Problemen, die sich auf die Bedingungen des Lehrens und Studierens beziehen und die nun auch wenngleich teilweise etwas modifiziert die neuen Fachhochschulen im Osten Deutschlands "erreichen".
- a) Im Unterschied zu den Universitäten gibt es an den Fachhochschulen keine für den Hochschullehrer verpflichtende Einheit von Lehre und Forschung. Der Wissenschaftsrat formuliert dies eher positiv wie folgt: "Forschung wird zwar nicht als Pflichtaufgabe der Professoren definiert, sie wird jedoch der Institution Fachhochschule zugewiesen".[15]

Die Fachhochschule ist weitgehend eine Lehreinrichtung, nur eine Minderheit der Professoren ist - wenn wir es recht sehen, zumeist in Nebentätigkeit - an Forschungs-

projekten beteiligt: eine Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs findet im Prinzip nicht statt. Es gibt zwar einige Ansätze und Aktivitäten. Forschung an Fachhochschulen zu fördern (Formulierung entsprechender Aufgaben in einigen Landesgesetzen. Förderung *forschungsaktiver" Professoren. Bildung von "An - Instituten" usw.), auch das in einigen Landesgesetzen formulierte kooperative Verfahren zwischen Universität und Fachhochschule zur Promotion besonders befähigter Fachhochschulabsolventen ist in diesem Zusammenhang zu nennen; aber insgesamt gesehen ist Forschung an den Fachhochschulen mehr Postulat als Realität. Das hängt mit einer ganzen Reihe von spezifischen Bedingungen zusammen, mit den personellen Voraussetzungen (die man gesondert untersuchen müßte), mit Problemen in der materiellen Ausstattung und anderen Faktoren. Vor allem ist hier die beträchtliche Lehrbelastung zu nennen, die wir besonders hervorheben müssen.

b) Die/der Lehrende hat an der Fachhochschule 18 Lehrstunden pro Woche (in Sachsen-Anhalt sind es 16) zu unterrichten. Diese Tatsache spricht für das tradierte Selbstverständnis der Fachhochschulen als Stätten primär der Lehre und der Ausbildung. Wenn man mitdenkt, daß Hochschulunterricht qualifiziert vorbereitet (und eigentlich auch nachbereitet) werden muß, dann rücken in der Tat Forschungs- und Entwicklungsleistungen für viele Lehrkräfte in weite Ferne. Vorschläge zur Reform der Fachhochschulen setzen deshalb vor allem an diesem Punkt an. So fordert beispielsweise der Hochschullehrerbund seit vielen Jahren die schrittweise Herabsetzung des Lehrdeputats auf 12 Stunden. [16]

Indem bei der Gründung der Fachhochschulen in den ostdeutschen Ländern schematisch auch das in den alten Ländern übliche Lehrdeputat übernommen wurde (auf die geringfügige Abweichung in Sachsen-Anhalt hatten wir schon hingewiesen), ist u.E. hier zunächst die Chance vergeben worden, den inneren Zusammenhang von Lehre und Forschung in einer neuen, fachhochschuladäquaten Weise zu gestalten.

c) Zu verweisen ist auf ein weiteres Problem, das sich im Vergleich zu den Universitäten und übrigens auch jeder Hochschulart in der DDR völlig anders dargestellt. Gemeint ist die Struktur der Lehrkräfte an den Fachhochschulen, speziell die Tatsache, daß der Lehrkörper hier fast ausschließlich aus Professoren besteht (die ohne daß es dafür unterscheidbare Kriterien gibt - entweder Stellen nach C2 oder C3 innehaben). Wissenschaftliche Mitarbeiter, sofern sie überhaupt vorhanden sind, erfüllen in der Regel spezifische "Dienstleistungsaufgaben" im Rahmen der Lehre bzw. Forschung. Einerseits fehlt also weitgehend der "Mittelbau", andererseits werden in bestimmten Fachbereichen 30% und mehr der Lehrdeputats durch nebenberuflich tätige Lehrbeauftragte (mit offensichtlich recht unterschiedlicher wissenschaftlicher Qualifikation) erbracht. Bundesweit ist die Zahl der nebenberuflich Tätigen bereits größer als die Zahl der hauptberuflich Lehrpersonen. [17]

Das Problem "Struktur des Lehrkörpers" existiert also generell, tritt jedoch in Ostdeutschland in besonderer Weise hervor, vor allem als Problem des akademischen Mittelbaus. Kurz gesagt besteht es darin, daß an den Universitäten und Hochschulen der Mittelbau, der nicht selten die Hauptlast in der studentischen Ausbildung zu tragen hatte, im erheblichen Maße abgebaut und an den Fachhochschulen nicht aufgebaut wird. Damit sind - natürlich gilt dies auch für viele in der DDR berufene

Professoren und Dozenten - menschliche Schicksale verbunden, aber auch beträchtliche Kompetenzverluste im gesamten Hochschulwesen.

d) Die Fachhochschule "als Hochschule mit einem besonderen Schwerpunkt in der Lehre" [18] steht mittlerweile vor der Situation, auch ihr hochschuldidaktisches Selbstverständnis neu zu durchdenken und zu bestimmen. Vielerorts sind die ursprünglichen Vorteile in der Lehr- und Studienorganistion -Unterricht in kleinen Gruppen. Interaktion zwischen Lehrenden und Studierenden - kaum noch vorhanden und hat sich, vor allem unter dem Druck der großen Studentenzahlen, das "Vorlesungsprinzip" durchaesetzt. Hinzu kommt eine Reihe von Defiziten: in kaum vorhandenen pädagogischen Erfahrungen vieler neu berufener Professoren, damit verbunden in teilweise mangelnder hochschuldidaktischer Kompetenz bei Lehrkräften, in nur einigen Ländern vorhandenen Möglichkeiten zu ihrer hochschuldidaktischen Qualifizierung, in fehlender Evaluation der Lehre und damit fehlender Selbstkontrolle im Hinblick auf Effekte bzw. Schwachpunkte der eigenen Lehre. Damit korrespondiert die von Studenten kritisierte Situation. daß ihnen die Ausbildung zwar Leistungen im Abschreiben und Auswendiglernen, weniger jedoch im selbstständigen Denken und eigenverantwortlichen Arbeiten abfordere. [19]

Die Situation mag zwischen den Fachhochschulen unterschiedlich sein. Ganz
sicher gibt es im Hinblick auf praktizierte
Hochschuldidaktik auch positiv zu wertende Fakten. Nur ist die Tendenz speziell in
Ostdeutschland so, daß hier die genannten Defizite nun auch in die neu gegründeten Fachhochschulen implementiert werden. Korrektive sind kaum erkennbar. Die
Hoch-und Fachschulpädagogik (bzw.
Hochschuldidaktik), die - ohne ihre Mög-

lichkeiten überschätzen zu wollen - einiges hätte entgegensteuem können, ist als Lehr- und Forschungsdisziplin weitgehend "abgewickelt" (sprich: liquidiert) worden. Damit ist auch die Möglichkeit vergeben worden, den Prozeß des Aufbaus der Fachhochschulen und damit der Entwicklung sowie Umsetzung neuer Lehr- und Studienkonzepte durch hochschuldidaktische Untersuchungen wissenschaftlich zu begleiten.

(5) Ein letztes Problem soll unter dem Stichwort "Verwaltungsfachhochschulen" markiert werden. Die Tatsache, daß die Ausbildung an den Verwaltungsfachhochschulen an das Beamtentum gebunden ist - die Studenten haben den Status eines "Beamtenanwärters" (Beamte auf Widerruf) -. hat weitreichende Konsequenzen. Der Wissenschaftsrat formuliert sie so: "Die verwaltungsinterne Lösung hat für die öffentlichen Hochschulen zur Folge, daß ihre Absolventen zu den Laufbahnen, die von den Verwaltungsfachhochschulen abgedeckt werden, nicht zugelassen werden." [20] Ein quantitativ bedeutender Teil des Arbeitsmarktes ist also für Absolventen der "öffentlichen" Universitäten und Hochschulen von vornherein verschlossen. Für die Universitäten und Hochschulen bedeutet dies eine deutliche Eingrenzung ihrer Aufgabenstellung.

Nun hatte der Wissenschaftsrat in genauer Kenntnis der damit verbundenen Implikationen den neuen Ländern eine Empfehlung gegeben, die in der Tat einen anderen Weg zur Ausbildung von Spezialisten für den gehobenen Verwaltungsdienst eröffnet hätte. Die Empfehlung lautete: weitestgehende Ausschöpfung der Möglichkeiten zur Ausbildung an externen Fachhochschulen sowie Entwicklung geeigneter, für den Bedarf mehrerer Länder ausbildende Studiengänge (Hervorhebungen von mir - S.K.). [21] Es ist u.a. schon bemer-

kenswert, daß die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die sonst nahezu als sarkosankt angesehen werden, nach unserer Kenntnis der Materie ausgerechnet in diesem Punkt nicht angegriffen wurden. So ist, um nur ein Beispiel zu nennen, im Land Sachsen-Anhalt ein Beschluß der Landesregierung gefaßt worden, eine Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege zu schaffen, die unter der Dienstaufsicht des Ministeriums des Inneren steht, u.a. mit der Konsequenz, daß der "Gründungsrektor" von diesem Ministerium "bestellt" wird. [22]

Versuchen wir ein kurzes Fazit: Mit der Gründung und dem Aufbau der Fachhochschulen in Ostdeutschland wird ein Hochschultyp geschaffen, der sowohl der Gesellschaft, der Wirtschaft, den Regionen als auch den in diesen Bildungseinrichtungen agierenden Menschen, vor allem also den Lehrenden und Studierenden, neue. interessante Möglichkeiten eröffnet oder eröffnen kann. Es gibt durchaus partiell bzw. an dieser oder iener Fachhochschule das Bestreben, im relativ engen Rahmen der politischen, rechtlichen und finanziellen Vorgaben auch Elemente eigenständiger Lösungen, etwa in Form eines internationalen Studienganges an der Fachhochschule Anhalt, zu entwickeln, Insgesamt ist aber bisher mit dem Aufbau der Fachhochschulen eine Chance verpaßt worden: Durch den Import dieses Hochschultyps sind weitgehend auch dessen Problemlagen und "Funktionsmängel" importiert worden. Bestimmte Einzelverbesserungen, etwa in Gestalt des schon genannten "kooperativen Promotionsverfahrens" (das ohnehin nur für eine kleine Absolventenzahl von Interesse sein dürfte), ändem an dieser generellen Aussage kaum etwas.

Nötig ist offensichtlich zweierlei: erstens eine öffentliche Debatte um die Zukunft und Gestalt der deutschen Universitäten und Hochschulen, in der es auch um die Weiterentwicklung des "Konzeptes Fachhochschule" in West- und Ostdeutschland gehen sollte; zweitens doch noch zu ermöglichen und zu versuchen, neue und originäre Wege der Hochschulbildung im Ostteil Deutschlands zu gehen, die keine

bloße Kopie der in den alten Ländern bekannten Muster darstellen sollten.

Siegfried Kiel (Halle/S.) (Der Autor war Professor für Hochschulpädagogik an der Karl-Marx-Universität Leipzig)

Anmerkungen:

- 1) Wenn nichts anderes vermerkt, sind die von uns genannten Fakten zwei vom Wissenschaftrat herausgegebenen "Empfehlungen" entnommen. Es handelt sich um
- Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren. Köln 1991 a.
- -Empfehlungen zur Entwicklung von Fachhochschulen in den neuen Ländern. Düsseldorf 1991 b. 2) Vgl. Lange, J.: Standorte endlich festgelegt. In: Deutsche Universitätszeitung, Bonn, H.1-2/1993, S.18.
- 3) Vgl. Empfehlungen.... 1991 b, S.3.
- Vgl. Mayer, E.: Neue Qualität der Inhalte gefragt. Gedanken zu den Perspektiven der Fachhochschulen in einem kooperativen Hochschulsystem. In: Deutsche Universitätszeitung, Bonn, H.4/1992, S.19
- 5) Vgl. Empfehlungen.... 1991 a, S.11.
- 6) Ebenda, S. 68.
- 7) Ebenda, S. 69.
- 8) Empfehlungen.... 1991 b, S.30
- 9) Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission zur Hochschul-und Wissenschaftsentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt. Magdeburg 1992, S.21.
- 10) Vgl. Empfehlungen.... 1991 a, S.13 und 65.
- 11) Vgl. ebenda, S.65.
- 12) Vgl. ebenda, S.89.
- 13) Vgl. ebenda, S.20.
- 14) Diese Aussage traf der Kasseler Hochschulforscher U. Teichler während einer Tagung an der Evangelischen Akademie Loccum zum Thema "Fachhochschulen im Aufwind. Gründe Konsequenzen -Perspektiven" (19. bis 21. März 1993). Die Materialien dieser Tagung, der der Verfasser nützliche Anregungen und Hintergrundinformationen verdankt, sollen in den "Loccumer Protokolle(n)" veröffentlicht werden.
- 15) Vgl. Empfehlungen.... 1991 a, S.14.
- 16) Vgl. Verbandspolitische Thesen komplett. In: Die neue Hochschule. Gräfeling, H. 4/1992, S.5.
- 17) Vgl. Empfehlungen.... 1991 a, S.52ff.
- 18) Vgl. ebenda, S.91.
- 19) Unsere kritischen Bemerkungen stützen sich auf Aussagen des Wissenschaftsrates (Vgl. Empfehlungen.... 1991 a, S.38 und 90 ff.). Die studentische Kritik wurde auf der genannten Loccumer Tagung (vgl. Anmerkung 14) zum Ausdruck gebracht. Ihr wurde dort von den vielen anwesenden Insidern (z.B. Rektoren und Professoren von Fachhochschulen) nicht widersprochen.
- 20) Empfehlungen.... 1991 a, S. 14.
- 21) Empfehlungen.... 1991 b, S.57.
- 22) Vgl. Beschluß der Landesregierung zur Errichtung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege des Landes Sachsen-Anhalt. In: Ministerialblatt für das Land Sachsen-Anhalt. Magdeburg, Nr. 26/1991, S.601 ff.

Die Entwicklung der Gemeinschaftlichen Rahmenprogramme der EG für den Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung

"Wie in allen anderen Politikbereichen der EG, so ist die Rolle der EG auch im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (FTE) durch die Verträge von Rom definiert und begrenzt, die durch die Einheitliche Europäische Akte (EEA) ergänzt wurden. Hierin wird als Ziel der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie festgelegt." [1]

1. Historische Entwicklung

Aufgrund der stetig wachsenden Bedeutung von Forschung und Technologie ist die Geschichte der Europäischen Gemeinschaft eng verbunden mit dem Bemühen, gemeinsame Forschungsprojekte zu initiieren. Bereits kurz nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahre 1951 wurde das erste Beihilfesystem für die Forschung auf diesen beiden Sektoren eingerichtet. Mit der Unterzeichnung des Euratom-Vertrages 1957 wurden in der Folgezeit die ersten "Gemeinsamen Forschungsstellen" (GFS) errichtet. Nachdem es 1967 nicht gelungen war, ein neues Fünfiahresprogramm für die GFS zu verabschieden, und gemeinsame industriepolitische Ansätze damit vorerst zum Erliegen kamen, formulierte die EG-Kommission in ihrem Memorandum "Die Industriepolitik der Gemeinschaft" [2] 1970 bis heute aültige Ziele einer gemeinsamen Industriepolitik: Durch die Schaffung einheitlicher Finanz- und Rechtsvorschriften, transnationale Zusammenarbeit und einheitliche Außenpolitik sollte der Binnenmarkt verwirklicht und die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit vor allem den USA und Japan gegenüber verbessert werden. Im Jahre 1974 schließlich beschloß der Ministerrat, die gemeinschaftlichen Forschungstätigkeiten auf den gesamten wirtschaftlichen und technischen Bereich auszudehnen.

In den dann folgenden Jahren verstärkte sich die Notwendigkeit, die Tätigkeiten auf dem Gebiet der Forschung und der Technologie innerhalb eines gemeinsamen Rahmens zu koordinieren. Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit wurde zunehmend auf fehlende Koordination und (unnötige) Parallelität von Forschungsarbeiten zurückgeführt. So werden in einer Broschüre der EG als belastende Aspekte einer europäischen Forschungs- und Technologiepolitik genannt: "Streuung der Finanzmittel, Abschottung der Forschungsteams, unzureichende Koordination der Arbeiten, mangelhafter Informationsfluß, geringe Mobilität der Forscher. Zweigleisigkeit bei den einzelstaatlichen Programmen, unterschiedliche Strategie, uneinheitliche Normen. Fehlen eines echten umfassenden einheitlichen Marktes usw." [3]

Die gewachsene Sensibilität für die Durchführung einer gemeinsamen Politik führte schließlich 1984 zur Verabschiedung des ersten "Gemeinschaftlichen Rahmenprogrammes für den Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung". Ein entscheidender Schritt hin zur Verwirklichung einer gemeinsamen Forschungsund Technologiepolitik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wurde mit der Unterzeichnung der "Einheitlichen Europäischen Akte" im Jahre 1986 getan. Dem EWG-Vertrag wurde der Titel VI "Forschung und technologische Entwicklung" hinzugefügt. Dort heißt es in Art. 130f: "Die Gemeinschaft setzt sich zum Ziel, die wissenschaftlichen und technischen Grundlagen der europäischen Industrie zu stärken und die Entwicklung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu fördem. In diesem Sinne unterstützt sie die Unternehmen - einschließlich der Kleinund Mittelbetriebe -, die Forschungszentren und die Hochschulen bei ihren Bemühungen auf dem Gebiet der Forschung und der technologischen Entwicklung; ..." [4] Im weiteren wird festgelegt, daß der Ministerrat mehrjährige Rahmenprogramme verabschiedet (Art. 130i), die durch spezifische Einzelprogramme (Art. 130k) verwirklicht werden sollen. [5]

Mit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte im Jahre 1987 hat sich die EG also eine umfassende Kompetenz im Forschungs- und Technologiebereich geschaffen. Das primäre Ziel - die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu fördem - soll erreicht werden durch

 eigenständige Forschungen der EG;
 die Durchführung von Programmen für Forschung und technologische Entwicklung zur Förderung der Zusammenarbeit von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen:

-die Koordinierung gemeinschaftlicher Forschung innerhalb der EG.

2. Finanzielle Entwicklung

Ausdruck des verstärkten Bemühens der Europäischen Gemeinschaft um eine gemeinsame Forschungs- und Technologiepolitik war die Verabschiedung des zweiten Rahmenprogrammes von 1987 bis 1991 mit einem Haushaltsvolumen von knapp 5,4 Mrd. ECU (ca. 11 Mrd. DM), nachdem das erste Rahmenprogramm ein Volumen von 3,7 Mrd. ECU (ca. 7,5 Mrd. DM) hatte. Im dritten Rahmenprogramm waren für den Zeitraum von 1990 bis 1994 ursprünglich 5,7 Mrd. ECU (über 11 Mrd. DM) bereitgestellt worden. Diese Summe wurde Ende 1992 auf 6,6 Mrd. ECU (ca. 13 Mrd. DM) aufgestockt.

Im September 1992 hat die EG-Kommission ein Arbeitspapier zum vierten Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung vorgelegt. [6] Dieses Programm, daß von 1994 bis 1998 gelten soll. hatte (im Entwurf) ein Finanzvolumen von 14.7 Mrd. ECU (ca. 29 Mrd. DM). Aufgrund der Ergebnisse des EG-Gipfels in Edinburgh vom Dezember 1992 ist dieser Mittelansatz in einem zweiten Entwurf, der von der EG-Kommission im April 1993 verabschiedet wurde, nach unten korrigiert worden. Insgesamt sind jetzt 13.1 Mrd. FCU (ca. 26 Mrd. DM) vorgesehen. Damit erführe die Forschungs- und Technologiepolitik der EG einen enormen finanziellen Zuwachs: Standen für den Zeitraum bis 1990 ca. 1,5 Mrd. ECU pro Jahr zur Verfügung und für 1990 bis 1994 über 2 Mrd. FCU jährlich, so sind für das neue Rahmenprogramm fast 3,5 Mrd. ECU jährlich vorgesehen.

3.Inhaltliche Entwicklung

Das zweite Rahmenprogramm war gekennzeichnet durch eine große Breite von Programmen. Insgesamt 32 spezifische Programme waren in acht Schwerpunkten [7] zusammengefaßt, nämlich: 1. Lebensqualität, 2. Informations- und Kommunikationstechnik, 3. Industrielle Modernisierung, 4. Erschließung biologischer Ressourcen, 5. Energie, 6. Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung, 7. Erschließung des Meeresbodens und 8. Verbesserung der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit in Europa.

Das dritte Rahmenprogramm zeichnet sich durch eine Konzentration der Forschungsthemen aus. Insgesamt 15 spezifische Programme wurden in drei Schwerpunkten [8] zusammengefaßt, nämlich 1. Grundlegende Technologien, 2. Nutzung der natürlichen Ressourcen und 3. Nutzung der geistigen Ressourcen. Diese Zusammenfassung spiegelt auch einer Schwerpunktver-

lagerung zwischen zweiten und dritten Programm wieder: "Ein Vergleich zwischen den 2. und 3. Rahmenprogramm zeigt einige deutliche Akzentverschiebungen, die den gegenwärtigen Prioritäten Rechnung tragen. So steigt der prozentuale Anteil in der "Umweltforschung" und "Biotechnologie" sowie der "Forschungmobilität" deutlich an. [9] Die Förderung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit (Informations-, Kommunikations-, Werkstofftechnologien) bleibt anteilig etwa auf dem hohen Niveau des 2. Rahmenprogramms. Dagegen wird der Anteil der Energieforschung, die Mitte der Siebziger Jahre im Vordergrund stand. deutlich zurückgeführt." [10]

Das vierte Rahmenprogramm scheint sich inhaltlich an Art 130g EG-Vertag (Maßnahmen der Gemeinschaft) zu orientieren. Jedenfalls sind die dort genannten vier Maßnahmen mit den vier Aktionsbereichen des Entwurfs des vierten Rahmenprogramms identisch: 1. Zusammenarbeit von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen auf dem Bereich der Forschung und Technologie, 2. Zusammenarbeit mit dritten Ländern und internationalen Organisationen, 3. Verbreitung und Auswertung der Forschungsergebnisse und 4. Ausbildung und Mobilität von Forschern. [11]

Den größten Anteil hat der erste Aktionsbereich, für den im ersten Entwurf 11,6 Mrd. ECU (jetzt 10,925 Mrd. ECU) [12] vorgesehen sind und in dem die meisten Programme des dritten Rahmenprogramms fortgeschrieben werden. Eine Zusammenfassung bereits bestehender Kooperationen findet sich im zweiten Aktionsbereich. Neu ist der dritte Aktionsbereich, der mit vorgesehenen 700 Mio. ECU (600 Mio. ECU) auch der kleinste ist. Der vierten Aktionsbereich ist eine Fortführung von "Humankapital und Mobilität", ergänzt durch Programme zur verstärkten Kooperation von Hochschulen und Industrie. [13]

Insgesamt zeichnen sich die Entwürfe zum vierten Rahmenprogramm also durch Kontinuität einerseits und Bündelung der bestehenden Programme andererseits aus. Die finanzielle Reduzierung des Programmentwurfs hatte eine weitere Straffung der Programmvielfalt zur Folge. Dies kündigte sich auch schon mit der Einführung von "technology priority projects" (TPP) an, mit deren Hilfe besonders wichtige Schlüsseltechnologien gefördert werden sollen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

4.Rechtliche Rahmenbedingungen

Mit den Maastrichter-Verträgen hat die EG-Kommission ihre Zuständigkeit für Forschungs- und Technologiepolitik innerhalb weniger Jahre zum zweiten Mal entscheidend erweitert. Während sich die Aktivitäten im wissenschaftlich-technischen Bereich der EG ursprünglich nur auf Artikel 235 EWG-Vertrag [14] stützen konnten, wurden die Kompetenzen durch den Artikel 130f in der Einheitlichen Europäischen Akte vom 28. Febr. 1986 und noch einmal im Vertrag zur Europäischen Union vom 7. Febr. 1992 erweitert. So kommt F. Schaumann, Staatssekretär im BMBW zu folgendem Ergebnis: "Auch wenn in Einzelfragen zu den neuen Vorschriften des EWG-Vertrags noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, bleibt die Grundaussage, daß die im Kapitel "Forschung und technologische Entwicklung" des EWG-Vertrages in Maastricht getroffene Einigung eine deutliche Erweiterung der bisherigen Kompetenzen der EG im Bereich der Forschungsförderung darstellt: Die bislang vorgesehene enge Begrenzung auf industriebezogene Forschung ist aufgegeben worden. Nunmehr können die Vorschriften der Artikel 130f EWG-Vertrag auch auf alle Forschungsmaßnahmen Anwendungen finden, die auf Grund anderer Kapitel des EWG-Vertrages für erforderlich gehalten werden." [15]

5 Ausblick

Angesichts der raschen technologischen Entwicklung, neuer wirtschaftlichen Herausforderungen des verschärften weltweiten Wettbewerbes und gewachsener rechtlicher Kompetenzen ist zu erwarten, daß die Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft im Bereich Forschung und Technologie in den nächsten Jahren noch verstärkt und ergänzt werden - eine Entwicklung, die durchaus auch Widerspruch hervorruft. Vor allem die Autonomie der nationalen Forschung wird dabei als gefährdet angesehen: "Besorgnis wegen der zunehmenden Förderung von Grundlagenforschung durch die EG äußerte allerdings Anfang November der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen, Prof. Walter Kröll, Auf deren Jahreshauptversammlung in Hamburg warnte er: "Eine stärkere EG-Finanzierung von Forschung und Technologie darf das nationale Engagement nicht substituieren." Die Einbeziehung der Grundlagenforschung lasse befürchten. daß die nationale Forschungsförderung zurückgefahren werde. Die EG müsse sich in der Grundlagenforschung auf solche Bereiche beschränken, die einen besonderen internationalen Charakter haben." [16] Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt der Wissenschaftsrat in seinen "Empfehlungen zur Internationalisierung der Wissenschaftsbeziehungen". [17] Einerseits prognostiziert er eine wachsende Bedeutung der EG-Forschungsprogramme: "Der einmal beschrittene Weg der Europäischen Integration von Wissenschaft und Forschung läßt sich nicht mehr verlassen. Die Programme sind mittel- und langfristig angelegt. Ferner ist in Zukunft mit einer Ausweitung der EG-Forschungsförderung zu rechnen." [18] - andererseits fordert er die "Verantwortlichen in Bund und Ländem" auf, darauf zu achten, daß bei der Gestaltung der Forschungsprogramme ein "europäisches Plus" entsteht, daß das Subsidiaritätsprinzip eingehalten wird und daß die Grundlagenforschung Schwerpunkt nationaler Forschungsförderung bleibt. [19]

Was als "Beihilfesystem" für Kohle und Stahl begann und bis Mitte der Achtziger Jahre eher ein Schattendasein fristete. könnte sich in den Neunziger Jahren als ernsthafter neuer Politikbereich der Europäischen Gemeinschaft etablieren. Von den 100 Mrd. ECU, die innerhalb der Europäischen Gemeinschaft jährlich für Forschung ausgegeben werden, kommen momentan zwar erst zwei bis drei Mrd. von der EG. aber die Tendenz, die EG-Programme zu erweitern und nationale Förderung zurückzufahren wird allgemein festgestellt. Es bleibt abzuwarten, ob das Insistieren auf das Subsidiaritätsprinzips eine solche Entwicklung wirklich begrenzen kann. Die Rivalität zwischen nationalen und übernationalen Kompetenzen, die gerade in der bundesrepublikanischen Diskussion immer wieder heraestellt wird, trifft nicht auf alle Staaten der Europäischen Gemeinschaft gleichermaßen zu: " Was in der Bundesrepublik Deutschland auf der Ebene der Bundesländer oder - weitgehend auf bundesstaatlicher Ebene gelöst werden kann, sofern ein entsprechender technologiepolitischer Handlungsbedarf diagnostiziert wird, muß aus der Sicht eines Staates an der Peripherie - etwa Griechenland, Irland oder Portugal - wegen des fehlenden Infrastrukturaufbaus und vor allem wegen fehlender finanzieller Mittel als gemeinschaftliche Aufgabe angesehen werden. Insofern stößt das von der deutschen Bundesregierung eingebrachte Kriterium der Subsidiarität bei der Kommission auf wenig Gegenliebe und bei den Verantwortlichen aus den Peripheriestaaten auf wenig Verständnis." [20]

Im Spannungsfeld zwischen Kohäsions-, Regional- und Wettbewerbspolitik hat die europäischen Forschungs- und Technolo-

hochschule ost juli 1993

giepolitik ihren Platz noch nicht endgültig gefunden. Mit der EG-Kommission ist allerdings in den letzten Jahren ein Akteur aufgetreten, dessen Bereitschaft, sich ein

neues Politikfeld zu erschließen, unverkennbar ist.

Joachim Schüller (München)

Anmerkungen

- [1] Game, A.; Grabert, M.; Rivier, G.; Die Struktur der FTE-Politik der Europäischen Gemeinschaft: Möglichkeiten und Grenzen, Brüssel, Dez. 1992, Seite 1.
- [2] Kommission der Europäischen Gemeinschaft: Die Industriepolitik der Gemeinschaft. Memorandum der Kommission an den Rat. Brüssel 1970.
- 131 Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften: Die Politik auf dem Gebiet der Forschung und technologischen Entwicklung, Luxemburg, 1988, S. 13-14.
- [4] Zit, n.: Einheitliche Europäische Aktev. 28. Februar 1986. In: BGBI, 1986 II, S. 1104ff.
- 15) Val. zum schwierigen Prozeß der Genese und Aushandlung eines Forschungsprogrammes: Starbatty, J.; Vetterlein, U.; Die Technologiepolitik der Europäischen Gemeinschaft, Baden-Baden 1990. Hier besonders das Kapitel "III. Der Willensbildungsprozeß in der Gemeinschaft". S. 41-62. [6] Die folgenden Ausführungen zum vierten Rahmenprogramm stützen sich auf: Vorschlag der EG-Kommission zum 4. Forschungsrahmenprogramm 1994-1998. In: kowi-aktuell. No.6. 19.Oktober 1992.S.4-5.
- [7] Zum zweiten Rahmenprogramm vol: Sabathil, G.: Sabathil, M.: Förderprogramme der EG 1989. 2. Auflage, Bonn 1989.
- [8] Zum dritten Rahmenprogramm vol.; Dieselben: Förderprogramme der EG 1992, 4, Auflage, Bonn
- 191 Die ursprünglichen Entwürfe von EG-Parlament und Rat (7.7 bzw. 8.3 Mrd ECU) sahen eine noch deutlichere Erhöhung dieser Bereiche vor.
- I101 Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): Forschungs- und Technologieförderung der EG. 2. Auflage, Brüssel 1990, Seite 12.
- [11] Vol. dazu: Bundeszentrale für politische Bildung: Europäische Gemeinschaft, Europäische Union. Die Vertragtexte von Maastricht, Art. 130g (Maßnahmen der Gemeinschaft), Bonn 1992. S 111
- [12] Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf den im April 1993 von der EG-Kommission verabschiedeten zweiten Entwurfund sind zitiert nach; kowi Telegramm 10/93, 28.4.1993, S.1.
- [13] Die (vorläufige) Einschätzung der inhaltlichen Programmgestaltung des vierten Rahmenprogramms ist weitgehend zusammengestellt aus: Vorschlag der EG-Kommission zum 4. Forschungsrahmenprogramm 1994-1998. In: kowi-aktuell, No.6, 19. Oktober 1992, S. 4-5. KoWi-Veranstaltung zur EG-Forschungspolitik 1994-1998. In: kowi-aktuell, No.8, 15. Februar 1993, S. 5-6.
- [14] Dieser Artikel sichert der Europäischen Gemeinschaft ganz allgemein das Tätigkwerden in Bereichen zu, die der Vertrag nicht ausdrücklich vorsieht: "Erscheint ein Tätigwerden der Gemeinschaft erforderlich, um im Rahmen des Gemeinsamen Marktes eines ihrer Ziele zu verwirklichen, und sind in disem Vertrag die hierfür erforderlichen Befugnisse nicht vorgesehen, so erläßt der Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments die geeigneten Vorschriften." Zit. n.: Sabathil.G.: Handbuch der europäischen Wirtschaftsförderung. Baden-Baden 1990, Band I. S. 12.
- [15] Schaumann, F.: Die Konsequenzen der Beschlüsse von Maastricht für die Hochschul- und Forschungspolitik in Europa. In: Das Hochschulwesen 1/93, Seite 14.
- [16] Altenmüller, G.H.: Wie kann deutsche Forschung in Europa bestehen? In: Spektrum der Wissenschaft, Januar 1993, S. 121,
- [17] Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Internationalisierung der Wissenschaftsbeziehungen. Köln 1992.
- [18] Ebenda, S. 20.
- [19] Volhierzu: Ebenda, S.71-72.
- [20] Starbatty, J.; Vetterlein, U.; A.a.O., S. 109.

DOKUMENTATION

Nachfolgender Brief des sächsischen Wissenschaftsministers Hans Joachim Meyer an die Abgeordneten seiner CDU-Landtagsfraktion ist uns kürzlich zugespielt worden. Da sich in diesem Schreiben bislang so noch nicht öffentlich Gesagtes, gleichwohl Erhellendes im Zusammenhang mit der Debatte des Sächsischen Hochschulgesetzes formuliert findet, gehen wir damit um, wie es sich für die freie Presse gehört: Wir machen, sofem von allgemeinem Interesse, öffentlich, was der Öffentlichkeit andemfalls vorenthalten bliebe.

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer

An die Abgeordneten der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag

Dresden, 5. April 1993

Sehr geehrte Frau Kollegin, Sehr geehrter Herr Kollege,

Sie werden vor einigen Tagen Schlagzeilen gelesen haben wie "Sachsen führt Eignungsprüfungen ein". Solche Schlagzeilen und die meisten dazu verbreiteten Meldungen waren irreführend bis falsch!

Worum handelt es sich wirklich?

Als in der alten Bundesrepublik die Zahl der Studienbewerber die der Studienplätze deutlich überstieg und eine größere Anzahl von Studienbewerbern nicht zum Studium zugelassen wurde, entschied das Bundesverfassungsgericht, daß durch bundesweite Verfahren eine höchstmögliche Ausschöpfung der Studienplatzkapazität gesichert und die Überlast gleichmäßig verteilt werden muß. Auf dieser Grundlage schlossen die alten Bundesländer einen Staatsvertrag, in dem drei zentrale Verfahren geregelt sowie die dabei anzuwendenden Kriterien (vor allem Abitumote und Wartezeit) und zusätzliche Bewertungsformen (Eignungsprüfung, Auswahlgespräch, Tests) definiert werden.

Im Verlauf des deutschen Einigungsprozesses wurde vereinbart, daß sich auch die neuen Bundesländer diesem Staatsvertrag anschließen sollten. Deshalb wurde er auch von unserem Ministerpräsidenten im Frühjahr 1991 unterzeichnet. Die Ratifikation soll bis zum Juni dieses Jahres erfolgen.

Nun hatten die alten Bundesländer in der Regel diese Ratifikation mit einem Landeszulassungsgesetz verbunden, in dem sie die für die zentralen Zulassungsverfahren vereinbarten Kriterien und ergänzenden Überprüfungen auch für jene Fälle verbindlich machen, in denen an einer einzelnen Hochschule oder für alle Hochschulen des Landes eine Zulassungsbeschränkung notwendig ist. So gibt es an allen künstlerischen Hochschulen Deutschlands Eignungsprüfungen. Eignungsprüfungen erfassen grundsätzlich solche Leistungsdispositionen, die das Abitur gar nicht oder unter einem anderen Aspekt überprüft.

Es war daher sinnvoll, daß wir auch in Sachsen die Ratifizierung des Staatsvertrages mit einem solchen Landeszulassungsgesetz verbinden. Der Regierungsentwurf entspricht in allen Teilen westdeutschen Landeszulassungsgesetzen - und zwar unabhängig davon, welche Partei den Ministerpräsidenten stellt -, wie jeder durch Vergleich feststellen kann.

Es ist also ein völlig unsensationelles Gesetz. Warum trotzdem solche Aufregung?

Seit 1991 steht das Hochschulwesen, insbesondere in den alten Bundesländern, zunehmend im Mittelpunkt einer kritischen Debatte. Zu den wichtigsten Themen dieser Debatte gehören die Überfüllung der Universitäten, die überlangen Studienzeiten und die hohen Abbrecherquoten. Als e in Gründ dafür wird zunehmend die Regelung des Hochschulzugangs und die Art der Hochschulzulassung angesehen.

Wie sind Hochschulzugang und Hochschulzulassung bisher geregelt?

Nach dem Hochschulrahmengesetz hat jeder einen gerichtlich einklagbaren Rechtsanspruch (d.h. den Hochschulzugang), der das Abitur gemacht hat. Für das Abitur sind die Länder verantwortlich. Jeder weiß, daß in den Bundesländern immer unterschiedliche Parteien regieren werden und daß sich die beiden großen Parteien in Deutschland in der Bildungspolitik deutlich unterscheiden. Für die Unionsparteien stehen an der Spitze Differenzierung und der je gemäße Leistungsanspruch, für die SPD dagegen Gleichheit und Erweiterung der sozialen Chancen. Mit diesen Begriffen simplifiziere ich natürlich das Problem und lasse vor allem unberücksichtigt, daß über die Chancengerechtigkeit zwischen den Gegensätzen auch vermittelt werden kann. Worauf es mir aber jetzt ankommt, ist, zu erklären, daß man sich in der Kultusministerkonferenz, in der das Prinzip der Einstimmigkeit herrscht, faktisch nur auf zwei Kriterien geeinigt hat: daß das Abitur (noch) nach 13 Jahren abgelegt wird und daß es in vier Fächern abgelegt wird.

Diese Regelung ist schon unzureichend genug. Sie ist geradezu verhängnisvoll durch die Praxis, in den zentralen Verfahren auf der Grundlage der Durchschnittszensur des Abiturs (sowie u. U. der Wartezeit) zuzulassen. Jeder, der nur ein bißchen Lebenserfahrung und Menschenkenntnis hat, kann unschwer erraten, was dabei herauskommt: Wer ein Fach studieren will, das einem zentralen Zulassungsverfahren unterliegt, wählt im Gymnasium die Fächer für das Abitur nach den Zensuren und nicht danach, was er auf der Hochschule können muß. So ist z. B. Betriebswirtschaft ein zulassungsbeschränktes Fach. Eine Vielzahl von Studenten werden jährlich zu diesem Fach ohne Abiturprüfung (und Leistungskurs!) in Mathematik zugelassen. Daher scheitem sie, oder sie müssen sich erst während des Studiums die erforderlichen Mathematikkenntnisse aneignen.

Um diesem Zustand abzuhelfen, wird von der Hochschulrektorenkonferenz ein verbindlicher Fächerkanon und vom Wissenschaftsrat eine erhöhte Verantwortung der Hochschulen bei der Auswahl unter den Studienbewerbern gefordert.

In dieser Situation muß die Politik die richtigen Antworten finden. Für die CDU ist wichtig, daß die Krise des Hochschulwesens zugleich auch eine Krise der linken Bildungspolitik ist, die sich einseitig auf die Hochschule ausrichtete und zugleich deren Leistungsanspruch beeinträchtigte. Aus diesem Grunde ist die CDU auch seit 1991 in der bildungspolitischen Offensive.

Wie muß die bildungspolitische Antwort aussehen?

Jede Neuregelung des Hochschulzugangs und der Hochschulzulassung muß vom Abitur ausgehen und seine Bedeutung stärken. Der einfachste Weg wäre, bundesweit einen verbindlichen Fächerkanon einzuführen. Dafür gibt es nach aller bisherigen Erfahrung keine Chance. Daher muß man einen Weg wählen, der das Land dazu berechtigt, von denen, die an seinen Hochschulen studieren wollen, den Nachweis bestimmter Abiturleistungen zu verlangen. Das Land soll also z. B. das Recht erhalten, von jedem, der Betriebswirtschaft studieren will, im Abitur den Nachweis von Mathematikkenntnissen zu verlangen.

Es gibt Leute, die behaupten, dadurch gäbe es keine allgemeine Hochschulreife mehr. Das ist ein reichlich gedankenloses Gerede, denn bei der bisherigen Praxis wissen sie ja erst recht nicht, was für eine Studierfähigkeit überhaupt durch das Abitur ausgesagt wird. Jeder, der die Möglichkeit, bestimmte Abiturleistengen für einen Studiengang zu fordern, praktisch durchspielt, merkt sofort, daß damit zugleich die Voraussetzungen für eine große Zahl anderer Studienmöglichkeiten definiert werden können. Faktisch entspricht es weithin einem generellen Fächerkanon.

Allerdings ist es notwendig, daß diese Möglichkeit für die Länder im Hochschulrahmenrecht verankert wird. Außerdem müßte zumindest darauf gedrungen werden, daß die im Staatsvertrag enthaltene Soll-Vorschrift, die Abiturnoten zu gewichten, wieder praktiziert wird; wahrscheinlich brauchte man aber einen neuen Staatsvertrag. Um beides zu erreichen, bedarf es eines geduldigen gesamtdeutschen Ringens wie auch der Fähigkeit zum Kompromiß in solchen Fragen, die z. B. für die SPD wichtig sind.

Daher standen wir beim Entwurf des Hochschulgesetzes vor der Aufgabe, eine solche Formulierung zu finden, die (1) mit dem geltenden Hochschulrahmenrecht konform ist, die (2) deutlich macht, in welcher Richtung wir künftig gehen wollen, und die (3) uns erlaubt, den landesrechtlichen Rahmen voll auszuschöpfen. Die entsprechenden Formulierungen wurden unter maßgeblicher Mitwirkung von Dr. Dallinger, der das geltende Hochschulrahmengesetz formuliert und kommentiert hat und bei jedermann als die Autorität im Hochschulrecht gilt, ausgearbeitet. Sie wurden mit dem Kultusministerlum abgestimmt; sie werden auch von Koll. Ludwig Noack mitgetragen, der über die Formulierung mündlich und schriftlich unterrichtet wurde.

Durch den Entwurf des Zulassungsgesetzes verfügen wir außerdem über das juristische Instrumentarium, das auch alle anderen deutschen Länder haben, aber nur sehr zurückhaltend anwenden. Möglicherweise hat der Kontext der allgemeinen. hochschulpolitischen Debatte, an der sich der Ministerpräsident und ich selbstverständlich beteiligen, und der Hinweis des Regierungssprechers Sagurna, daß wir uns, wenn erforderlich, dieser Mittel auch bedienen werden, zu den mißverständlichen oder mißdeutbaren Zeitungsmeldungen geführt. Die Pressemitteilungen der Regierung und des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (siehe Anlage) waren jedenfalls eindeutig. Und außerdem hatte ich bereits in der Februarsitzung des Landtages in Beantwortung einer Anfrage dieses Problem dargestellt (siehe Anlage).

Warum schreibe ich Ihnen das alles?

Weil der wissenschaftspolitische Sprecher der Fraktion, Herr Dr. Matthias Rößler, die Vorlage des Entwurfs des Zulassungsgesetzes einmal wieder zu einer Attacke auf die Regierung genutzt hat. Ich zitiere aus der Leipziger Volkszeitung:

"Doch schon jetzt zeigt sich, daß der Gesetzentwurf aus dem Hause von Minister Hans Joachim Meyer (CDU) im sächsischen Landtag auf starken Widerstand stoßen wird. Diese Regelung entspräche nicht den bundesrechtlichen Bestimmungen, da im Hochschulrahmengesetz des Bundes andere Zulassungsregeln festgeschrieben sind, sagte der Landtagsabgeordnete Matthias Rößler (CDU) unserer Zeitung. Durch diesen Entwurf würde versucht, die Studenten künstlich aus der Hochschulen herauszuhalten. Auch das Abitur, das nun allein nicht mehr ausreichen würde, "wird dadurch disqualifiziert", meint der CDU-Politiker. "Solche Experimente sollten nicht auf den Knochen der sächsischen Studenten gemacht werden."

... Der Entwurf wird nun in den Landtag weitergeleitet und dort "sicher massiv diskutiert", so Rößler."

Wußte Dr. Rößler es nicht besser. War er vielleicht auf die Informationen der Leipziger Volkszeitung angewiesen?

Mitnichten. Auf mindestens drei Arbeitskreissitzungen und auf einer Sitzung des Fraktionsvorstandes ist er ausführlich unterrichtet worden. Er kennt die Problematik von Hochschulzugang und Hochschulzulassung also ganz genau. Und Begriffsstutzigkeit kann man ihm wohl kaum vorwerfen. Was aber dann?

Von Anfang an entzog sich Dr. Rößler iedem Versuch, zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen ihm und dem Ministerium zu kommen. Als einziger der wissenschaftspolitischen Sprecher im Landtag erschien er ohne ein Wort der Erklärung nicht zum Symposium im Oktober 1992, zu dem wir, beginnend mit dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrates. Prof. Dieter Simon, so ziemlich alles versammelt hatten, was in der deutschen Wissenschaftspolitik Rang und Namen hat, um in Vorbereitung unseres Hochschulgesetzes zwei Tage lang Probleme des Hochschulrechts und der Hochschulorganisation zu diskutieren. Der Presse erzählte er, es sei gleichzeitig Fraktionsklausur gewesen. Das Symposium endete Sonntagmittag, die Klausur begann Montagmorgen; ich kam jedenfalls auch rechtzeitig zur Klausur, obwohl ich abends noch ein Pressegespräch hatte. Dann machte er den Versuch, in einer Blitzaktion die Fraktion in bezug auf die Verbeamtung der Hochschullehrer auf eine Position festzulegen, die Sachsen heillos. in Deutschland isoliert hätte. Erst als die Mehrheit der Fraktion ihm darin nicht folgte fügte er in das Positionspapier ein, daß es sich um eine bundesweite Regelung handeln müsse. Wir werden sehen, wie ernst das war

Als ich - um den Arbeitskreis der Fraktion von Anfang an in die Ausarbeitung des Gesetzes einzubeziehen - die ersten Textententwürfe vorstellen und diskutieren wollte, blockierte er jedes Gespräch durch endlose Deklamationen von Selbstverständlichkeiten, die er aus dem gleichen Bildungspolitischen Programmentwurf der CDU entnahm, an dessen Erarbeitung ich - wie er sehr wohl wußte - nicht ganz unmaßgeblich beteiligt war. Er wollte allen Ernstes die von mir mitgebrachten Entwürfe gar nicht erst in die Hand nehmen, worauf dann Prof. Süß die Papiere verteilte. Im Prinzip ging es bei den folgenden Sitzungen so weiter. Rößler vermied jedes konkrete Gespräch. Allenfalls stellte er Dinge in Frage, so

z. B. die Einführung starker Dekane oder von unabhängigen Kuratorien. Das paßt nun wirklich ganz hervorragend zur Forderung nach Leistung an den Hochschulen. die ja auch Dr. Rößler gern bei jeder Gelegenheit proklamiert.

In der "Sächsischen Zeitung" vom 2. 2. 93 beklagte er sich dagegen, bisher seien "lediglich im Gespräch ... Eckwerte benannt". Zugleich wußte er jedoch schon: "Aber ganz sicher werden wir unsere Vorstellungen in wesentlichen Punkten einbringen und auf Veränderungen drängen." Und die "Freie Presse" ließ er am 1. 3. 93 wissen: "Sorgen macht den Christdemokraten aber vor allem, daß sie den Entwurf des neuen Hochschulgesetzes noch gar nicht kennen. Der wird, glaubt Rößler, "ständig überarbeitet" ..."

Boshafte Menschen könnten sich an das Wort eines Abgeordneten im Landtag des Königreichs Sachsen erinnert fühlen: "Ich kenne die Gründe der Regierung nicht, aber ich muß sie mißbilligen." Journalisten macht so etwas immer Freude, mit und ohne Frühstück. Das wäre aber nun wirklich unfair. Denn in einem Punkte hat sich Dr. Rößler bereits jetzt völlig eindeutig festgelegt. Und das ist in der Frage des Hochschulzugangs. Weil wir derzeit - mit Ausnahme weniger Studienrichtungen wie der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften - mehr Studenten haben können und haben wollen, als es zur Zeit in Sachsen gibt, behauptet er, wir wollten den Zugang zu den sächsischen Hochschulen drosseln.

Das ist erstens die schlichte Unwahrheit. Dr. Rößler weiß ganz genau, daß wir die Hochschulen nachdrücklich in ihrem Bestreben unterstützen, die sächsischen Abiturienten mit unserem Studienangebot bekannt zu machen und dadurch unsere Studentenzahlen zielstrebig zu erhöhen.

Das ist zweitens politischer Unsinn. Denn jetzt wird in Deutschland über die Reform der Hochschulen diskutiert. Sollen wir vielleicht mit vernünftigen Regelungen warten, bis unsere Hochschulen auch überfüllt sind. Wird sonst nicht mit Recht Politikern vorgeworfen, kurzsichtig zu sein und nur für den Tag Politik zu machen. Oder soll sich Sachsen an dieser Debatte nicht beteiligen, nur weil es ihn wurmt. daß der sächsische Wissenschaftsminister dazu einen gesamtdeutsch beachteten Beitrag leistet.

Das ist drittens gegen die Interessen der sächsischen Abiturienten gerichtet. Da wir in Sachsen wie in Bayern einen Fächerkanon für das Abitur haben, stehen bei der derzeitigen gesamtdeutschen Zulassungspraxis bald unsere Abiturienten wie heute schon die in Bayern in Gefahr, in den 14 zentral verteilten Studienfächern gegenüber den Abiturienten aus solchen Ländern, in denen es keinen Fächerkanon gibt, benachteiligt zu werden. Denn - wie oben gezeigt - über die Zulassung entscheidet nicht die Qualität des Abiturs, sondern die Durchschnittszensur. Hier zeigt sich ganz konkret, daß es uns bei unseren Vorschlägen um die Sicherung des Abiturs geht und nicht - wie sich Dr. Rößler ausdrückt - um dessen "Disqualifizierung".

Alles dies ist im Arbeitskreis uhd bei vielen anderen Gelegenheiten schon so oft erörtert worden, daß man selbst bei wohlmeinender Betrachtung den Verdacht nicht loswerden kann, Dr. Rößler glaubte mit der Behauptung, wir wollten sächsischen Abiturienten den Zugang zur Hochschule erschweren, populistische Politik gegen die Regierung machen zu können. Aus diesem Grunde läßt er keine Gelegenheit ungenutzt, in der Presse und wo immer er kann die Position der Regierung in dieser Frage zu verdrehen und zu entstellen. Ich hatte mich schon längere Zeit gewundert, warum ich in Bonn und auf gesamtdeutschen Tagungen immer wieder besorgt gefragt wurde, ob Sachsen denn den Staatsvertrag nicht ratifizieren wolle. Und dies, obwohl unsere Terminplanung in diesem Punkte zeitgleich mit der von Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern ist. Heute weiß ich, daß Dr. Rößler überall behauptet hat, wir wollten das Abitur durch Zugangsprüfungen ersetzen.

Aus alledem kann ich nur den Schluß ziehen: Dr. Rößler will um jeden Preis die Verabschiedung des Hochschulgesetzes zu einer Schlacht gegen die Regierung nutzen und zu diesem Zweck die Debatte so weit wie irgend möglich in die Länge ziehen. Wenn es dazu noch eines Beweises bedurft hätte, dann ist er durch die letzte Sitzung des Landtagsausschusses für Wissenschaft und Hochschulen erbracht worden. Es ging um die Zeitplanung für die Arbeit an den beiden Gesetzentwürfen - dem des Zulassungsgesetzes und vor allem des Hochschulgesetzes. Zunächst belastete Dr. Rößler als einziger das Gespräch mit herabsetzenden Bemerkungen über die Arbeit des Ministeriums. Sie kennen ja seinen Stil. Mir wäre es auch lieber gewesen, wir hätten den Entwurf des Hochschulgesetzes spätestens in der Aprilsitzung des Landtages einbringen können. Aber ein Hochschulgesetz - wenn man es denn nicht einfach im wesentlichen irgendwo abschreiben will - gehört zu den schwierigen und großen Gesetzen. Im Ministerium für Wissenschaft und Kunst wird von früh morgens bis spät abends und an vielen Wochenenden hart gearbeitet. Wenn wir in Zahlen belegen können, daß Sachsens Hochschulen wie nirgendwo sonst erneuert worden sind und wir trotzdem die Nase vorn haben unter den ostdeutschen Bundesländern und wertvolle Leistungspotentiale bewahrt wurden (im Jahr 1992, dem Jahr der intensiven Personal- und Strukturreform, warben die sächsischen Hochschulen über 109 Millionen Drittmittel ein, davon weit über die Hälfte aus der Industrie), dann ist es dieser harten Arbeit im Ministerium und an den Hochschulen zu verdanken und nicht irgenwelchen flotten Sprüchen und pauschalen Urteilen vom Typ "Die Erneuerung ist im Morast der Besitzstände steckengeblieben."

Aber zurück zur Sitzung des Landtagsausschusses. Der Vorsitzende des Ausschusses, Prof. Förster, wollte einen detaillierten Zeitplan für die Arbeit im Ausschuß am Hochschulgesetzentwurf aufstellen. Sie kennen Prof. Förster. Er vertritt mit Entschiedenheit und großer Sachkompetenz sozialdemokratische Hochschulpolitik. Und er ist zugleich ein fairer und konstruktiver Ausschußvorsitzender. Es war schon eine bühnenreife Aufführung zu sehen, wie sich Prof. Förster geduldig um einen intensiven Zeitplan bemühte, während Dr. Rößler als einziger der CDU-Abgeordneten unter dem Feixen der Oppositionsvertreter und unberührt von den deutlich anderen Beiträgen der Mehrheit unserer Fraktionskollegen zunächst eigentlich überhaupt noch keinen konkreten Zeitplan haben wollte und dann - entgegen dem Wunsch des Vorsitzenden, die Ausschußarbeit auf der Grundlage von Änderungsanträgen durchzuführen - allen Ernstes zunächst eine Generaldebatte forderte. Was dabei herauskommen sollte, kann man sich unschwer vorstellen.

Bisher habe ich mich - und wie ich denke, auch nicht ganz erfolglos - bemüht, solchen Eskapaden mit der nötigen Gelassenheit zu begegenen. Ich fühlte mich in dieser Haltung auch bestärkt, als Dr. Rößler in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung, veröffentlicht am 17. 3. 93, erklärte: "Ich will nicht den Konflikt um des Konflikts oder der Profilierung willen. Ich schätze den Minister, der wirklich mit missionarischem Eifer vielerlei Reformen durchsetzen will." Aber jetzt

drohen die Dinge zu eskalieren und in ein Frühsommertheater zu münden, das offenbar (mindestens) bis in den Herbst andauern soll. Die sächsische CDU und die von ihr gestellte Regierung haben eine nie wiederkehrende Chance, auch in den Grenzen des geltenden Hochschulrahmengesetzes einen über die Landesgrenzen hinausgehenden Beitrag zur deutschen Hochschulpolitik zu leisten. Und dies im vollen Einklang mit dem Bildungspolitischen Programm der CDUI Bereits jetzt finden unsere Überlegungen und der Entwurf unseres Hochschulgesetzes positive Aufmerksamkeit (siehe Anhang).

Wir sollten diese Chance nicht verspielen. 1994 sind Wahlen. Und die werden zuallererst durch die erfolgreiche Arbeit der Regierung unter Ministerpräsident Kurt Biedenkopf gewonnen.

Mit freundlichen Grüßen

1h Man for him Miga

Die Zweite Deutsche Mathematikerinnentagung der European Women in Mathematics vom 15.-17. April 1993 in Tübingen und ihre Vorgeschichte

Die European Women in Mathematics (EWM) ist eine Vereinigung europäischer und in Europa arbeitender Mathematikerinnen. Auf dem Internationalen Mathematikerkongreß 1986 in Berkeley veranstaltete die "Association for Women in Mathematics" (AWM) ein Podiumsgespräch zur Situation der Mathematikerinnen in den verschiedenen Ländem. Im Umfeld dieses Forums entstand der Wunsch, eine von der AWM unabhängige europäische Gruppierung zu bilden. Deshalb gilt der Kongreß in Berkeley 1986 als Gründungsdatum der EWM.

In den ersten Jahren ihres Bestehens verstand sich die EWM als ein Netzwerk zum Informationsaustausch unter den europäischen Mathematikerinnen mit einem jährlichen Treffen als Höhepunkt. Mit steigender Anzahl der Interessentinnen und der Mitgliedsländer (zur Zeit 22 europäische Staaten) scheint es sinnvoll, die EWM in einen festeren organisatorischen Rahmen zu fassen. Als Grundlage dazu dient eine vorläufige Satzung, welche die Ziele der EWM formuliert und auf dem 5. Treffen der EWM im Dezember 1991 in Luminy bei Marseille vorgelegt wurde.

Ziele der EWM sind

- einen Informationsaustausch zwischen Mathematikerinnen verschiedener Länder zu fördern,
- Frauen und Mädchen zu ermutigen, Mathematik zu studieren und sich auf diesem Gebiet wissenschaftlich zu betätigen,

- ein Gremium zu schaffen, in welchem Frauen sich über mögliche Probleme und Behinderungen im Berufsleben austauschen können.
- sich für gleiche Bedingungen und gleiche Möglichkeiten für Frauen und Männer in der Wissenschaft einzusetzen,
- mit anderen Frauenorganisationen, die ähnliche Ziele haben, zusammenzuarbeiten.
- Erstellung statistischen Materials über Rolle und Leistungen von Frauen auf dem Gebiet der Mathematik,
- -Würdigung von Leben und Werk berühmter Mathematikerinnen in der Geschichte.

Die Organisation der EWM wird getragen von einem Komitee, bestehend aus 8-10 Mathematikerinnen, die das nächste EWM-Treffen vorbereiten, einem Netz von regionalen (in der Regel aus jedem Mitgliedsland eine) Koordinatorinnen und zur Zeit drei internationalen Koordinatorinnen.

Als regionale Koordinatorin für Deutschland fungiert seit dem Treffen in Luminy Frau Prof. Dr. Christine Bessenrodt-Timmerscheidt vom Institut für Experimentelle Mathematik der Universität-Gesamthochschule Essen, die seit dem 1.4.1993 an der TU "Otto von Guericke" in Magdeburg tätig ist.

Da die Lage von Mathematikerinnen in Deutschland auch im internationalen Vergleich nicht besonders gut ist, wird es als wichtig angesehen, daß die deutsche Sektion der EWM regelmäßige Treffen mit internationaler Beteiligung veranstaltet, auf denen die Frauen ihre Probleme diskutieren und ihre Forderungen artikulieren können. Natürlich kommt bei diesen Zusammenkünften auch das Fachliche nicht zu kurz. Es werden stets Übersichtsvorträge aus den verschiedensten Gebieten der Mathematik, der Didaktik der Mathematik sowie der Geschichte der Mathematik angeboten.

Das erste Treffen in Deutschland fand unter der Leitung von Frau Bessenrodt am 4./5. Mai 1992 in Schwerte bei Dortmund statt. Dabei ging es um eine Analyse spezifischer berufsbezogener Probleme deutscher Mathematikerinnen im Vergleich mit anderen europäischen Ländern und speziell um die Vorbereitung des Rundtischgespräches "Frauen und Mathematik" während des Europäischen Mathematikerkongrsses in Paris im Juli 1992. Außerdem wurden die nächsten Schritte zum Aufbau des EWM-Netzwerkes in die Wege geleitet. Dabei hat sich Frau Bessenrodt große Verdienste erworben. Über dieses Netzwerk auf E-Mail-Basis erhalten Interessentinnen Informationen über Stellen, Stipendien. Tagungen, Frauenförderungsprogramme usw. Eine andere wichtige Aufgabe ist die Erarbeitung statistischen Materials. Hierzu zählen Namenslisten habilitierter bzw. promovierter Mathematikerinnen, von solchen, die Mitglieder in Redaktionskollegien mathematischer Zeitschriften sind, die Preise erhalten haben oder die auf großen Tagungen Hauptvortragende waren.

Im Rahmen der Jahrestagung der Deutschen Mathematikervereinigung im September 1992 in Berlin fand ebenfalls eine Diskussionsveranstaltung unter dem Thema "Frauen in der Mathematik" statt. Organisiert wurde die Veranstaltung von Frau Prof. Dr. Ina Kersten (Universität Bielefeld), der ersten und einzigen Frau im Präsidium

der Deutschen Mathematikervereinigung. Dort ging es insbesondere um Arbeitslosigkeit von Wissenschaftlerinnen in den neuen Bundesländern. An dieser Diskussionsrunde nahmen auch erfreulich viele Kollegen teil.

Dieses Jahr fand das Mathematikerinnentreffen in Tübingen statt. Das rührige Organisationskomitee, bestehend aus jungen
Tübinger Mathematikerinnen und einem
jungen Mathematiker(!), gestaltete das Treffen für die auswärtigen Teilnehmerinnen
zu einem bleibenden Erlebnis. Auch weitere Vertreter des "starken Geschlechts"
beteiligten sich aktiv an der Organisation
und der Vorbereitung des Rahmenprogramms dieser Frauentagung, ein Umstand, der noch nicht selbstverständlich
und deshalb hervorhebenswert ist.

Diesmal waren 59 Teilnehmerinnen, darunter 7 aus dem Ausland, der Einladung gefolgt. Die Tagung wurde durch den Vizepräsidenten der Universität Tübingen, Herm Prof. Maier, eröffnet, auch der Dekan der Mathematischen Fakultät. Herr Prof. Iserentant, ließ es sich nicht nehmen, die Kolleginnen persönlich zu begrüßen. Beide Redner stellten übereinstimmend fest, daß der gute Wille der Universitätsleitung zur Frauenförderung zwar vorhanden sei. die Ergebnisse jedoch noch nicht befriedigen können. Die 7 Fachvorträge waren öffentlich und erfreuten sich auch eines regen Besuchs von Kolleginnen und StudentInnen der Tübinger Universität.

Breiten Raum nahmen wie auf dem ersten Treffen in Schwerte Diskussionen zur Lage der Mathematikerinnen in den alten und neuen Bundesländern und zu Möglichkeiten der Frauenförderung ein. Aus Zeitgründen wurden in vier parallel tagenden Arbeitskreisen zunächst Standpunkte zu folgenden Themen erarbeitet:

 Situation der Wissenschaftlerinnen in den neuen Bundesländern

Stellungnahme zur Situation der Wissenschaftlerinnen in den neuen Bundesländern

verabschiedet von den Teilnehmerinnen der Zweiten Deutschen Mathematikerinnentagung der European Women in Mathematics in Tübingen, 15.-17.4.1993.

Der hohe Frauenanteil in der Arbeitslosenstatistik ist ein großes Problem in den neuen Bundesländern, auch und gerade bei akademisch ausgebildeten Frauen. Nach einer Studie der Projektgruppe Hochschulforschung (Berlin-Karlshorst) standen vor der Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländem einer Hochschulwissenschaftlerin drei männliche Kollegen gegenüber, in westdeutschen Hochschulen waren es sechs. Bezogen auf die Hochschullehrer betrug die Relation Frauen zu Männern im alten Bundesgebiet 1:19, im Beitrittsgebiet dagegen 1:11.

In der gegenwärtigen Praxis der Umstrukturierung ostdeutscher Hochschulen zeichnen sich allerdings Tendenzen ab, die darauf hindeuten, daß auch in dem oben genannten Beispiel daß bessere Verhältnis in den neuen Bundesländern dem schlechteren in den alten Bundesländern angeglichen werden soll, anstatt die Umgestaltung als Chance zu nutzen, die vielzitierte Gleichstellung der Frau durchzusetzen. Die Aussage des sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (CDU) "Wir müssen die Erwerbsquote von Frauen auf ein normales Maß zurückführen" (Wochenpost Nr. 52, 1993), wobei "normal" westdeutsches Maß, in Zahlen ausgedrückt 50,3%, bedeutet, weist jedenfalls darauf hin. Im Klartext heißt dies, alles, was die Frauen in den neuen Bundesländern schon erreicht hatten, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Recht auf Arbeit und selbstverdientes Geld, wird plötzlich zurückgeworfen auf einen längst überwunden geglaubten Zustand. Das Problem besteht aber in der Beschaffung von Arbeitsplätzen. Aus unserer Sicht halten wir die sofortige Umsetzung folgender Forderungen für notwendig:

- 1.Bei notwendigem Personalabbau darf der prozentuale Frauenanteil in allen Statusgruppen nicht verringert werden. 2.Für Wissenschaftlerinnen über 45 Jahre sind geeignete Stellen zu schaffen.
- 3.Die Altersbegrenzung von 52 Jahren für Berufungen sollte in der Phase der Umstrukturierung der Hochschullandschaft außer Kraft gesetzt werden.
- 4.Für Bewerber/innen an Fachhochschulen muß 44 (3) des Hochschulrahmengesetzes verstärkt zur Anwendung gebracht werden.
- 5.Bei der fachlichen Beurteilung im Rahmen von Stellenbesetzungen dürfen sich DDR-spezifische Probleme (z.B. fehlende Auslandsaufenthalte, umfangreicher Anteil an der Lehre der im Mittelbau beschäftigten Frauen) nicht nachteilig auswirken.
- 6.Die laut Gesetz festgelegten Kompetenzen der Gleichstellungsbeauftragten sind in die Tat umzusetzen. Analog zum Personalrat muß der Gleichstellungsbeautragten Kündigungsschutz gewärt werden.
- 7.Die Kinderkrippen und Kindergärten an den Hochschulen der neuen Bundesländer sind unter allen Umständen zu erhalten.

- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Frauenförderprogramme
- Verbesserung des Netzwerkes zur Informationsverbreitung.

Die Ergebnisse aus den Sitzungen der Arbeitskreise wurden am letzten Tag zur Diskussion gestellt bzw. zur Beschlußfassung vorgelegt. Unter anderem kristallisierten sich folgende Problemkreise heraus:

- Für die Frauen aus den neuen Bundesländem bedeutet die jetzige Situation einen gewaltigen Rückschritt in Gleichberechtigungsfragen. Der Abbau von Kinderbetreuungseinrichtungen ist nicht aufzuhalten.
- Durch die Medien wird ein Frauenbild propagiert, in welchem die Berufstätigkeit keinen Platz hat.
- 3. Die Struktur einer akademischen Laufbahn in Deutschland ist für Frauen generell ungünstig. Es gibt kaum Dauerstellen nach der Promotion, die Weiterqualifizierung bis zur Habilitation erfolgt auf der Basis von sehr kurzfristigen Zeitverträgen bzw. Stipendien. Auf Grund der in dieser Phase herrschenden sozialen Unsicherheit ist eine Familiengründung ohne Abstriche von der wissenschaftlichen Arbeit kaum möglich. Nach der Habilitation, die Kandidatin ist dann meistens schon Mitte Dreißig, ist eine Bewerbung auf eine Professur möglich. Er hält die Kandidatin einen Ruf. so ist wegen des Hausberufungsverbotes ein Ortswechsel vorprogrammiert. Aus diesen Bedingungen folgt, daß eine Frau irgendwann die Entscheidung zwischen Wissenschaft und Familie treffen muß. Ein Universitätssystem mit Dauerstellen bereits nach der Promotion und Weiterqualifizierung im Rahmen dieser Stelle, wie es in vielen anderen Ländern besteht (und auch in der ehemaligen DDR bestand), ist für Frauen wesentlich günstiger.
- 4. Für die Nachwuchswissenschaftlerin-

74

nen aus den neuen Bundesländern kommt hinzu, daß sie ihre Laufbahn unter anderen Bedingungen begonnen haben. Die Familiengründung erfolgte relativ früh, Kinder sind in der Regel bei Abschluß der Promotion schon da. Die neuen Prämissen bedeuten für viele, die sich gern weiterqualifizieren möchten, das Ende der wissenschaftlichen Laufbahn.

- 5.Bei der Umstrukturierung der Hochschullandschaft in den neuen Bundesländern sind gerade die Stellen im akademischen Mittelbau stark reduziert worden. Im Rahmen der Stellenüberleitungen und Stellenneubesetzungen wurden überproportional viele Frauen aus den Hochschulen verdrängt. Für ältere Wissenschaftlerinnen, die dabei ihre Stelle verloren haben, bedeutet die Kündigung ein Berufsverbot und bei der jetzigen Arbeitsmarktsituation sogar ein Arbeitsverbot.
- Die Berufungs-und Stellenbesetzungsverfahren sind transparenter zu gestalten. Die/der Gleichstellungsbeauftragte ist an der Auswahlentscheidung zu beteiligen, um Benachteiligungen von Bewerberinnen auszuschließen.
- Auf dem Gebiet der Mathematik sind in den neuen Ländern zur Zeit so gut wie keine Stellen in der Industrie vorhanden.

An den Problemen der ostdeutschen Mathematikerinnen nahmen die Teilnehmerinnen lebhaften Anteil. Dies zeigt eine Stellungnahme, verabschiedet auf der Konferenz, die der Bundesministerin für Frauen und Jugend, den Bundesministern für Bildung und Wissenschaft, für Forschung und Technologie sowie den Wissenschaftsministern der einzelnen Bundesländer zugeleitet wurde. (Siehe nebenstehend.) Antwortschreiben einiger Minister auf selbige Stellungnahme sind schon eingegangen.

Wünschenswert wäre ein Informationsaustausch über Projekte und Aktivitäten zwischen den verschiedenen Frauenvereinigungen, da die anstehenden Probleme sehr ähnlich sind. In diesem Sinne ist auch der vorliegende Beitrag zu verstehen.

Sybille Handrock (Chemnitz)

Die Autorin, Dr. rer. nat. habil., Hochschuldozentin für Mathematik, war bis 31.12.1992 tätig an der Technischen Universität Chemnitz-Zwickau, gekündigt mangels Bedarfs, seitdem arbeitslos.

Bericht zur 5. Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten sächsischer Hochschulen

Vom 26. bis 28. März 1993 fand in Leipzig-Markkleeberg die 5. Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten (GB) sächsischer Hochschulen unter der Thematik "Gleichstellung der Frau - Herausforderung der Einheit" statt. Sie wurde in Zusammenarbeit mit der "Deutschen Gesellschaft e.V." durchgeführt. Etwa 40 Frauen, u.a. GB der Hochschulen, Fachbereiche, Institute und Kliniken, aber auch Interesssierte, nicht nur aus Sachsen, nahmen an der Veranstaltung teil.

Neben den Berichten zur Situation der Frauen an den sächsischen Hochschulen, dem Erfahrungsaustausch auch mit GB aus den alten Bundesländern, stand das bevorstehende Sächsische Hochschulgesetz bereits am Freitag im Mittelpunkt der Diskussion.

Frau Wagner, seit November 1992 GB im Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, ging in ihrem Beitrag auf Probleme und Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den GB sächsischer Hochschulen ein. Sie verwies darauf, daß die Positionen der Senatskommission für Gleichstellung der Universität Leipzig zum zukünftigen Sächsischen Hochschulgesetz durch sie noch rechtzeitig an die entsprechende Kommission weitergeleitet werden konnten. Frau Wagner war sehr am Erfahrungsaustausch mit den GB interessiert und konnte in der Diskussion konkrete Fragen beantworten.

Frau Uhlig, Referentin der Parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Mann und Frau im Freistaat Sachsen, berichtete kurz zu ihrer Arbeit und wies auf Möglichkeiten der Vernetzung der Gleichstellungsarbeit über Sachsen hinaus hin, dabei insbesondere auf die Tätigkeit der Arbeitsgruppe "Frauenförderung in der Wissenschaft" und die Frauenministerkonferenz. Als, aus ihrer Sicht, zentrale Fragen für das Sächsische Hochschulgesetz führte sie Amtsdauer, Rechte und Pflichten der GB sowie deren Ausstattung an und ging auf das Problem der Bestellung oder Wahl der GB ein.

Die kommissarische GB der Universität Leipzig, Frau Doz. Dr. Amold, leitete die Überlegungen zur Fixierung der Gleichstellungsarbeit im Sächsischen Hochschulgesetz aus den konkreten Problemen und Erfahrungen ihrer Tätigkeit ab. Obwohl. wie sie feststellte, der prozentuale Frauenanteil bei den Beschäftigten der Leipziger Universität mit 52% immer noch überdurchschnittlich hoch ist, sind im Gegensatz dazu im Prinzip alle Hochschulgremien überwiegend mit Männem besetzt. So haben Frauen wenig Einflußmöglichkeiten auf Veränderungen. Deshalb ist die rechtliche Untermauerung und Absicherung der Gleichstellung von Frauen im Sächsischen Hochschulgesetz besonders wichtig. Für die Stellungnahme der Landeskonferenz empfahl sie Akzentsetzungen hinsichtlich: der Pflicht der Hochschulen,eine GB zu bestellen; - des Wahlmodus der GB einschließlich der Wahl von Stellvertreterinnen; - der Kompetenz der GB auch auf Fachbereichsebene.

Den Samstag eröffneten Frau Röhl und Frau Monte vom Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung(ZIF) Berlin mit einem Referat zum Thema "Wissenschaftlerinnen im Transformationsprozeß der Hochschulen und Universitäten im Land Brandenburg und Berlin". Mit umfangreichem Zahlenmaterial und in Auswertung von Befragungen gingen sie vor allem zwei Fragestellungen nach:

- Welchen Entwicklungsweg nehmen Wissenschaftlerinnen, die durch Umstrukturierung aus den Hochschulen ausscheiden mußten?
- 2. Wie wird Frauenförderung/die Arbeit der GB bewertet?

Die Ergebnisse der Untersuchungen stellten sich differenziert dar und waren für alle Zuhörer sehr interessant, da solche Analysen in ihren Bundesländern nicht vorliegen.

Anschaulich und praxisnah vermittelte Frau Prof. Pferrer, Frauenbeauftragte an der Fachhochschule Ulm, Erfahrungen zur Frauenförderung am Beispiel einer technisch orientierten Fachhochschule. Sie verwies auf die konkreten Probleme in den einzelnen Statusgruppen und spezifische Förderlösungen, angefangen bei den Studentinnen, deren Anteil in ihrer Hochschule nur 5% der Studierenden umfaßt. U.a. sprach sich Frau Prof Pferrer dafür aus. Studierenden mit kleinen Kindem für eine gewisse Zeit ein Teilzeitstudium zu ermöglichen. An der Fachhochschule befindet sich eine Kinderbetreuungsstätte hauptsächlich für studierende Eltern in Vorbereitung, werden Wochenendseminare und ein monatlicher Stammtisch für Frauen durchgeführt - Veranstaltungen, die auch in der Lokalpresse veröffentlicht werden und Zuspruch finden. Als besondere Hürde für die Entwicklung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses sieht Frau Prof. Pferrer die Berufungskriterien, die u.a. 5 Jahre Berufspraxis (davon 3 Jahre außerhalb der Universität) bei einem bevorzugten Berufungsalter von 35 - 40 Jahren fordern.

Am Nachmittag wurde unter Leitung der Landessprecherin, Frau Dr. Reiche, die Geschäftsordnung der Landeskonferenz diskutiert und beschlossen. In der Geschäftsordnung sind Zusammensetzung, Arbeitsweise, Wahlmodus und die wichtigsten Arbeitsfelder der Landeskonferenz geregelt. Außerdem wurde ein Solidaritätsbrief zugunsten der Frauenbeauftragten in Hamburg verfaßt, die wegen unzureichender Arbeitsmöglichkeiten im Februar 1993 zurückgetreten waren.

Wichtigstes Ergebnis der Landeskonferenz war die Verabschiedung einer Stellungnahme zum Entwurf des Sächsischen Hochschulgesetzes vom 13.3.93 (s. Anlage). Die Stellungnahme wurde den Politikern übergeben, und die inhaltlichen Positionen wurden in das "Hochschulpolitische Forum zu frauenspezifischen Gesichtspunkten im bevorstehenden Sächsischen Hochschulgesetz" am Samstagabend eingebracht. Frau Böhme vom StudentInnenrat der Universität Leipzig ging in ihrem Beitrag auf "Formen der Interessenwahrnehmung von Studentinnen durch Studentinnen" ein. Sie betrachtete dies sowohl rückblickend als auch in Hinsicht auf die Möglichkeiten, Aufgaben und Probleme, die sich aus den jetzigen Strukturen ergeben. Frau Böhme ist selbst Mitglied der Seanatskommission für Gleichstellungsfragen und arbeitet in dieser Eigenschaft auch in der Vergabekommission der Universität mit. Seit der Gründung im Herbst vergangenen Jahres wirkt sie im

Referat für Frauen- und Lesbenpolitik- und kultur des StudentInnenrats mit, das Veranstaltungen nicht nur für Frauen organisiert. So existieren bereits vielfältige Ebenen, um die Frauenproblematik ständig in die Hochschulöffentlichkeit zu bringen, v.a. mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen für Studentinnen zu verbessem.

Herr Prof. Förster (MdL, SPD), Frau A. Pfleger (in Vertretung für Dr. Weber MdL, Bündnis 90/Grüne), Herr Prof. Porsch (MdL, PDS) und Herr Dr. Rößler (MdL, CDU) waren der Einladung zur Diskussion mit den Hochschul-Frauen am Samstagabend gefolgt, die sich lebhaft und kontrovers gestaltete.

Die Konferenz klang am Sonntag - schon traditionell - mit Beiträgen zur Frauenforschung aus, deren Förderung ein wichtiges Anliegen der Hochschulgleichstellungsbeauftragten ist. Die beiden Referentinnen, Frau Dr. habil. Nagelschmidt und die Forschungsstudentin A. Schmidt kommen beide vom Bereich Germanistik der Leipziger Universität. Für ihr Thema "Frauenforschung in Sachsen - zwischen allen Stühlen" wählte Frau Dr. Nagelschmidt einen historischen Einstieg. Sie ging davon aus, daß Frauenforschung bereits an Hochschulen der DDR, auch von Männern, betrieben wurde, aber es war keine

geförderte Forschung. Sie belegte das an verschiedenen Beispielen. In einem zweiten Schwerpunkt skizzierte Frau Dr. Nagelschmidt kurz die Entwicklung der Frauenforschung in den alten Bundesländern. An beide Entwicklungslinien knüpft die heutige Frauen- und Geschlechterforschung in Sachsen an, die aber überwiegend im außeruniversitären Bereich angesiedelt ist. Die Notwendigkeit der heutigen Frauenforschung sieht Frau Dr. Nagelschmidt in Verbindung mit der Tatsache, daß heute 65% der Arbeitslosen in Sachsen Frauen sind. Sie leitete Aufgaben für die Frauenforschung v.a. für die Germanistik ab.

Daran anknüpfend stellte Frau Schmidt in ihrem Referat "Frauenforschung in der Linguistik" Untersuchungen zum geschlechterspezifischen Kommunikationsverhalten vor. Als linguistische Aspekte führte sie besonders Sprachsystem, Sprachgebrauch sowie Sprechverhalten an und illustrierte das mit vielen Beispielen. Die ausführlichen Konferenzbeiträge werden durch die Landessprecherin in einem Protokollband zusammengestellt.

Petra Pietzsch (Leipzig) Die Autorin , Dr. phil., ist Referentin im Gleichstellungsreferat der Universität Leipzia

Frauenforschung in Sachsen Erster Teil der Auswahlbibliographie beendet

Über die Notwendigkeit der Frauenforschung zu sprechen, hieße Eulen nach Athen tragen zu tragen. Gleich wie sie im hellen Tageslicht kaum etwas sehen, blieb auch für mich zu Anfang unserer gemeinsamen Suche nach dem bislang Unbekannten - Geschlechtsspezifik und Frauenforschung - die Einsicht in diesen Wis-

senschaftszweig im dunkeln. Aber wie heißt es so schön: Vor den Erfolg haben die Götter den Schweiß gesetzt. Also machten wir vier Frauen der Koordinierungsstelle Frauenforschung am Referat Gleichstellung der TU Dresden uns im Frühsommer vergangenen Jahres auf die beschwerliche Suche und den langen Weg der Erkenntnis - Frauenforschung in Sachsen.

Es war nicht ehen viel, was wir da, offensightlich dieser Thematik zuzuordnen, finden konnten. Offenkundig war für uns nur. daß wir schnell mit unseren Recherchen beginnen mußten, ehe so manche Wissenschaftlerin nicht mehr erreichbar, so manche Arbeit nicht mehr auffindbar war. -Wendezeit. Abwicklung der WissenschaftlerInnen. Reißwolf fürs Papier und viel, viel graue Literatur, die aufzuspüren war - das alles schwebte über uns wie ein Damoklesschwert. Aber wir hatten uns ia vorgenommen, eine Publikation über Frauen und geschlechtsspezifische Forschung herauszugeben, was störte uns da das Schwert eines Mannes

Nunmehr liegt der erste Teil unserer Auswahlbibliographie vor. Umfangreicher als erwartet, gibt er eine Übersicht und widerspiegelt Tendenzen in den Bereichen: Frauen im Umbruch, Kunst- und Kulturwissenschaften, Linguistik und Journalistik, Pädagogik und Psychologie sowie Theologie. Wir schätzen ein, daß wir dank der Hilfe und des Engagements vieler sächsischer FrauenforscherInnen, auch aus autonomen Verbänden und Vereinen und

78

ebenso aus den alten Bundesländern, eine Publikation vorlegen können, die Ansätze und Ergebnisse frauen- und geschlechtsspezifischer Forschung verdeutlicht und zur weiteren Arbeit auf diesem Gebiet anregen kann und soll. Die Dokumentation kann ab Ende Mai in unserer Bibliothek eingesehen werden.

Wir haben nun, mit einiger Erfahrung der letzten Monate, den zweiten Teil der Bibliographie begonnen. Hier werden wir insbesondere die Bereiche Geschichte. Medizin. Naturwissenschaft und Technik. Rechtswissenschaften und Soziologie aufarbeiten. Auf aktuelle Ergänzungen zu Teil I wollen und werden wir aber keinesfalls verzichten. Wir sind deshalb sehr dankbar für Hinweise zu Quellen, für Kritiken und Anregungen. Uns nun mittlerweile an die noch relative Dunkelheit auf dem Gebiet der Frauenforschung in den neuen Bundesländern gewöhnend, freuen wir uns über ieden Lichtstrahl und wollen gern dazu beitragen, es Tag werden zu lassen.

Maria Grünler (Dresden)
Koordinierungsstelle Frauenforschung
an der TU Dresden

(aus: Dresdner Universitäts-Journal 9/93)

DOKUMENTATION

Vom 2. bis 6. Juni 1993 tagte in Bonn der studentische Bildungsgipfel. Wir drucken im folgenden die abschließend verabschiedeten "Zwölf Punkte". Eine ausführliche Dokumentation, u.a. mit dem "Grundlagenpapier des studentischen Bildungsgipfels" kann gegen eine Schutzgebühr von 7,50 DM bezogen werden bei der Geschäftsstelle der Freien Konferenz der StudentInnenschaften an Fachhochschulen FKS, Reuterstr. 44, W - 5300 Bonn 1.

Zwölf Punkte des studentischen Bildungsgipfels zur Reformierung der Hochschulen

Die folgenden Punkte fassen das Grundlagenpapier zusammen, erheben aber ebenso wie dieses keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit oder Endgültigkeit. Da sie eine starke Verkürzung darstellen, können sie die Lektüre des Grundlagenpapiers nicht ersetzen.

- 1. Frauen werden (auch) an Hochschulen diskriminiert. Dem muß endlich mit wirkungsvollen Sanktionen entgegengetreten werden. Die tatsächliche Gleichstellung der Frauen an Hochschulen ist unter anderem durch konsequente Förderung und Verankerung von feministischen Forschungs- und Lehrinhalten, die bevorzugte Einstellung von Frauen auf allen Hierarchiestufen im Hochschulbereich, sowie einem Vetorecht für Frauenvertreterinnen in allen Gremien zu verwirklichen. Ziel ist, die patriarchalen Strukturen, die nicht nur Frauen unterdrücken, in den Hochschulen sowie in der Gesellschaft abzuschaffen.
- 2. Die Diskriminierung von Minderheiten auch an den Hochschulen ist zu bekämpfen. Insbesondere ausländische Studierende leiden unter Rassismus und Fremdenhaß, der sich auch in Gesetzen und Vorschriften äußert. Die soziale und politische Gleichstellung für alle muß erreicht werden.
- 3. Hochschule und Gesellschaft müssen ökologisiert werden. Dies umfaßt einerseits ein Verständnis der Hochschule als ökologisch-soziales System und andererseits die Integration der Umweltproblematik in Forschung und Lehre.

- 4. Bildung ist mehr als Ausbildung. Sie soll zu einem selbstbestimmten Leben befähigen. Dadurch ermöglicht sie Kritikfähikeit und Verantwortungsbewußtsein. Die Hochschulen erfüllen diesen Anspruch derzeit nicht.
- 5. Deshalb sehen auch die Studierenden die Notwendigkeit einer Hochschulreform, beurteilen aber die offiziellen Reformvorhaben als Schritte in die falsche Richtung. Die Studierenden müssen an der Entwicklung von Hochschulreformplänen und an der Entscheidung über diese Vorschläge auf allen Ebenen paritätisch beteiligt werden.
- 6. Der Hochschulzugang darf nicht von den Erfordernissen des Arbeitsmarktes abhängig gemacht werden. Bildung ist ein Recht für alle, das gewährleistet werden muß. Der "Öffentlichkeitsbeschluß" von 1977 muß daher konsequent umgesetzt werden. Eine notwendige Voraussetzung dafür ist der verstärkte Aufbau der Hochschulen und eine deutliche Erhöhung der Mittelzuwendung.
- 7. Wir lehnen eine Zweiteilung des Studiums in ein berufsqualifizierendes Massenstudium und ein wissenschaftliches Elitestudium ab, da dies unserem Bildungsanspruch entgegensteht.
- 8. Die undemokratischen Strukturen an den Hochschulen müssen durch ein paritätisches Mitbestimmungsmodell ersetzt werden. Die verfaßte Studierendenschaft mit Satzungs- und Finanzierungsautonomie, Pflichtmitgliedschaft und umfassenden politischen Mandat ist einzuführen. Entscheidungen im Bereich der Forschung und Lehre müssen transparent sein und der gesellschaftlichen Kritik zugänglich gemacht werden.
- 9. Lehr- und Forschungsinhalte müssen auf die Lösung drängender gesellschaftlicher Probleme ausgerichtet werden. Sie dürfen nicht von ökonomischen Verwertungsinteressen dominiert werden. Ziel des Studiums muß es sein, Handlungs- und Kritikfähigkeit mit Solidarität und Verantwortungsbewußtsein zu verbinden. Dazu sind interdisziplinäre Lehr-, Lem- und Forschungsformen notwendig.
- 10.Die Lehr- und Lernformen wie auch die Inhalte müssen von den Studierenden mitgestaltet und mitbestimmt werden. Prüfungen müssen weitgehend abgebaut und durch freiwillie Selbstkontrollen, Orientierungshilfen und eine individuelle Betreuung der Studierenden ersetzt werden. Die Studienorganisation muß der Eigenverantwortung der Studierenden überlassen bleiben.
- 11.Das differenzierende Hochschulsystem ist zugunsten der integrierten Gesamthochschule aufzulösen, in der Theorie und Praxis sinnvoll miteinander verbunden werden.
- 12. Chancengleichheit im Bildungsbereich darf nicht weiter durch einen sozialen NC untergraben werden. Deshalb ist es ein vordringliches Ziel, allen Studierenden eine soziale Absicherung zu gewährleisten.

Kultusministerkonferenz, Beschluß der Tagung am 7./8. Mai 1993 in Greifswald:

Vereinbarung über die Anerkennung und Zuordnung der Lehrerausbildungsgänge der ehemaligen DDR

"Im Zuge der weiteren Verwirklichung der Einheit Deutschlands" haben die Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder auf ihrer 263. Plenarsitzung eine Vereinbarung über die Anerkennung und Zuordnung der Lehrerausbildungsgänge der ehemaligen DDR zu herkömmlichen Laufbahnen getroffen. Die Ministerinnen und Minister haben damit den Auftrag aus Art. 37 Abs. 2 des Einigungsvertrages erfüllt, eine Regelung zur Überführung der Lehrkräfte in den neuen Ländern mit den bisherigen (DDR-)Lehrbefähigungen nach den Kriterien der Kultusministerkonferenz herbeizuführen.

Die Kultusministerkonferenz beschloß, daß das Präsidium der Kultusministerkonferenz dem Bundesminister des Innem die Vereinbarung übergeben soll, um sich persönlich für die Realisierung der KMK-Vereinbarung einzusetzen und dabei zugleich ihre Bedeutung für die neuen Länder zu unterstreichen. Für die Umsetzung der Vereinbarung müssen die entsprechenden Änderungen des Beamtenrechts, insbesondere des Laufbahnrechts, des Besoldungsrechts und des Besoldungsübergangsrechts sowie des Tarifrechts vorgenommen werden.

Die beschlossene Vereinbarung schafft die Voraussetzungen für Lehrerinnen und Lehrer, die ihre Lehrerausbildung in der ehemaligen DDR erhalten haben und in den neuen Ländem als Lehrer tätig sind, in das Beamtenverhältnis übernommen und dauerhaft in das System der Bundesbesoldungsordnung eingeordnet zu werden. Für Lehrer, die im Angestelltenverhältnis verbleiben, werden zugleich entsprechende tarifliche Eingruppierungen ermöglicht. Die vorläufige Lehrervergütung in den neuen Ländern in Anlehnung an die Besoldungs-Übergangsverordnung kann nunmehr für die genannten Lehrergruppen durch eine endgültige Regelung ersetzt werden. Für die Lehrer, die ihre Ausbildung in den neuen Ländern bereits nach neuem Recht erhalten (haben), hatte die Kultusministerkonferenz bereits am 25./26.6.1992 eine Anerkennungsvereinbarung beschlossen.

Im einzelnen wird durch die vom 263. Plenum der KMK verabschiedete Vereinbarung folgendes festgelegt:

- Die Lehrerausbildungsgänge der ehemaligen DDR werden den in den Ländern geltenden Laufbahnen oder den jeweiligen rechtlichen Regelungen entsprechend einer der Vereinbarung beigefügten Anlage (Übersicht über die in der ehemaligen DDR erworbenen Abschlüsse bzw. Befähigungen im Lehrerbereich) zugeordnet. Die Zuordnung gilt für Lehrkräfte, die ihre Ausbildung in der ehemaligen DDR abgeschlossen haben und in den neuen Ländern bzw. in Berlin tätig sind.
- Der Vorbereitungsdienst und die Zweite Staatsprüfung werden für die Lehrkräfte mit einer in der ehemaligen DDR erworbenen Lehrbefähigung für das Gebiet der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen durch die Bewährung in der Tätigkeit als Lehrerin bzw. als Lehrer ersetzt.

Die in diesem Rahmen notwendigen Feststellungen erfolgen nach Landesrecht. Für eine Bewährungsfeststellung kommen aber nur Bewerber in Frage, die

- a) die allgemeinen beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen (einschl. Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grund ordnung),
- eine Prüfung im Sinne der Einreihung in der 2. BesÜV abgelegt haben (hierzu gehören z.B. nicht Diplomlehrer mit einem Fach Staatsbürgerkunde, deren Examen nach dem Wegfall dieses Unterrichtsfaches nicht mehr als ausreichend zu betrachten ist),
- c) eine mindestens einen Zeitraum von drei bzw. vier Jahren insgesamt umfassende Bewährungszeit ("Verordnung über die Bewährungsanforderungen für die Einstellung von Bewerbern aus der öffentlichen Verwaltung im Beitrittsgebiet in ein Bundesbeamtenverhältnis" vom 09.01.1991) erfüllt haben (dabei soll wegen der schulischen Neuorganisation mindestens sechs Monate der Bewährung ab Schuljahresbeginn 1991/92 zurückgelegt werden),
- d) bis zum Ablauf der Bewährungszeit noch nicht das 50. Lebensjahr vollendet haben."

Die Zuordnung entsprechend der Anlage wird auch einer gegenseitigen Anerkennung unter den Ländern - insbesondere im Rahmen des Lehreraustauschverfahrens - zugrunde gelegt.

Die Übernahme in den Dienst eines anderen Landes der Bundesrepublik kann von dem Nachweis von Ausgleichsmaßnahmen nach Maßgabe des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 05.10.1990 über die "Gegenseitige Anerkennung von Lehramtsprüfungen und Lehramtsbefähigungen" (dem zwischenzeitlich auch die neuen Länder beigetreten sind) abhängig gemacht werden. Dabei wird von einem Vorbereitungsdienst und einer zweiten Staatsprüfung abgesehen.

Für Lehrkräfte, die nicht von dieser Vereinbarung erfaßt sind, werden Anerkennung bzw. Übernahme nach einer materiellen Überprüfung der Gleichwertigkeit der Abschlüsse im Einzelfall entschieden.

Der Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 05.10.1990 über "Vorläufige Grundsätze zur Anerkennung von auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erworbenen Lehramtsbefähigungen" bleibt weiterhin anwendbar auf Lehrkräfte, die nicht oder nicht mehr in den Schulen der neuen Länder tätig sind.

Kultusministerkonferenz, Beschluß der Tagung am 7./8. Mai 1993 in Greifswald:

Feststellung der Gleichwertigkeit von Fachschulabschlüssen der ehemaligen DDR

Die Kultusministerkonferenz hat auf ihrer 263. Plenarsitzung nunmehr auch für den Fachschulbereich eine Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen im Sinne des Art. 37 Abs. 1 des Einigungsvertrages beschlossen. Der Beschluß schließt sich

an den Beschluß der Kultusministerkonferenz zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen der ehemaligen DDR im Hochschulbereich vom 1./11.10.1991 i.d.F. vom 26./27.3.1992 an, dessen allgemeine Grundsätze er übernimmt.

Art. 37 Abs. 1 des Einigungsvertrages bestimmt, daß die im Gebiet der DDR und die in den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) abgelegten Prüfungen und Befähigungsnachweise einander gleichstehen und die gleichen Berechtigungen verleihen, wenn sie gleichwertig sind. Auf dieser Grundlage hat die Kultusministerkonferenz mit ihrem Beschluß eine Bewertung der in der ehemaligen DDR an staatlichen und staatlich anerkannten Fachschulen erworbenen Abschlüsse sowie der dem Fachschulbereich zuzuordnenden Abschlüsse kirchlicher Ausbildungseinrichtungen (soweit nicht in den Beschlüssen der KMK zu Abschlüssen in Erzieherberufen erfaßt) vorgenommen. Einbezogen in die Bewertung sind die in der ehemaligen DDR bis zum Beitritt zur Bundesrepublik und die während der nachfolgenden Übergangsphase vor der Umstellung der Ausbildungssysteme in den neuen Ländern erworbenen bzw. noch bis Ende 1991 zu erwerbenden Abschlüsse. Für diese Abschlüsse soll der Beschluß bei der Gleichwertigkeitsfeststellung eine einheitliche Bewertungspraxis sicherstellen. Der Beschluß erstreckt sich nicht auf die in der Bundesrepublik Deutschland staatlichen Prüfungsordnungen unterliegenden Abschlüsse, für die nach dem Einigungsvertrag oder anderen rechtlichen Vorschriften besondere Regelungen gelten.

Die Kultusministerkonferenz hat sich bei der Gleichwertigkeit - wie schon im Hochschulbereich - auch hier von dem mit dem Einigungsvertrag verfolgten Ziel uneingeschränkter Freizügigkeit auf der Grundlage absoluter Chancengleichheit für alle Deutschen im gesamten deutschen Staatsgebiet leiten lassen. Maßstab für die Bewertung der Abschlüsse war daher der der bisherigen Bewertungspraxis des Pädagogischen Zentrums Berlin zugrunde liegende Eingliederungsgedanke sowie die Erwägung, daß an die in der ehemaligen DDR erworbenen Abschlüsse keine höheren Anforderungen gestellt werden sollen als dies im internationalen, insbesondere europäischen Bereich der Fall ist. Die Bewertung soll dazu beigetragen, den deutsch-deutschen Integrationsprozeß zu fördern und zu erleichtern.

Wie es in dem Beschluß weiter heißt, war entsprechend dem Eingliederungsgedanken ein großzügiger Maßstab anzulegen. Unter diesen Voraussetzungen sei es gerechtfertigt, in einer großen Zahl von Fachrichtungen trotz der in der DDR generell vorherrschenden stärkeren berufsbezogenen Spezialisierung die Gleichwertigkeit der Abschlüsse (mit Fach- oder Berufsfachschulabschlüssen der alten Länder) im Sinne des Art. 37 Einigungsvertrag festzustellen.

In Ausbildungsgängen, die in besonderer Weise auf das Wirtschafts- und Gesellschafts- system der DDR ausgerichtet waren, seien dagegen systembedingt die Unterschiede so groß, daß auch bei großzügiger Betrachtungsweise eine hinreichende materielle Entsprechung der Ausbildungen mit vergleichbaren Studiengängen in den westlichen Ländern in der Regel nicht mehr gegeben sei. In diesen Fällen könne lediglich Niveaugleichheit, nicht aber Gleichwertigkeit im Sinne des Art. 37 Einigungsvertrag festgestellt werden. Der Beschluß nennt hier insbesondere Bildungsgänge für Wirtschaft, Verwaltung und Recht, die dem Fachschulbereich zuzuordnen sind. Personen mit diesen Abschlüssen können den Abschluß einer Fachschule oder Berufsfachschule nach den

entsprechenden Rahmenvereinbarungen der KMK nur mit einer Zusatzausbildung mit staatlicher Abschlußprüfung erhalten. Unabhängig davon besteht u.U. die Möglichkeit, durch Teilnahme an Zusatzausbildungen eine dem Fachhochschulabschluß entsprechende Qualifikation zu erwerben.

Weiter wird in dem Beschluß darauf hingewiesen, daß die vorliegende Bewertung sich nur auf die berufliche Ausbildung beziehe, nicht aber auf Hochschulzugangsberechtigungen, für die auf die einschlägigen Beschlüsse der KMK verwiesen wird.

Die Zuständigkeit für die Gleichwertigkeitsfeststellung soll durch ein Länderabkommen geregelt werden, für das die Konferenz einen Entwurf verabschiedete. Über die Feststellung der Gleichwertig entscheidet danach jeweils der zuständige Minister desjenigen Landes, in dem die Bildungseinrichtung liegt bzw. lag, die den jeweiligen Abschluß vergeben hat. Das gilt auch für die Fälle, die aufgrund der Vielgestaltigkeit des Bildungswesens der ehemaligen DDR nicht in den bisherigen Beschlüssen der KMK erfaßt sind.

Die Bundeswehr und der Tag der offenen Tür der TU Ilmenau

Was hat das miteinander zu tun? Fragte ich mich bis jetzt auch. Die Antwort darauf brachte der diesjährige Tag der offenen Tür am 8. April.

An diesem Tag besuchen alljährlich potentielle Studenten unsere Uni, um sich über das Studienangebot und das kulturelle Umfeld zu informieren. Dieses Mal hatten die Organisatoren jedoch eine ganz besondere Überraschung parat. Kam man nach der Besichtigung der Bereiche zum Mittag in die Mensa, sah man direkt am Eingang unter schmuckvollen Tafeln der Uni einen Angehörigen der Bundeswehr mit Info-Materialien für eine eventuelle Offizierslaufbahn stehen. Toller Eindruck! Wäre ich einer dieser jungen Leute gewesen - ich hätte wohl auf dem Absatz kehrt gemacht. Die die trotzdem in die Mensa kamen, fragten am Nachmittag besorgt, wie das denn wäre mit der Armee. Kann ich aus dem Studium herausgerissen werden? Muß ich etwa immer noch zur Reserve während des Studiums? Darauf hatte der Herr von der Bundeswehr wohl keine Antworten oder wurde gar nicht gefragt. Stattdessen verteilte er Werbebroschüren, bei deren Anblick ich mir Gedanken an alte Zeiten nicht verkneifen kann. Außerdem kann es wohl nicht Sinn und Zweck dieses Tages sein, für eine Bundeswehrhochschule Werbung zu machen (so plump diese auch sein mag). Jeder weiß, wie notwendig steigende Studentenzahlen für uns sind.

Der ansonsten sehr erfolgreiche Verlauf des Tages der offenen Tür erhielt so einen bitteren Wermutstropfen. Bleibt zu hoffen, daß sich unsere Uni im nächsten Jahr in dieser Beziehung in einem besseren Licht zeigt und die zukünftigen Studenten nicht verschreckt nach Hause fahren und damit Ilmenau für immer den Rücken kehren.

Kay Gastinger (Ilmenau) (aus: tui. Ilmenauer Uni-Nachrichten 6/93)

Stellungnahme der Humboldt-Universität zum Berliner Hochschulstrukturplan 1993 - Beschluß des Akademischen Senats vom 1.6.1993 -

Teil A: Hochschulpolitische Leitlinien

Im vorliegenden Entwurf des Hochschulstrukturplanes stellt die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung vor allem ihre quantitativen Rahmenplanungen für die Entwicklung der Wissenschaftslandschaft Berlin vor, ohne jedoch wirklich Prognosen und Leitlinien für die Wissenschaftsentwicklung zu geben. Insbesondere sind die intensiven Bemühungen der von der Senatsverwaltung eingesetzten LHSK um zukunftsweisende Schwerpunktsetzung in der Berliner Bildungs- und Wissenschaftspolitik nur sehr unzureichend berücksichtigt. Die Humboldt-Universität lehnt Vorstellungen entschieden ab, aus diesen Rahmendaten unmittelbar Gesetzeskraft abzuleiten oder der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung mit den Eckwerten Verordnungsermächtigungen übertragen zu wollen. Erforderlich ist - unbeschadet der Eigenverantwortung der Institutionen - die Schaffung eines über die einzelne Einrichtung hinausgehenden Instrumentariums für längerfristige Planungen.

Ein entschiedener Mangel des vorliegenden Hochschulstrukturplanes ist das Nichteingehen auf die faktisch bestehenden Probleme der "Überlast" von FU und TU sowie des Gesamtkomplexes der Probleme der Humboldt-Universität. Das Ignorieren könnte weiterhin schwerwiegende Folgen für die Berliner Hochschulen haben und Reformansätze im Keime ersticken. Weiterhin mißachtet der vorliegende Hochschulstrukturplan die Bildungsbeteiligung in Berlin und in der Bundesrepublik insgesamt. Seine Rahmendaten sind oft nicht nachvollziehbar, und die fehlenden bildungspolitischen Konzeptionen können nur entwicklungshemmend auf die Perspektiven der Berliner Hochschullandschaft wirken. Der Entwurf des Planes bietet den Hochschulen sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Sicht keine Planungssicherheit und könnte ihre Reformbestrebungen substantiell beeinträchtigen.

Der beabsichtigte Abbau von Studienplätzen wird abgelehnt. Er orientiert sich an einem quantitativen Vergleich der Hochschullandschaft in anderen Bundesländern. Damit ignoriert diese Vorgabe die vorrangig intellektuellen Funktionen von Hochschulen, wie sie die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland und zugleich eine Metropole Europas existentiell sind.

Die Humboldt-Universität erkennt die Notwendigkeit, mit Hilfe eines Hochschulstrukturplanes die Neuordnung der Wissenschaftslandschaft Berlin fördern zu wollen. Für ihre eigene Rolle in diesem Prozeß erkennt die Humboldt-Universität folgende Prämissen an:

Die Universitäten müssen grundsätzlich ein breites Fächerspektrum anbieten, jedoch zugleich ihre Spezialisierungen sowie Schwerpunktsetzungen bestimmen und somit eine Spezifik der einzelnen Einrichtung schaffen. Unvermeidlich werden Konzentrationen und damit verbunden Standortentscheidungen für "Kleine Fächer" sein. Es ist aber auch angesichts der sich ausdifferenzierenden "großen" Disziplinen zu erwarten, daß sich an den einzelnen Universitäten zunehmend alternative Spezialisierungen entwickeln werden. Die Humboldt-Universität sieht diese Entwicklung und wird sich ihr stellen.

Spezialisierungen und besonders attraktive Angebote sollen auch einem breiten Kreis von Interessenten geöffnet werden. Damit ist ein Zusammenwirken der Hochschuleinrichtungen in Forschung und insbesondere in der Lehre erforderlich. Wenn bestimmte Schwerpunktsetzungen eines Faches nur an einer Hochschuleinrichtung in Berlin angeboten werden, müssen die Studierenden die Möglichkeit erhalten, diese Angebote auch förmlich abschlußrelevant nutzen zu können. Gleichzeitig muß für die anbietende Hochschule eine Kapazitätsanrechnung erfolgen.

Die Humboldt-Universität vermißt im vorgelegten Hochschulstrukturplan eine Reflexion ihrer Entwicklung der letzten drei Jahre. Die Beschreibung der Ausgangslage muß durch eine Beschreibung der Veränderungen ergänzt werden, die sich an der Humboldt-Universität in den letzten drei Jahren vollzogen haben:

In der Humboldt-Universität sind seit 1990 - teilweise gegen den Willen der Universität bereits erhebliche, die Ausbildungskapazität reduzierende Einschnitte erfolgt. Diese betreffeen folgende Studiengänge:

DURCH ABWICKLUNG: Kriminalistik, Maschinenbau/ Verfahrenstechnik, Wissenschaftstheorie und -organisation

DURCH FUSIONEN: Lebensmittelchemie, Lebensmitteltechnologie, Veterinärmedizin, Wirtschaftsingenieurwesen/ Lebensmittelindustrie

DURCH ENTSCHEIDUNGEN DES BERLINER SENATS IM AUGUST 1992: Elektrotechnik, Lehramt Kunst, Lehramt Musik

DURCHPLANUNGEN DER STRUKTUR- UND BERUFUNGSKOMMISSIONEN: Meteorologie, Sozialtherapie.

Folgende Studiengänge sind weiterhin eingestellt worden oder sollen eingestellt werden: Anglokanadistik, Biochemie, Iranistik, Klassische Indologie, Kristallographie, Moderne indische Sprachen, Moderne Indienstudien, Moderne Chinastudien, Moderne Vorderasienstudien, Neugriechisch, Niederlandistik, Ökonomie Ostasiens/Südasiens/Südostasiens/Westasiens, Turkologie, Übersetzungstheorie asiatischer Sprachen.

Die Entscheidung des Senats von Berlin am 22.10.1991 (Beschluß 852/91) hat für die Humboldt-Universität Rahmenvorgaben gesetzt, die im Beschluß A 005/92 des Kuratoriums der Humboldt-Universität modifiziert wurden. Gegenwärtig erfolgt durch Berufungen, Überleitungen und Kündigungen die Anpassung an die beschlossenen Personalzahlen. Seit dem Jahre 1990 hat es erhebliche Reduzierungen im Personal der Hochschule gegeben:

Hochschulbereich (ohne Charité)				
	Sept. 1990	März 1993	Soll	
Professorinnen und Professoren	681	463	505	
Mittelbau	2590	1386	1137	
Sonstiges Personal	3211	1920	2154	
Gesamt	6476	3769	3796	

hochschule ost juli 1993

Charité (ohne Zahnmedizin, Zentren, Unikate)				
	Sept. 1990	März 1993	Soll	
Professorinnen und Professoren Mittelbau Sonstiges Personal	117 1347 4303	85 1073 3600	108 757 3483	
Gesamt	5767	4758	4348	

Die Humboldt-Universität hegt die Befürchtung, daß die Anpassung an die vom Senatsbeschluß 852/91 vorgegebene Peronalausstattung zu einer zunehmenden Verschlechterung der Betreuungsrelation führen wird. Verbunden mit dem Abwandem von erfahrenem Lehrpersonal des Mittelbaus könnte dies zu einem Sinken der Ausbildungsqualität führen. die Studienzeiten verlängern und dadurch die Zahl der Studierenden erhöhen.

Die Bedeutung des Mittelbaus sollte nicht nur in seiner Funktion als Basis für die Entwicklung zukünftiger Hochschullehrer gesehen werden. Für unbefristet tätige Mitarbeiter ist die auf Forschung basierende Lehre und Betreuung der Studierenden das Haupttätigkeitsgebiet. Um Forschung, Lehre und Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses gleichrangig zu entwickeln, ist daher ein Verhältnis von unbefristeten zu befristet tätigen akademischen Mitarbeitern von 1:1 anzustreben.

Die im Senatsbeschluß 852/91 festgelegte Personalausstattung der Humboldt-Universität kann trotz intensiver Umorganisation mittel- und langfristig in einer Reihe von Fachbereichen weder die Breite des Fächerspektrums noch ein anspruchsvolles Niveau in Lehre und Forschung sichern. Sie kann allenfalls als Minimalausstattung gelten, um die bereits reduzierte Breite des Fächerspektrums notdürftig abzudecken. Künftige "Überlastungsprobleme" sind noch nicht abzusehen. Eine Möglichkeit, ihnen entgegenzuwirken, ist die von der Humboldt-Universität für Fachbereiche mit beträchtlichen Lehrverpflichtungen angestrebte Umwandlung von Stellen für sonstige Mitarbeiter in Stellen für Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben.

Planungssicherheit ist eine elementare Voraussetzung für Neustrukturierung. Nur wenn die Hochschulen in die Lage versetzt werden, durch eigene und gemeinsame Entscheidungen bewußt Schwerpunkte zu setzen, kann eine sinnvolle Strukturierung erfolgen. Dies erfordert, den Universitäten das Recht auf Entscheidungen nicht nur allgemein zuzugestehen, sondern dieses Recht praktisch zu respektieren.

Völlig unzureichend sind die Aussagen des Hochschulstrukturplanes zur Frauenförderung und Frauenforschung im Teil G.V. Die Humboldt-Universität sieht eine überdurchschnittliche Kürzung der Studienplätze in den geisteswissenschaftlichen Fächem in Berlin als problematisch an, da das Studienplatzangebot für Studienanfängerinnen eingeschränkt wird. Das bisher in Berlin vorhandene Fächerspektrum und die starke Studienwilligkeit der Ost-Abiturientinnen ermöglichten eine sprunghafte Verbesserung der Studienbeteiligung von Frauen nach 1990 (49,5% - Berlin, 41,6% - Bund). Diese Tendenz soll weiterhin unterstützt werden. Die Humboldt-Universität unterstützt die Vorschläge der LHSK, Studienplätze in zulassungsbegrenzten Studiengängen entsprechend dem Bewerberinnenanteil zu vergeben. Dies kann ein erster Schritt sein, um den Anteil der Frauen auf Promotions, Habilitations- und Funktionsstellen zu erhöhen. Dies würde dann auch zu Konsequenzen in der Berufungspolitik führen, um die deutliche Erhöhung des Anteils der Professorinnen zu erreichen. An den Hochschulen soll Forschung und Lehre im Sinn von "gender studies" etabliert werden. Frauenförderprogramme, insbesondere HEP, sind auf spezifische Schwerpunkte der Frauenförderung in den östlichen Bundesländern zu präszisieren und auszubauen.

Teil C: Neustrukturierung der Berliner Hochschullandschaft: Konzeption - Maßnahmen - Umsetzung

C.I.1. Beschluß der Gesamtberliner Landesregierung

Teil der Beschlüsse der Gesamtberliner Landesregierung vom 18. und 22. Dezember 1990 war die Abwicklung von fünf Kembereichen der Humboldt-Universität. Wie die Erfahrungen beim Neuaufbau der Bereiche auch im Vergleich zu anderen ostdeutschen Hochschulen zeigen, hat die erfolgreiche Klage der Humboldt-Universität den Neuaufbau gefördert. Die Erneuerung war, wie auch der Hochschul-strukturplan bezüglich der Rechtswissenschaft indirekt ausführt, dort am erfolgreichsten, wo Angehörige der Humboldt-Universität und Auswärtige gemeinsam und kooperativ gearbeitet haben.

C.I.6. Hochschulpersonal-Übernahmegesetz

Angesichts des für FU und TU angesetzten Zeithorizonts von 12 Jahren für den Stellenabbau und der Einbeziehung von kw-Stellen in die Sparauflagen werden die Härten des Hochschulpersonalübernahmegesetzes für die positiv evaluierten Wissenschaftler der Humboldt-Universität besonders deutlich. Eine teilweise Entfristung des Überhangs erscheint deshalb notwendig und gerechtfertigt.

C.VI.11. Philosophie

Nach ihrer Tradition ist der Bereich Philosophie für das Profil der Humboldt-Universität von besonderer Bedeutung. Es gilt, die bereits angelegten Möglichkeiten zur Bildung mehrerer Schwerpunkte (Philosophiegeschichte, Logik, anthropologische Grundlagen des Erkennens und Handelns, Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte in geplanter Zusammenarbeit mit einem Max-Planck-Institut, Edition wichtiger Nachlässe) zu entwikkeln.

C.VI.13. Kleine Fächer und Altertumswissenschaften

Dem Grundkonzept für die Asien- und Afrikawissenschaften kann im großen und ganzen zugestimmt werden. Die Humboldt-Universität befürwortet die Vorschläge bezüglich der Indologie, der Sinologie, der Japanologie und der Afrikanistik. Bei allen Struktur-entscheidungen sollte eine von Humboldt-Universität und FU vereinbarte Fachbereichskommission Empfehlungen abgeben. Konzentrationen sollten die fächer- und institutsübergreifende Grundversorgung und die Geschlossenheit bestehender Fächerensembles fördern.

Die Weiterexistenz der an der Humboldt-Universität betriebenen vorderasiatischen Disziplinen sichert die Komplexität und Interdisziplinarität des Fachbereiches und setzt bewährte Traditionslinien fort. Die Konzentration der Mittelasienwissenschaften und der Israelwissenschaften sowie der Ausbau der Mittelasienwissenschaften sollte an der Humboldt-Universität erfolgen, da für die Mittelasienwissenschaften bereits die Voraussetzungen, einschließlich einer Professur, gegeben sind. Auf dem Gebiet der Lehre ist eine enge Kooperation zwischen Humboldt-Universität und Freier Universität erforderlich.

Die Sudanarchäologie ist ein unverzichtbarer "Markenartikel" der Humboldt-Universität, auf den in dem geplanten großen Afrika-Institut der Humboldt-Universität auf keinen Fall verzichtet werden wird.

Der Studiengang Kulturwissenschaft, realisiert vom Institut für Kulturwissenschaft und vom Institut für Ästhetik, stellt in der Berliner Hochschullandschaft ein Unikat dar und gehört zum Fächerspektrum der Humboldt-Universität.

Die vorgeschlagene Überführung der Theaterwissenschaft an die FU wird von der Humboldt-Universität nicht akzeptiert. Im Unterschied zur Theaterwissenschaft der FU ist die Theaterwissenschaft der Humboldt-Universität spezifisch kulturhistorisch und interdisziplinär orientiert. Als Bestandteil des FB Kultur- und Kunstwissenschaften behandelt sie kulturell-künstlerische Prozesse unter den besonderen Aspekten der Theatralität bzw. der Theaterkunst und darstellender Künste.

Die Humboldt-Universität spricht sich nachdrücklich gegen einen neuen Fachbereich Katholische Theologie aus. Die im Hochschulentwicklungsplan angesprochenen diesbezüglichen Gespräche wurden ohne Beteiligung der Humboldt-Universität geführt.

C.VI.14. Bibliothekswissenschaft

Die Humboldt-Universität befürwortet die von der LHSK empfohlene Integration der Bibliothekswissenschaft an der Humboldt-Universität. Im Gegensatz zu den Empfehlungen der LHSK hält die Humboldt-Universität den Verbleib des Faches Informationswissenschaft an der FU für ungünstig und plädiert für eine weitere Verbindung mit der Bibliothekswissenschaft.

C.VI.15. Philologien

Die universitäre Ausbildung von Diplomdolmetschem und Diplom-übersetzem stellt ein Spezifikum der philologischen Fachbereiche der Humboldt-Universität dar und soll in möglichst großer Breite erhalten werden.

Die einvernehmlich mit der FU vorgesehene Verlagerung der Skandinavistik an die Humboldt-Universität im Rahmen der Gründung des Nordeuropa-Instituts führt zur Konzentration der Nordistik an der Humboldt-Universität, in die auch die Finnistik und Baltistik eingebunden sein soll.

C.VI.16. Zentral- und Regionalinstitute

Das Großbritannien-Zentrum ist ausdrücklich als Gründung an der Humboldt-Universität vorzusehen. Es wird offen für Mitglieder anderer Hochschulen sein.

C.VI.18 Lehrerausbildung

Die Lehramtsstudiengänge in der Sonderpädagogik werden an der Humboldt-Universität konzentriert. Die Lehrerweiterbildung erhält auch an universitären Einrichtungen zunehmend einen höheren Stellenwert. Ohne Veränderungen der Rahmenbedingungen (besonders ohne Anrechnung auf Ausbildungskapazitäten) kann der steigende Bedarf berufsbegleitender Weiterbildung in Zukunft nicht mehr annähemd gedeckt werden.

C.VI.19. Museum für Naturkunde

Die Humboldt-Universität hat ihren Willen erklärt, das Museum für Naturkunde bei Wahrung größtmöglicher Selbständigkeit als Teil der Humboldt-Universität zu erhalten.

C.VII.1. Fachbereiche, Fakultäten

Bei den angestrebten Fakultäten handelt es sich nicht um eine terminologische Umbe-

nennung von entsprechend großen Fachbereichen, sondern um die Schaffung von fachbereichsübergreifenden Gremien etwa im Sinne der im BerlHG fixierten Gemeinsamen Kommissionen. Sie sind in engstem Zusammenhang mit der Neugliederung der Fachbereiche zu sehen, die inhaltlich homogener gehalten werden sollen, in den Fakultäten jedoch ein Forum für die Diskussion übergreifender und interdisziplinärer Probleme erhalten.

C.VII.2. Stellung und Funktion der Dekane

Eine Vollmitgliedschaft der Dekane im Akademischen Senat wird abgelehnt. Aufgaben und Stellung der Dekane sind im Berliner Hochschulgesetz ausreichend geregelt. Eine Diskussion um die Ausgestaltung der Kompetenz von Organen und Gremien der akademischen Selbstverwaltung muß im Zusammenhang mit der Infragestellung des Beamtenstatus der Professoren geführt werden.

Um in den Hochschulklinika eine enge Koordination zwischen Lehre und Forschung einerseits und Krankenversorgung andererseits zu gewährleisten, ist die stimmberechtigte Vollmitgliedschaft des Dekans der einheitlichen Medizinischen Fachbereiche im jeweiligen Klinikumsvorstand vorzusehen.

Teil D: Hochschulmedizin

Die Humboldt-Universität geht davon aus, daß die Zahnmedizin an der Universität erhalten wird.

[...]

Teil G: Forschung

[...]

G. II. 4. Integration von Wissenschaftlern der ehemaligen AdW in die Hochschulen

Die Humboldt-Universität befürwortet das WIP und wird sich gegenüber entsprechenden Anträgen aufgeschlossen zeigen. Eine unerläßliche Voraussetzung für die beabsichtigte Integration besteht aber darin, die rechtlichen und haushaltsmäßigen Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Programms abschließend zu klären. Erst Mitte März 1993 wurden den Universitäten und Hochschulen wenigstens soweit verbindliche Erklärungen übergeben, da0 nun konkrete Schritte der Umsetzung des WIP gemacht werden können. Nach der Einrichtung von den für die Integration benötigten Beschäftigungspositionen in den Nachtragshaushalt 1993 werden voraussichtlich im Rahmen des WIP zwischen 200 - 220 Personen Beschäftigungsverhältnisse mit der Humboldt-Universität aufnehmen. Die Humboldt-Universität versteht diese Integration nicht nur als Übergangsphase zur Verhinderung aktueller Arbeitslosigkeit, sondern als Chance für eine weitere wissenschaftliche Qualifikation.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß 1996 auch ein großer Teil des derzeit unbefristeten MIttelbaus der Humboldt-Universität aus dann befristeten Stellen ausscheiden muß. Die Humboldt-Universität fordert ein dem WIP äquivalentes Programm für Humboldt-Wissenschaftler.

Magdeburg: Menschen machen aus Visionen Zukunft

Eine Einheit ist vollzogen. Ganz akademisch feierlich im Kloster Unser Lieben Frauen am 31. März 1993 - die Zusammenführung von Pädagogischer Hochschule und Technischer Universität "Otto von Guericke" Magdeburg. fast zeitgleich fand selbiges in Halle an der Martin-Luther-Universität statt.

Diese Integration bringe Gewinne, sagte der Rektor der Pädagogischen Hochschule, Prof. Dr. Winfried Marotzki, auf dem akademischen Festakt. Ein Gewinn sei auf ieden Fall die Niveausteigerung der akademischen Ausbildung. Die Zusammenführung bringe aber auch Verluste. Dabei denke er besonders an den Stellenabbau. Ihn schmerze der Gedanke, daß der Lehrbereich Deutsch als Freumdsprache am Institut für Germanistik nur mit Kompromissen weitergeführt werden könne. Prof. Marotzki wamte in seiner Rede davor, "daß sich solche Kürzungen in nicht femer Zukunft rächen werden, und zwar für unsere Gesellschaft rächen werden. Man wird dann wieder schreien und kurzfristige Maßnahmen treffen, weil langfristige nicht rechtzeitig getroffen werden konnten". Er äußerte auch Besorgnis über die Profilierung der neuen Fakultät der Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften im Hinblick darauf, wie auszubildende Lehrer auf die sich verändernden gesellschaftlichen Probleme, beispielsweise die Gewaltbereitschaft an den Schulen, vorbereitet werden können. Er stellte in Frage, daß diesem Problembereich bislang bei den strukturellen Entscheidungen genügend Rechnung getragen wurde.

Der Gründungsdekan der neuen Fakultät, Prof. Dr. Erhard Forndran, hob in seiner

Rede hervor, daß es beim Aufbau einer neustrukturierten leistungsfähigen Universität mit einem unverwechselbaren Profil nicht nur um die Zusammenführung zweier Bildungseinrichtungen gehe. Entstehen solle eine Fakultät mit teilweise neuen Fächem und neuen Aufgaben aus alten Teilen, aber auch aus neuen Elementen. Eine wichtige Aufgabe werde daher die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auch und vor allem die der Hochschule - ihrer Art zu forschen und zu lehren - sein. Prof. Forndran verwies darauf, ein Schwerpunkt der Studiengänge werde auf der Lehramtsausbildung liegen. Künftig würden an der TU Lehrer für Berufsschulen, Gymnasien. Realschulen und Hauptschulen ausgebildet. Für Lehre und Forschung plane der Gründungsdekan die Einrichtung von Forschungslabors, berufsbegleitenden Studiengängen. Aufbaustudiengängen und Graduiertenkollegs. Ein zweiter Schwerpunkt werde der Magisterstudiengang mit seinen vielen Ausbildungsmöglichkeiten, auch über die Fakultät hinaus. Viel Optimismus, den nicht alle teilen können, wie selbst Prof. Forndran einräumte. Die Angst um den Arbeitsplatz überschatte die Integration. Jedoch mache das Diktat der leeren Kassen weitere Entlassungen notwendig. Versprechen konnte der Gründungsdekan nur das Bemühen um rasche Entscheidungen bei der Klärung der Arbeitsplatzsituation. Ein akademischer Festakt in Moll!

Prof. Dr. Jürgen Dassow, Rektor der TU, stellte fest, daß von der einstigen Wende-Euphorie nichts mehr geblieben sei. Erste Gespräche betreffs einer Zusammenführung der beiden Bildungseinrichtungen habe es bereits 1990 gegeben.

Damals sah man die Chance eines breiten Fächerspektrums und besserer Kombinationsmöglichkeiten. Jetzt zeige sich, daß neben der Chance auch eine Fülle von Problemen vor der Universität liegen. Seiner Hoffnung auf den Erfolg dieser Integration verlieh Rektor Dassow mit dem Motto der CEBIT 93 "Menschen machen aus Visionen Zukunft" Ausdruck, Daran müsse gemeinsam gearbeitet werden, beginnend im Sprachgebrauch. So dürfe es keine ehemalige PH und keine ehemalige Fakultät für Erziehungswissenschaften der TU geben, sondern nur noch die Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften.

Diese neue Fakultät, so der Wunsch aller Redner, soll eine Heimat für alle Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaftler an der künftigen Otto-von-Guericke-Universität sein. Ob das gelingt wird die Zukunft zeigen. Ein erster Schritt ist getan mit der symbolischen Übergabe der PH in die Obhut der TU, zu der u.a. Prof. Dr. Hans-Albert Freye, Staatssekretär im Wissenschaftsministerium des Landes, Dr. Klaus Keitel, Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt, sowie der Oberbürgermeister von Magdeburg, Dr. Willi Polte, gekommen waren.

Ines Perl (aus: uni - report, TU Magdeburg 4/93)

Berlin: Zwischen Abwicklung und Neuanfang Struktur- und Berufungskommission am Fachbereich Erziehungswissenschaften beendet ihre Arbeit

Am 23. April beendete die SBK Erziehungswissenschaften offiziell ihre Arbeit an der Universität. Der Vorsitzende der Kommission, Prof. Dr. Volker Lenhart, berichtete auf einer feierlichen Veranstaltung über die mehr als zweijährige Tätigkeit.

19 mehrstündige Sitzungen, daneben an 18 Tagen fächerbezogene Gastvortragstermine, 29 förmliche Anhörungen im Rahmen des Personalübernahmeverfahrens das sind nur einige statistische Angaben über die umfangreiche Arbeit. Schon in den ersten Gesprächen über die Grundsätze des Neuaufbaus des Fachbereiches Erziehungswissenschaften, so war dem Bericht zu entnehmen, waren sich die Kommissionsmitglieder einig, Bedürfnisse und Interessen der Schüler/innen, die von den am Fachbereich ausgebildeten Lehrern/innen unterrichtet werden, und die Bedürfnisse der Klienten/innen anderer pädagogischer Institutionen, deren Personal am Fachbereich studiert, zum Maßstab zu nehmen. Das bedeutete die Schaffung einer hinsichtlich der pädagogischen Teildisziplinen und Handlungsfelder hinreichend ausdifferenzierten Stellenstruktur, femer die Gewinnung von Personen, die in der Lehre den aktuellen internationalen Diskussionsstand ihres Teilfaches vertreten konnten, die durch anerkannte Forschung zu dessen Weiterentwicklung beigetragen hatten und künftig beitragen werden.

Prof. Lenhart berichtete, daß sich bei der konkreten Ausformulierung des Strukturplanes einige Beschränkungen ergaben. So wurde mit Rücksicht auf die Aufgabenverteilung zwischen den Berliner Universitäten an der Humboldt-Universität auf die Einrichtung bzw. Fortführung gewerblichtechnisch-agrarbezogen berufspädagogischer Studiengänge und damit auf Stellen verzichtet. Die Hochschuldidaktik wurde als Aufgabe der ganzen Universität angesehen und deshalb im Stellenplan spezifisch nicht berücksichtigt. Dagegen erlaubten die Gegebenheiten auch Besonderheiten. Es wurde ein Schwerpunkt im Bereich Erwachsenenbildung/ Weiterbildung sowie Wirtschaftspädagogik gelegt. Mit der Ausrichtung einer Professur für Pädagogik und Informatik soll der wachsenden Bedeutung der Computertechnologie für und in Bildungsprozessen Rechnung getragen werden. Die internationale Perspektive wurde durch Schaffung zweier Professuren für Vergleichende Erziehungswissenschaft unterstrichen. Eine weitere Spezialität, begründet nicht zuletzt in der räumlichen Nachbarschaft zur Museumsinsel, ist eine auf Museumspädagogik ausgerichtete Professur.

Der von der Kommission schließlich verabschiedete Struktur- und Stellenplan umfaßte 22 Professorenstellen und 38 Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter/innen, die vier Instituten (Allgemeine Pädagogik, Pädagogische Psychologie, Schulpädagogik, Wirtschafts- und Erwachsenenpädagogik) zugeordnet waren. 26 Stellen wurden für nichtwissenschaftliches Personal vorgesehen.

Nach zweijähriger Kommissionsarbeit erinnerte Prof. Lenhart an die Anfänge.

Die ersten Monate standen noch unter dem Stichwort "Abwicklung" der alten Sektion. Nach der erfolgreichen Klage der Humboldt-Universität und dem Inkrafttreten des Ergänzungsgesetzes zum Berliner Hochschulgesetz, führte der SBK-Vorsitzende aus. hatte auch die Kommissionsarbeit eine übersichtliche und definierte rechtliche Grundlage. Am 15. Februar waren 17 Professorenstellen besetzt. Obwohl mehrere Kollegen/innen aus Ostdeutschland zweite und dritte Listenplätze erhalten haben, sind nur zwei der Neuberufenen ehemalige DDR-Wissenschaftler. Nach Ansicht der SBK reflektiert dieses Ergebnis die besondere Situation von Erziehungswissenschaftlern/innen in der ehemaligen DDR. Sie konnten viel weniger Anschluß an internationale Entwicklungen des Faches halten, als dies West-

deutschen möglich war. Beim Neuaufbau eines forschungs- und lehrhezogenen akademischen Mittelbaus hatte die Kommission die sozialen Interessen des vorhandenen Personals zu berücksichtigen. "Wenn man bedenkt, daß die alte Sektion ca. 70 Stellen dieser Gruppe hatte, der neue Stellenplan aber nur 38 Stellen umfaßt, wird die Größenordnung des Problems deutlich." Prof. Lenhart weiter: "Die Gesprächssituationen, in denen mir 50iährige Kolleginnen und Kollegen gegenübersaßen, denen ich schon aus Haushaltsgründen keine Hoffnung auf Weiterbeschäftigung machen konnte, gehörten zu den am meisten fordemden und bedrückenden Erfahrungen, die ich in der Kommissionsarbeit gemacht habe." Zum 15. Februar waren von sieben unbefristeten Mittelhaustellen sechs besetzt, fünf mit ostdeutschen Kollegen, eine mit einem westdeutschen Kollegen. Die Sollzahl der befristeten Stellen beträgt 31, davon waren zum Stichtag 21 besetzt (9 West, 12 Ost), hinzu kommen sechs mit ostdeutschen Kollegen/innen besetzte Stellen des sogenannten Überhangkapitels.

Ein Problem legte Prof. Lenhart zum Schluß seines Berichtes dem Fachbereichsrat ans Herz. Ein Problem, das sich in den letzten Monaten in den Vordergrund geschoben, das aber bei der Stellendefinition noch nicht berücksichtigt wurde: Es sind dies die Aufgaben einer Migrations- und Interkulturellen Pädagogik, gerade auch gegenüber der Mehrheitsbevölkerung.

Im ganzen aber, so beendete er Vortrag und SBK-Arbeit, ist der Fachbereich Erziehungswissenschaften an der Humboldt-Universität nun ein "Fachbereich, der sich nach dem in ihm versammelten Forschungspotential als einer der ersten Europas sehen lassen kann."

(aus: Humboldt-Universität 7-92/93)

Gründungssenat der Viadrina stimmte Start der Kulturwissenschaftlichen Fakultät zum kommenden Wintersemester zu

Gründungsrektor Ipsen: Wissenschaftsministerium jetzt in der Pflicht

Der Gründungssenat der Europa-Universität stimmte auf seiner 16. Tagung dem Start der Kulturwissenschaftlichen Fakultät zum Wintersemester 1993/94 grundsätzlich zu. Dem vorausgegangen war eine ausführliche Erörterung der personellen Situation - elf Wissenschaftler für diese Fakultät sind bereits berufen, aber noch nicht emannt - sowie möglicher räumlicher Lösungen zur Durchführung von Vorlesungen und Seminaren. Der Gründungssenat erklärte sich bereit, den Studienbetrieb der Kulturwissenschaften an der Europa-Universität im Herbst 1993 aufzunehmen, iedoch vorbehaltlich folgender durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Potsdam zu erbringender Leistungen: Der Haushalt muß abgesichert sein, die vom Wissenschaftsrat geforderten Auflagen hinsichtlich der bestehenden Professuren müssen erfüllt und die Raumsituation durch Anmietung dringend benötigter Räume geklärt sein, "Von unserer Seite wurde alles getan, um pünktlich beginnen zu können, jetzt ist das Ministerium in der Pflicht", unterstrich Gründungsdirektor Prof. Dr. Knut Ipsen.

Die Kulturwissenschaften sollen an der Viadrina eine Klammerfunktion zwischen den Fakultäten als interdisziplinärer Verbund von Geistes- und Sozialwissenschaften im internationalen Vergleich ausüben. Der kulturwissenschaftliche Studiengang gliedert sich in drei Optionen - die sozialwissenschaftliche, die geschichtswissenschaftliche und die sprach- und literaturwissenschaftliche Option - und bitet zudem den Studenten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften eine Reihe von Lehrangeboten. "Insbesondere widmen sich die Kulturwissenschaften in Frankfurt(Oder) den Chancen und Risiken des zusammenwach-

senden Europa an der Nahtstelle zwischen Ost und West. Grundlegender Bestandteil von Forschung und Lehre ist daher die internationale Kooperation", erklärte dazu Prof. Dr. Hans N. Weiler von der Stanford University (USA), der mit dem Aufbau der Kulturwissenschaftlichen Fakultätbeauftragt ist und jetzt vom Gründungssenat als Kandidat für das Rektorenamt bestätigt wurde.

Die endgültige Wahl des Rektors soll noch in diesem Jahr erfolgen, wenn zuvor die dazu nötigen Gremien gewählt werden können. Dies ist bisher durch die nichtausreichende Zahl ernannter Professoren nicht möglich. Der Gründungssenat wird dann seine Arbeit einem gewählten Senat der Europa-Universität übergeben.

Die schleppende Ernennung der Professoren durch das Potsdamer Wissenschaftsministerium - derzeit sind erst sechs Wissenschaftler der Wirtschaftswissenschaftlichen und Juristischen Fakultät der Viadrina ernannt - war ein weiteres Thema der Senatssitzung. Die durch fehlende rechtliche Instrumentarien entstandenen Hindernisse seien jetzt abgebaut, weitere sieben Professoren sollen in den nächsten Wochen ernannt werden, hieß es dazu aus dem Ministerium.

Kritik übten die Mitglieder des Gründungssenats an der vorgesehenen Verfahrensweise, ausländische Wissenschaftler in Brandenburg nur in ein Angestellten-, nicht aber Beamtenverhältnis zu übernehmen. Dies schaffe gerade an der Viadrina, für die ein hoher Ausländeranteil profilbestimmend ist, zwei Klassen von Professoren und sei unannehmbar.

Als erfreulich schätzte der Gründungssenat die Tatsache ein, daß die polnischen Studenten an der Viadrina in den ersten Hausarbeiten und Klausuren trotz der Sprachprobleme sehr gute Leistungen erzielten. Auch bei den kommenden Immatrikulationen wird ein Drittel der Studenten aus dem benachbarten Polen kommen. Die Aufnahmeprüfungen dazu finden im Juni an den Universitäten Posen und Breslau statt.

(PI der Europa-Universität Frankfurt/Oder)

Brücken blieben erhalten

Von der DDR übernommene ausländische Stipendiaten schließen ihr Studium erfolgreich ab.

Für die Fortführung bzw. Abwicklung der früheren DDR-Austauschprogramme hatte der DAAD 1990 die Arbeiststelle Berlin-Mitte eingerichtet, die im Jahr 1992 noch 4411 Geförderte betreute. Nahezu vollständig entfallen ist die Förderung ostdeutscher und ausländischer Wissenschaftler in diesen Programmen: Von 1692 geförderten Personen im Jahr 1991 verblieben im Jahr 1992 noch 113 in der Förderung. Bei den deutschen Graduierten reduzierte sich die Zahl der Geförderten im vergangenen Jahr von 396 auf 21, so daß insoweit von einem Abschluß dieser Austauschprogramme der vormaligen DDR gesprochen werden kann. Alle ostdeutschen Wissenschaftler. Graduierten und Studierenden können sich seit der deutschen Wiedervereinigung um Stipendien in den DAAD-Austauschprogrammen bewerben: zusätzlich wurden verschiedene Sonderprogramme eingerichtet. Insgesamt hat der DAAD im Jahre 1992 in diesen Programmen über 3000 ostdeutsche Studenten. Graduierte und Wissenschaftler gefördert. Dagegen wird das Kemstück der von der DDR übernommenen Programme, die Förderung ausländischer Jahresstipendiaten, noch einige Jahre bis zum vollständigen Abschluß fortbestehen. Von den mehr als 7000 ausländischen Studierenden und Graduierten zu Beginn des Jahres 1991 waren ein Jahr später noch 4277 in der Förderung; bis zum Jahresende 1992 sank die Zahl auf rund 3200 Stipendiaten. Derzeit fördert der DAAD über die Arbeitsstelle Berlin-Mitte noch rund 2800 ausländische Stipendiaten.

(DAAD-PI)

Hans-Böckler-Stiftung:

Promotionsstipendien Umbruch in Ostdeutschland - Voraussetzungen und Folgen

in Kooperation zwischen der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg und der Humboldt-Universität Berlin (Lehrstühle Prof. Dr. Richard Saage, Prof. Dr. Heinz-Hermann Krüger, Prof. Dr. Gert-Joachim Glaeßner) werden zehn Promotionsstipendien der Hans-Böckler-Stiftung vergeben.

Sie sollen sich mit den bildungspolitischen, ideengeschichtlichen und politisch-soziologischen Aspekten des Umbruchs in Ostdeutschland befassen. Es handelt sich um folgende einzelne Schwerpunkte:

- Konservatismus und ostdeutscher Transformationsprozeß
- Utopie und Utopiekritik nach dem Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus
- ostdeutsche Kindheit im Umbruch
- ostdeutsche Generationen im biographischen Vergleich
- alltagsgeschichtliche Aspekte der Pionierleiterausbildung
- die erweiterte Oberschule der DDR als Instrument der Eliten-Rekrutierung
- Hochschulpolitik der SED
- das Ministerium für Staatssicherheit und organisierte Interessenvertretungen im Raum Halle
- Ausbildung und Auswahl von Staats- und Parteifunktionären (SED und Hochschulen)
- die Rolle der Gesellschaftswissenschaften und der parteieigenen Institute für die Legimitation der SED-Herrschaft.

Die Ausschreibung richtet sich an graduierte aus erziehungs- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen mit herausragenden theoretischen und methodischen Kompetenzen und überdurchschnittlichen Examensnoten.

Die Förderung erfolgt zu den üblichen Konditionen der Begabtenförderwerke, Bewerber aus den ostdeutschen Bundesländern werden bevorzugt.

Die Bewerbungen sind bis spätestens sechs Wochen nach der Ausschreibung zu richten an:

Hans-Böckler-Stiftung, Bertha-von-Suttner-Platz 3, 40 227 Düsseldorf, Referat Bewerberauswahl, Stichwort "Umbruch in Ostdeutschland".

Außer den üblichen Bewerbungsunterlagen sind der Bewerbung beizufügen:

- Formloser Antrag auf ein Promotionsstipendium
- Beschreibung des Promotionsvorhabens, Arbeits- und Zeitplan, Gliederungsentwurf
- Kurzfassung der Beschreibung des Promotionsvorhabens (2 Seiten)
- -Literaturliste

Weitere Auskünfte können bei der Hans-Böckler-Stiftung, Referat Bewerberauswahl eingeholt werden.

Rassismus an den Hochschulen

AUFPASSEN!

"KA" (Keine Ausländer) - das ist Alltag bei Zimmer- und Jobvermittlungsstellen an deutschen Hochschulen. Wo es um nackte ökonomische Interessen geht, bieten die Hochschulen ein getreues Spiegelbild der Gesamtgesellschaft: Deutsche zuerst.

Hochschulen sind gefordert, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in dieser Gesellschaft zu bekämpfen. Zum einen darf dort selbst keine praktische Diskriminierung ausländischer Studierender geduldet werden. Wenn das bedeutet, auf ein Jobangebot oder eine Zimmervermittlung zu verzichten, mag das im Einzelfall hart sein. Es ist aber ein Gebot der Selbstachtung und der eigentlich selbstverständlichen Solidarität, "KA"-Vermerke grundsätzlich abzulehnen. Ausländer sind keine Belästigung, was man mit diesem Vermerk implizit unterstellt, sondern eine Bereicherung des Hochschullebens, auf die nur unter Strafe des Verfalls in Provinzialität verzichtet werden könnte.

Zum anderen werden ausländische Studierende immer wieder durch rassistische Äußerungen in Lehrveranstaltungen beleidigt. Was es so schwierig macht, gegen rassistische Äußerungen vorzugehen, ist, daß'sie meist unterschwellig vorgetragen oder ironisch verkleidet werden. Daher ist Aufmerksamkeit geboten. Gegen jeden auch nur angedeuteten Rassismus muß lautstark protestiert werden. Nur so läßt er sich eindämmen. Gefährlich wird Rassismus, wenn er sich in latente Zustimmung eingebettet fühlen kann.

Um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken, erheben wir, Forum Buntes Deutschland, zusammen mit der GEW, den evangelischen und katholischen Studentengemeinden, UNICUM und dem World University Service folgende Forderungen:

- * Ausländerbeauftragte an alle Hochschulen.
- * Gegen jede ausländerfeindliche oder rassistische Äußerung in Lehrveranstaltungen lautstark zu protestieren.
- * Ausländische Studierende bevorzugt in Arbeitsgruppen aufzunehmen.
- * Persönlich aufeinander zugehen und das Gespräch zwischen deutschen und ausländischen Studierenden suchen.
- * Jede Jobvermittlung ablehnen, wenn die Arbeit nur Deutschen angeboten wird.
- * Jede Zimmervermittlung ablehnen, wenn das Zimmer nur Deutschen angeboten wird.

Forum Buntes Deutschland e.V. - SOS Rassismus

97

Der Fall Bernard und die Universität Leipzig 1993

Seit dem Mai d.J. beherbergt die Universität Leipzig mitgliedschaftlich unter anderen den sächsischen Landesvorsitzenden der Partei Die Republikaner. Günther Bernard früher Außerordentlicher Professor für Marxistisch-leninistische Soziologie, heute (bis September 1994) befristeter Lehrbeauftragter für Industriesoziologie - ließ sich nach zweieinhalbmonatiger Mitgliedschaft in der aus den Hinterzimmem drängenden Partei (Bernard) in den Landesvorsitz wählen.

Kolleginnen von Bernard, die Universitätsöffentlichkeit wie die Universitätsleitung reagierten verstört, sind betroffen und entsetzt. Das ist alles gewiß subjektiv ehrlich gemeint.

Gleichwohl: Von einer Universität sollte etwas mehr erwartet werden dürfen als solche in ihrer Schlichtheit anrührenden Betroffenheitsbekundungen. Betroffenheitsbekundungen, wie sie ansonsten von einem Bundeskanzler anläßlich der regelmäßigen Verbrennung von Türken in Deutschland hervorgebracht werden. Von einer Universität wird Reflexion und Selbstreflexion erwartet werden dürfen sowie eine ganzheitliche Betrachtung, die nicht in plattem Positivismus verharrt.

Beides darf bisher im Zusammenhang mit dem Fall Bernard weitgehend als vermißt gelten. Analytische Schwäche wirkt anfänglich meist naiv. Wenn sie sich zum Dauerzustand verfestigt, kann der Eindruck der Verlogenheit entstehen, sofern dem analytischen Schwächling - im vorliegenden Falle: der Universität - die Schwäche nicht zugetraut wird.

Die zur Auswahl stehenden Varianten für die Universität sind also: (a) auf Dauer ei-

nen verlogenen Eindruck machen, (b) die Öffentlichkeit davon überzeugen, daß die analytische Schwäche nicht gespielt, sondern echt ist oder (c) durch reflektierte, mithin universitätsgemäße Äußerungen auffallen.

Einige Anregungen für eine reflektiertere Betrachtung des Falles Bernard seien hiermit geliefert.

1.

Die Universitätsleitung sieht bislang keine Handhabe gegen Bernard. Die Republikaner seien eine legale Partei.

Das ist zum einen richtig, zum anderen aber der eigentliche Skandal.

Wir wollen die Universität Leipzig, die in diesem Jahrhundert für alles anfällig war. wenn es nur unter ideologischem Zuckerguß serviert wurde, nicht gleich überfordem: Wir verlangen ja zunächst noch gar kein Wort zu dem latenten, aber unter multikulturell-migrationstechnologischer Rhetorik verborgenen Rassismus, wie er mittlerweile in alle Poren dieser Gesellschaft gesickert ist. Doch die offene Fremdenfeindlichkeit der Republikaner dürfte auch für eine Leipziger Universität deutlich genug sein. Wenn die ethnopluralistischen Problemlösungsangebote der Republikaner als Ausweis für das Nichtzutreffen des Vorwurfs der Ausländerfeindlichkeit angeführt werden, dürfte das selbst Vertretern der Universität Leipzig zu plump und durchsichtig sein: Meinen wir annehmen zu dürfen.

Allein: Wo ist die klare Äußerung etwa der Universitätsleitung, die deutlich den eigentlichen Skandal benennt - den Skandal, der bspw. nun die unmittelbare Hand-

lungsunfähigkeit gegenüber G. Bernard begründet: daß die Republikaner sich überhaupt einer legalen Existenz erfreuen, mithin als verfassungsgemäß gelten?

2

G. Bernard stehe nicht für die Universität insgesamt, ist zu vernehmen.

Fragen wir uns einmal, was jemanden mit 25jähriger SED-Vergangenheit bewogen haben könnte, den Schwenk zu den Republikanern zu vollziehen.

Den Schlüssel zur Antwort lieferte Bernard selbst. Von der Leipziger Morgenpost gefragt, wie er das denn hinkriege so hopphopp von links nach rechts, fragt er zurück, ob die SED denn eine linke Partei gewesen sei. Für ihn war sie wohl keine. Da schaut der Soziologe aus der Keßheit. Denn gewiß hat Linkssein vom ursprünglichen Anspruch her etwas mit individueller und sozialer Emanzipation zu tun.

Die SED vertrat da eher Gegenteiliges (womit anderes Wollen Einzelner nicht bestritten werden soll): Sie förderte Kollektivismus in Verbindung mit allgemeinem Blockwartstum und soziale Nivellierung. Die identitätsstiftenden Angebote der SED bestanden primär in Dingen wie Führung innerhalb klar geregelter Hierarchien, also der Bedienung autoritärer Fixiertheit, und Ordnung innerhalb festgefügter Koordinaten, die dem schlichten Gemüt ein verläßliches Orientierungsmuster boten.

Das ist nun plötzlich weg. Die Strukturen sind (vergleichsweise) offen, akzeptable Autoritäten nicht vorhanden. Allerorten herrsche Unordnung, von der sich der einzelne überfordert fühle. Doch die Menschen sind die gleichen geblieben. Sie finden sich nicht zurecht. Sie suchen sich ersatzweise Orientierungsmuster in konservativen Ordnungsvorstellungen (etwa in Form der Vorliebe für professorale Dominanz in inneruniversitären Entscheidungsprozessen). Sie zeigen sich vielfach

unfähig, demokratische Diskussionen frei von einem aus ihrer sozialen Stellung hergeleiteten Anspruch auf Kompetenzführerschaft zu realisieren.

Kurz gesagt: Mental lebt die DDR weiter: in ihren vormaligen BügerInnen. Auch an der Universität. Widerspruch zu leben wird weitgehend nur retrospektiv vermocht: in bezug auf die DDR, also außerhalb der Möglichkeit einer Probe aufs Exempel.

Lassen wir uns einmal auf ein Gedankenexperiment ein, und nehmen wir einen gerade begangenen Jahrestag zu dessen Anlaß: die 25. Wiederkehr des Tages der Universitätskirchensprengung.

Gehen wir (a) zunächst davon aus, daß die Universität personell emeuert ist. Stellen wir uns (b) sodann vor, diese Universität in ihrer personell erneuerten Zusammensetzung stünde unter gleichen Bedingungen vor der gleichen Herausforderung wie 1968. Fragen wir uns (c) schließlich: Würde diese Universität in ihrer personell erneuerten Zusammensetzung sich dann bezüglich einer drohenden Universitätskirchensprengung etwa anders verhalten als die seinerzeitige Karl-Marx-Universität?

Es sei die Süffisanz gestattet, an dieser Stelle die vermutende Antwort offen zu lassen.

Statt dessen nur zwei Anmerkungen zu einer spezifischen möglichen Variante, auf Untragbares zu reagieren - zum Rücktritt:

Auch wir sehen es so, daß 1968 der Rücktritt der Universitätsleitung eine zwar ohnmächtige, jedoch zeichensetzende, auf jeden Fall aber angemessene, weil die Würde der Universität verteidigende Reaktion auf die Unikirchensprengung hätte sein können. Zugleich übersehen wir nicht, daß dies unter den seinerzeitigen Bedingungen für den einzelnen eine schwerwiegende, möglicherweise folgenreiche Entscheidung gewesen wäre. Schließlich schätzen wir an den heutigen Verhältnissen, daß

solche Entscheidungen nunmehr weitaus weniger gravierende Folgen für den einzelnen haben würden.

Doch da ist - unsere erste Anmerkung - Frappierendes zur Kenntnis zu nehmen: Trotz allem, was in den letzten zweieinhalb Jahren der Universität zugemutet worden ist, trotz aller z.T. skandalösen Auswirkungen sächsischer Hochschulpolitik auf die Universität war nicht ein einziger Rücktritt eines Funktionsinhabers oder einer Funktionsinhaberin von seinem oder ihrem Amt aufgrund der Auswirkungen der sächsischen Hochschulpolitik zu beobachten. Dies ist uns Indiz für die Kontinuität, die in der gewandelten Universität fortlebt

Die zweite Anmerkung. Wir registrieren folgendes mit Interesse: Nur noch wenige verharren in ihren Ämtern, weil sie dort positive gestalterische Möglichkeiten vermuten. Dagegen opfem sich viele der unsittlichen Anstrengung, Ungewolltes vertreten und durchsetzen zu müssen, mit einem sehr bekannten Argument: um Schaden zu begrenzen und Schlimmeres zu verhüten. Hier einen mentalen Wandel zu erkennen, fällt uns sehr schwer.

3.

Die Republikaner bieten einen attraktiven Orientierungsrahmen u.a. für den von den neuen Verhältnissen nachhaltig verwirrten Ex-DDR-Bürger. Klare Hierarchien und Autoritäten sowie simple Rezepte zur Beseitigung der vermeintlichen Unordnung in einer offenen Gesellschaft verbinden sie mit sozialer Demagogie, die den der Versorgungsgesellschaft nachtrauemden DDR-Bürgern verspricht, die lebensweltlichen Risiken ein für allemal zu beseitigen. Manche/r fände sich wohl bereits bei den Republikanem, wenn dies nicht - noch! eine gewisse soziale Ächtung zur Folge hätte.

Inhaltliche Nähe zu Rep-Positionen wird, nebenbei bemerkt, in hiesigen Vorlesungen bereits vertreten. Ein Medizinprofessor etwa - der schon einmal von sich reden machte dadurch, daß er in der Hauptvorlesung im Oktober 1989 seinen Studierenden befahl, nicht zur Montagsdemo zu gehen, um ihnen am gleichen Orte im März 1990 die Orientierungshilfe zu geben, die Deutsche Soziale Union zu wählen -, dieser Medizinprofessor dilletiert in Soziologie und orientiert seine StudentInnen in fakultativen Vorlesungen ungebrochen:

Für mordende Skinheads (sein Ausdruck: "pubertierende Jugendliche") müsse man Verständnis haben. Die Menschen hätten sich lange nach einem einigen Deutschland gesehnt. Nun, da sie es erhalten haben, seien sie begreiflicherweise enttäuscht, daß sie alles gar nicht so richtig in Anspruch nehmen könnten, da die so lang ersehnte Heimat durch die vielen Einwanderer Schritt für Schritt zur Fremde werde.

Doch der Vorlesende hat einen attraktiven Lösungsvorschlag: positive Abgrenzung. Der hat auch noch den Vorzug, mehrfach verwendbar zu sein: Er taucht gleich noch einmal auf als Verhaltensempfehlung für die - die Toleranzfähigkeit ihrer Umwelt überfordernden - Homosexuellen: positive Abgeschlossenheit und Geheimhaltung wird ihnen anempfohlen.

Im Unterschied zu Bernard ist dieser originelle Denker Professor neuen Rechts geworden. Er wird uns also noch länger erhalten bleiben.

Der Fall Bernard macht, strukturell betrachtet, auf eine Normalität aufmerksam: in einer - noch - von vielen unerwünschten Form. Diese Normalität gilt es zu thematisieren. Andernfalls werden Universitätsvertreter künftig sicher noch häufig Gelegenheit haben, ihre Betroffenheit zu äußern.

Leipzig, im Juni 1993

StudentinnenRat der Universität Leipzig

PUBLIKATIONEN

Parthier, Benno (Hrsg.): Jahrbuch Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina Halle (Saale) 1992 (Leopoldina Reihe 3, Jahrgang 38). Halle/Saale 1993. 367 S. DM 20,-. Bestellungen an: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, August-Bebel-Str. 50a, 0 - 4010 Halle/S. oder über den Buchhandel.

HOCHSCHULREKTORENKONFERENZ HRK (Hrsg.): Arbeitsbericht 1992. Bonn 1993. 301 S. Kostenfrei zu beziehen bei: Hochschulrektorenkonferenz, Ahrstr. 39, W - 5300 Bonn 2.

Fraunhofer-Gesellschaft (Hrsg.): Die Fraunhofer-Gesellschaft von A - Z. Institutsprofile, Forschungsgebiete, Leistungen, Ansprechpartner, Adressen '93/'94. München 1993. 240 S. DM 10,-. Bestellungen an: Fraunhofer-Gesellschaft, Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Leonradstr. 54, 80636 München.

Volkswagen-Stiftung (Hrsg.): *Bericht 1992*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1993. 200 S. Bezug bei: Volkswagen-Stiftung, Postfach 81 05 09, 30505 Hannover.

PRESSEREFERAT DER MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT (Hrsg.): Max-Planck-Gesellschaft. Aktivitäten in den neuen Bundesländern. Eine Zwischenbilanz. München 1993. 45 S. Kostenlos bei: Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, Pressereferat, Hofgartenstr. 2, W - 8000 München 22.

Informationszentrum Sozialwissenschaften, Abt. Berlin in der Aussenstelle der Gesellschaft sozialwsissenschaftschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. GESIS (Hrsg.): Sozialforschung in der DDR. Dokumentation unveröffentlichter Forschungsarbeiten [annotierte Bibliographie mit Standortnachweisen].

Bd. 1: bearb. von Erika Schwefel und Ute Koch. Berlin 1992, 229 S.

Bd. 2: bearb. von Erika Schwefel und Christina Otto. Berlin 1992. 231 S.

Bd. 3: bearbeitet von Erika Schwefel und Wolfgang Mallock, Berlin 1992, 225 S.

Bd. 4: bearbeitet von Ute Koch und Erika Schwefel. Berlin 1993. 224 S.

[geplant sind insgesamt 8 bis 10 Bde.] Je Bd. DM 20,-.

Bestellungen und Informationen bei: Informationszentrum Sozialwissenschaften, Lennéstr. 30, W - 5300 Bonn 1.

Informationszentrum Sozialwissenschaften, Abt. Berlininder Aussenstelle der Gesellschaft sozialwsissenschaftschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. GESIS und Vaskovics, Lasz-Lo A./ Silbereisen, Rainer k. (Hrsg.): Sozialforschung in der DDR. Sonderband. Forschungsprojektdokumentation "Familie und Jugend". Bonn/Berlin 1993. 158 S. DM 20,-Bestellungen an: Informationszentrum Sozialwissenschaften, Lennéstr. 30, W-5300 Bonn 1.

GREVEN, MICHAEL TH./ KOOP, DIETER (Hrsg.): War der Wissenschaftliche Kommunismus eine Wissenschaft? Vom Wissenschaftlichen Kommunismus zur Politikwissenschaft. Leske + Budrich, Opladen 1993. DM 28,-. Über den Buchhandel.

Кисzynski, Jorgen: Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit. Elephanten Press Verlag, Berlin 1993. 133 S. DM 19,90. Über den Buchhandel.

HENKE, KLAUS-DIETMAR (Hrsg.): Wann bricht schon mal ein Staat zusammen! Die Debatte über die Stasi-Akten auf dem 39. Historikertag 1992. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1993. 230 S. Über den Buchhandel.

Wiesner, Herdald: Zur statistischen Dokumentation der Weiterbildungsleistungen an den Universitäten und Hochschulen in der DDR. Auftragsarbeit für die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1992. 44 S. Nachfragen bei: Projektgruppe Hochschulforschung, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.

Burkhardt, Anke: Fachschulabsolventen 1960-1990. Statistischer Überblick. Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1992. 77 S. Bezug über: Projektgruppe Hochschulforschung, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.

STEIN, RUTH HEIDI: Absolventen von Hochschulen in der DDR 1970 bis 1990. Statistische Analyse (Projektberichte 1/1993). Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Berlin 1993. 63 (+27) S. Bezug über: Projektgruppe Hochschulforschung, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.

EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA FRANKFURT (ODER) (Hrsg.): Reden zur Eröffnung der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) am 6. September 1991 (Universitätsschriften Bd. 1). Frankfurt/Oder 1992. 73 S. Kostenlos erhältlich bei: Europa-Universität Viadrina, Große Scharrnstr. 59, O - 1200 Frankfurt/Oder.

Arbeitsgemeinschaft Kritische Tiermedizin (Hrsg.): *Die Fahrt nach Neu-Fünf-Land* [Berichte über Exkursion der Arbeitsgemeinschaft in die ostdeutschen Bundesländer mit Besichtigung veterinärmedizinischer und landwirtschaftlicher (Forschungs-)Einrichtungen]. Göttingen 1993. 38 S. DM 8,-. Bestellungen an: Arbeitsgemeinschaft Kritische Tiermedizin, c/o Bodo Bertsch, An der Lutter 30, W - 3400 Göttingen.

Landeskonferenz der Rektoren und Präsidenten der Berliner Hochschulen, Arbeitsgruppe Studienberatung (Hrsg.): **Studieren in Berlin und Brandenburg.** Berlin 1993. 31 S. Kostenlos zu beziehen bei: Zentraleinrichtung Studienberatung und Psychologische Beratung der FU Berlin, Brümmerstr. 50, W - 1000 Berlin 33.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN: Studien- und Berufswünsche der Abiturienten im Freistaat Sachsen (Statistische Berichte B13-j/92). Dresden 1992. 7 S. DM3,-Bestellungen an: Statistisches Landesamt Sachsen, Dr.-Otto-Nuschke-Str. 20, O - 8012 Dresden.

BLOCK, KLAUS-D./ FUCHS, HANS-W.: The Eastern German Education System in Transition. Revised version of paper presented at the 16th Annual Conference of the German Studies Association in Minneapolis, Minnesota, Oct. 1-4, 1992 (Beiträge aus dem Fachbereich Pädagogik der Universität der Bundeswehr 1/93). Hrsg. von Lutz R. Reuter und Gerhard Strunk. Hamburg 1993. 41 S. Bezug über: Universität der Bundeswehr, Holstenhofweg 85, W - 2000 Hamburg 70.

SENATSVERWALTUNG FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE BERLIN (Hrsg.): **Technologieprogramm** FIT BERLIN 2001. Maßnahmen, Förderhilfen und Adressen in Berlin. Berlin 1993. 68 S. Kostenlos bei: Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie, Martin-Luther-Str. 105, W-1000 Berlin 62.

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berufliche Integration und Weiterbildung von Ingenieurinnen aus den neuen Ländern. Ergebnisse einer Befragung (Bildung Wissenschaft Aktuell 3/93). Bonn 1993. 59 S. Kostenlos zu beziehen über: BMBW, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 20 01 08, W - 5300 Bonn 2.

DURRER, FRANZ/ HEINE, CHRISTOPH: Ausbildungssituation von Abiturienten aus den neuen Ländern. Ergebnisse einer Befragung von Studienberechtigten der Jahre 1990 und 1991 (Bildung Wissenschaft Aktuell Bd. 1/93, hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft). Bonn 1993.55 S. Kostenlos bei: BMBW, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 20 01 08, W - 5300 Bonn 2.

THURINGER MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST (Hrsg.): Wissenschaftslandschaft Thüringen. Überblick zur Hochschul- und Forschungslandschaft. Löwe Verlag, Erfurt 1993. 64 S. Kostenlos bei: Pressestelle des Thüringer Ministeriums für Wissenschaft und Kunst, Werner-Seelenbinder-Str. 1, O - 5071 Erfurt.

ZUM SCHLUSS

Schaf und Schäfer



Die Reize der Lehre im Osten

Wahrscheinlich verkündet der Rektor allen, die aus seiner Hand ihre Ernennungsurkunde empfangen, daß der Entschluß, in Leipzig "etwas aufzubauen", vorbildlichen Idealismus verrate. Das klingt nach Opferbereitschaft, hohem Mut, Pioniergeist, und so ist es wohl auch gemeint. Doch etwas fehlt dabei. Idealist, sagt das Lexikon, ist einer, "der selbstlos, dabei aber auch die Wirklichkeit etwas außer acht lassend, nach der Verwirklichung bestimmter Ideale strebt". Also jemand, dessen eigentümliches Engagement dazu führt, daß Enttäuschungen vorprogrammiert sind – mit offenem Ausgang für ihn und andere.

Auf den ersten Blick scheint das Risiko gering. Frontberichte, von vorgeschobenen Beobachtern in die akademische Heimat vermittelt, tönen häufig wie direkte Umkehrungen dessen, was zu Hause an schlimmen Erfahrungen anfällt. Da machen unregierbare Massen dem schönen Geist zu schaffen - wohin er schweben will, drücken ihn große Mengen nieder, und zusätzlich schnüren ihm knappe Ressourcen die Lebensluft ab. Dies hat spürbare Folgen: Verwahrlosung zieht ein. Infantilismus macht sich breit - vom Katheder herab werden anspruchslose Hirne mit leicht verdaulicher Kost mißmutig abgespeist; reduzierte Ansprüche auf allen Seiten halten den Schein funktionierender Betriebsabläufe aufrecht. So sieht es jedenfalls der "wandernde" Idealismus und hofft, die schlechte Wirklichkeit hinter sich lassen zu können. Auf jungfräulichem Boden soll "drüben" die derangierte Wissenschaft, den historischen Augenblick nutzend, ihre Wiedergeburt als hehrer "Beruf" (Max Weber) erleben. Eine vernünftige Erwartung oder - eben idealistische Überspanntheit?

Für eine Antwort ist es natürlich zu früh. Aber erste Eindrücke stellen sich ein, Leipziger Impressionen gewissermaßen.

Ein "Aufstand der Massen" – die verhee-

rende Überflutung des Bildungsbetriebs findet einstweilen nicht statt. Seminare bleiben klein oder winzig. Einführungskurse sind überschaubar, selbst Vorlesungen mit attraktiven Themen ziehen keine unübersichtlichen Mengen an. Damit entfällt im Prinzip auch iener Binnendruck, der Studenten bis zur Anonymität nivelliert: wo man dann einfach dasitzt, still zuhört und bray mitschreibt; wo niemand was sagt und keiner sich traut; wo vorne am Pult Ratlosigkeit einzieht, während in hinteren Reihen klammheimlich der Motivationsverfall fortschreitet: wo schließlich kein didaktischer Winkelzug mehr hilft, aus den Teilen ein Ganzes zu machen.

Trotzdem: Diese Tendenz zu verwahrlosenden Sitten, versetzt mit infantilen Gesten, hat anscheinend auch Leipzigs akademisches Terrain erfaßt: small ist offenbar nicht automatisch beautiful. Manche Erlebnisse sprechen sogar dafür, daß das Pendel noch stärker nach der falschen Seite hin ausschlägt. Vielleicht macht sich da das besondere Aussehen einer "zivilisatorischen Lücke" bemerkbar: Den Wegfall äußerer Zwänge kompensiert einstweilen kein Aufbau selbstgesteuerter Disziplin - von deren Resten "westliche" Studenten vielleicht noch zehren. Sie fransen schließlich nur verdeckt aus, im Schutz der Masse, während ihre neuen Kommilitonen, weil sie das Problem nicht einmal erkennen, sich ganz ungeniert daneben benehmen. Wie sonst kann es passieren, daß Seminar-Grüppchen, dem "lehrenden" Blick ungeschützt ausgesetzt, intensiv einen anderen Kurs präparieren?

Eine andere Episode bestätigt den Verdacht der "zivilisatorischen Lücke" auf neue Weise, mit gegenläufigem Effekt. Wo immer, wie bei Tests und Prüfungen aller Art, äußere Pressionen weiter wirken, übersteigen die Leistungen "westliche" Standards. Es wird noch richtig gelernt – wenn

es sein muß, eben in einer Veranstaltung für die andere (was auch insofern respektabel ist, als die Studenten sich ein immens hohes Kurspensum auferlegen, also wenig freie Zeit haben). Schriftliche Arbeiten geraten ausführlich, sind gut vorbereitet, verraten formale Schulung, werden sorgfältig angefertigt und pünktlich abgeliefert. Kurzum, der "strafbewehrte" Oktroi des akademischen Komments funktioniert, präzise Befehle produzieren zivilen Gehorsam.

Weil das Modernitätsdefizit diese Zerrissenheit - hier Anomie, dort Disziplin - erheblich zuspitzt, nervt sie besonders: allen voran jenen idealistischen Hirten, der in stiller Erwartung schönerer Zeiten mit enthusiastischen Schafen einen "verrückten Augenblick" erleben will, in dem der akademische Betrieb seiner wahren Bestimmung nahe kommt. Ihm ist die Anomie zu chaotisch, die Disziplin zu mechanisch -Verwahrlosungs-Verdikte und Infantilitäts-Vorwürfe gehen dem Enttäuschten dann leicht von den Lippen. Um so mehr überraschen Diagnosen, deren Tenor lautet, daß das ostdeutsche Abenteuer kurz vor seinem glücklichen Abschluß stehe - und dieser die vollbrachte Angleichung an westdeutsche Normalverhältnisse sei.

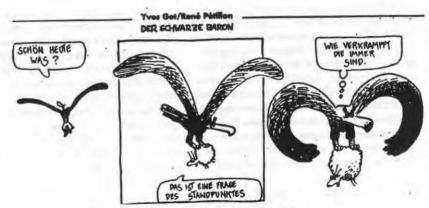
Der widersprüchliche Eindruck blamiert keine Seite per se, weil sich fachliche Lagen nicht über einen Kamm scheren lassen. Die Sache bestimmt den Sinn, dieser das Klima - und da hakt es häufig schon ganz am Anfang. Wer etwa Politik als Wissenschaft betreibt, wird schnell merken: Selbst sonnenklare Ideen wie unser geschätzter Pluralismus samt seinen vertrauten Derivaten (Konkurrenz, Kompromiß, Koalition) wollen in "gewendete" Köpfe kaum hinein; Folgeeinsichten fallen dann natürlich auf völlig unfruchtbaren Boden. Die zivilisatorische Lücke wirkt hinter dem Rücken ihrer Opfer weiter - sie wissen gar nicht, daß sie nichts wissen, und kommen daher zu falschen Urteilen. Andererseits: Wo (Rechts-) Paragraphen oder (Betriebs-)Kalkulationen die ganze Lern-Welt füllen, erleichtert der "Schleier des Nichtwissens" (John Rawls) den Durchblick eher.

Idealistische Erwartungen werden um so

leichter enttäuscht, ie härter sie auf alte Denkschichten stoßen. Ideale Verhältnisse erwarten heißt nämlich ganz platt: Fortsetzung der eigenen Routine im Vertrauen auf neue Resonanz - so als ob rückständige Adressaten eine Nachhol-Ekstase beweisen und genau daran austoben müßten, was ihnen vorgesetzt wird (es reisen genügend Missionare an, die ihre eigenen Schriften den Eingeborenen als heilige offerieren). Doch so ausgewaschen, daß jeder beliebige Sinn, einem Passepartout gleich, Eingang in ihre Kammern finden würde, sind diese verunsicherten Gehirne zu keiner Wendezeit je gewesen. Alle leiden unter Bewußtseinsablagerungen, einzig opportunistische Geister kommen einfach darüber hinweg.

Was geschieht mit den übrigen? Ihnen blüht wohl eins von zwei ähnlich tristen Schicksalen: entweder Befriedung (nach altwestlichem Massenmodell) oder Ausschluß (im Zuge neuöstlicher Elitebildung), je nach dem Kurvenverlauf des professoralen Elans. Falls er, wie manchmal schon spürbar, unter dem Gewicht seiner Bürde nachläßt, werden die wenigen behandelt, als ob sie viele wären: routiniert, schematisiert, indifferent und so tolerant, daß der Friedhof ruhig bleibt. Wo aber weiterhin schwungvoll gehobelt wird (auch dafür gibt es Exempel), da werden Späne fallen - wer dem gewählten Tempo und fixierten Kurs nicht folgt, fällt heraus, eine Altlast mehr.

Man sieht: Mit dem Idealismus, den aus gegebenem Anlaß Leipzigs Rektor beschwört und beglaubigt, hat es so seine Bewandtnis. Weil zum Ideal notwendig die Illusion gehört, hängt alles davon ab, wie enttäuschte Erwartungen verarbeitet werden. Da freilich eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht als der ordentliche Professor in sich, steht den studentischen Nutznie-Bern des gelehrten Opfergangs nach Leipzig (oder anderswohin) kein leichtes Schicksal bevor - zumal sie, dank ihres zivilisatorischen Handicaps, Techniken intelligenter Gegenwehr erst noch lernen müssen. Anderes natürlich auch. WOLFGANG FACH Der Autor lehrt Politische Wissenschaft an der Universität Leipzig.



Schafherden und Schäferhunde Die Reize der Belehrung im Osten

Wer die Wahrheit sagt, wird früher oder später dabei ertappt. Oscar Wilde

Was immer Sozialwissenschaftler unter modern und Moderne verstehen, zumeist gehört Individualisierung zu den Essentials in diesem Diskurs. Gemeint ist iener Prozeß der allmählichen Herauslösung inpersönlicher dividueller Lebensläufe. Schicksale aus klassengebundenen, ständischen, familiären und obrigkeitsstaatlichen Schicksalsvorgaben. Die staatlich okkupierten und kollektivierten Ostlebensläufe wirken auch im vierten Jahr nach dem big bang eher blaß, zumindest eben nicht zivilisatorisch up to date. Gerade die Renner der westlichen Kulturindustrie als Ausweis von Individualitätsentfaltung sind im biederen Osten vorzugsweise Ladenhüter. Skilehrer, Tauchklubs und Aerobicbesessene fristen eine ebenso karge Existenz im Osten wie der bockwurstmeidende Gourmet.

Lustvoll zelebrieren nun einige Sozialwissenschaftler im Gefolge ihrer Berufung an ostdeutsche Hochschulen die vielzitierte Differenz zwischen dem modernen Westen und dem vormodernen Osten. Den "Widerspruch zwischen Moderne und Ge-

genmodeme" (Ulrich Beck) im halbmodemen Westen aus den Augen verlierend, sollte eigentlich die vormodern-ostzonale Schafherde von schwäbischen und anderen Gelehrten in den sicheren Hafen "sonnenklarer Ideen" (Wolfgang Fach, F.A.Z., 16.6.1993) geführt werden. So zumindest die Absicht des idealistischen Hirten, der, mit dem auch in der Schachtheorie ambivalent bewerteten Eröffnungszug c2-c4, sich in froher Erwartung besserer Zeiten auf den jungfräulichen Boden der östlichen Kulturwüste begab.

Die Emüchterung: Die Schafherde verfällt einer "Tendenz zur Verwahrlosung der Sitten" (Fach). Der idealistische Herdenlenker auf dem Weg zu sonnenklaren Ufern beweist dabei seinen hochgradigen Pluralismus. Auf der Flucht von anything goes zu nothing goes bleiben als Tusculum nur die Inseln eidgenössischer Gastronomie im stampfenden Meer der Anomie. Erste Zweifel: Hätte es nicht ein anderes, wenigstens exotisches Entwicklungsland mit den sehnsuchtsvoll erwarteten enthusiastischen Schafen sein können? Die sittenlosen Schafe haben in ihrer geduckten Haltung eben vom naiven Kult des Aufrechtseins endaültig genug. Die unzeitig-vormodeme Verschrobenheit der Erzeugung verrückter Augenblicke in einer entzauberten Berufs-ausbildungsanstalt erscheint dem Kalkül der Herde eher wie ein schwäbischer Ladenhüter. Adomos vielzitierte. kurz vor seinem Tode im Jahr 1969 geäu-Berte Bemerkung: "Als ich mein theoretisches Modell entwickelte, konnte ich nicht ahnen, daß man versuchen würde, es mit Molotow-Cocktails zu verwirklichen", kontrastiert die Erfahrung von vorlesenden Westhirten im Osten Deutschlands, Sie hätten sich gewiß zumindest eine ordentliche Kissenschlacht der ostdeutschen Geister gewünscht. Es bleibt lediglich ein störendes Rauschen für die Gähnenden. Glücklicher Adomo?

Die Schäfer haben dabei iedoch gegenüber der Herde ein grundlegendes Defizit (ohne ihnen hier daraus einen Vorwurf machen zu wollen): Sie kennen nur eine Weide, ein politisches System, in dem sie, nun ia. zu Hause waren und sind. Die Eingeborenen dagegen beherbergen die Erfahrung zweier Systeme inklusive des Strukturbruchs vom einen zum anderen. Dumpf spüren die in den Osten Verschlagenen ihr Defizit, ohne daß es ihnen schon bewußt wäre. Besonders zu schaffen macht ihnen eine gleichfalls noch im vorbewußten Raume verweilende, doch sich zaghaft ankündigende Erkenntnis: Dieses Defizit ist unaufholbar. Der Sturz der politischen Ordnung in der Bundesrepublik unter Ausschluß der Ostdeutschen wäre die - doppelt unwahrscheinlich scheinende - Voraussetzung.

Solche noch nicht ins Bewußtsein gelassenen Erkenntnisse verlangen zur Bewältigung des zwänglichen Vorgangs nach Kompensation. Das läßt sich nicht ohne Amüsement studieren: Besonders augenfällig natürlich an den Universitäten, wo die Exhibitionisten der Kognition gehäuft auftreten. Aber genau dort wecken die angewandten Kompensationsstrategien freilich auch Besorgnisse. Zumindest bei den

Schafen, die bereits das zweite von Übeln beladene System hautnah erleben dürfen. und die nun ob der Erfahrungslücke um die Widerstandsfähigkeit ihrer von spezifischen "Erlebnismilieus" (Gerhard Schulze) geprägten Herdenlenker und verhinderten Dissidenten bangen müssen. Den Kurvenverlauf des professoralen Elans in den Seminaren und Vorlesungen mit Sorge beobachtend, möchte man ihnen zurufen: keep vour options open! Legt euch nicht fest bei der Flucht in das erste baverische Milieulokal inmitten der sächsischen Kulturwüstel

Was geschieht mit den resistenteren Importen? Sie sprinten bereits kurz nach ihrer Ankunft in die Bibliothek und schauen im Katalog, ob ihre epochalen Werke den Vermerk libri sept. f trugen, folglich bis 1989 nur gegen Giftschein-Vorlage zu erhalten, mithin als systemgefährend eingestuft waren, und sie also im nachhinein stolzvermittelnd sind. Natürlich erzählen nur dieienigen von ihrer Recherche, deren Bücher tatsächlich für den Durchschnittsleser gesperrt waren. Von den anderen erfährt man es erst auf Nachfrage. Und dann schwingt abgrundtiefe Enttäuschung mit. Wer könnte das nicht nachempfinden.

Viele möchten sich auch äußem zu dem Unglaublichen, an dem sie teilhaben dürfen. Allerdings meist ohne sich der Mühe unterziehen zu müssen, ein Buch zu schreiben. Also geben sie exzessiv Sammelbände heraus: Nur nicht die Druckkostenzuschüsse verpassen, solange die für dies Thema noch zu haben sind. Die ethnologische Neugier privilegierter Beobachter, die die Unterwerfungsrituale aussterbender Stämme in der westsibirischen Tundra mit ihrem Kaffeehausblick analysieren, feiert dabei fröhliche Urzustände.

Bemerkenswert auch: Kaum ein Schäfer im Osten, der sich nicht seine Lieblingsaltlast hielte. Meist ein frisch promoviertes hoffnungsvolles Schaf, das doch nichts dafür könne, auf der falschen Seite gebo-

hochschule ost juli 1993

ren worden zu sein. Ihm gedeiht umfassende Förderung an. Schließlich gehöre es nicht zu den Inkamationen des zivilisatorischen Lochs, die gar nicht wissen, daß sie nichts wissen. Zu ienen allerdings, die sich ob dieses Befundes nicht mehr sicher sind, zählen diese Vorzeige-Zuchtschafe auch nicht. Stipendien werden vermittelt. Artikel von ihnen werden in die wichtigeren Zeitschriften lanciert. Das kann den talentefördernden Hirten schmücken. Es ist Ausweis für Liberalität und Verständnissinnigkeit. Der verrückte Augenblicke antizinierende Denker, der die Gegenstände seiner Erörterungen in Vorlesungen und Seminaren wie Himbeer- und Schokoladeneis behandelt, wird nicht erst dabei "so tolerant, daß der Friedhof ruhig bleibt" (Fach). Eine Toleranz allerdings, die so schief ist wie das Komma zwischen Ja und Aher

Eine der weniger selten auftretenden Strategien bleibt hierbei die beschriebene Eigenwahmehmung als Hirte, welcher die (naturgemäß unselbständigen) Schafe nicht nur regelmäßig zur Schur treibt. Sondern der ihnen unterwegs auch noch beibringen will, wie in gemeinsamer Anstrengung die "zivilisatorische Lücke" (Wolfgang Engler) zwischen Schaf und Schäfern zu überwinden sei. So begrüßenswert das emanzipationspädagogische Anliegen scheint: Die Enttäuschungen sind vorprogrammiert. Schon allein die Evolution vom Vierbeiner zum Zweibeiner dürfte erfahrungsgemäß den Horizont einzelner Menschenleben überschreiten. Und der artifizielle Trick des Hirten, sich, den Schäferhund mimend, auf alle vier Pfoten fallen zu lassen, verfängt ja leider auch nicht.

Aufschlußreicherweise beschreibt bereits das Bild des Hirten im Alten Testament eine völlig unidyllische, schwere und verantwortliche Tätigkeit (1 Mo 31, 38-40). Der "gelehrte Opfergang nach Leipzig" (Fach) reproduziert das alttestamentarische Bild. Gerade idealistische Hirten hätten dabei

viel zu tun, schließlich ist eine Herde ohne Hirt verlassen (Hesek, 34, 5), Jedoch machen einige der einfliegenden Hirten an ostdeutschen Universitäten eher die Erfahrung, daß diese Herde nicht die ersehnte ist: Keineswegs die Herde, sondern sie finden sich verlassen und entzaubert. Der "kognitive Kynismus" (Peter Sloterdiik) kann daher auch als eine Antwort des Hirtenwillens auf das angesehen werden. was die vom transitorischen hangover paralysierten Schafe dem Idealisten angetan haben

Wenn das iedoch so weitergeht, flüchten über kurz oder lang alle sympathischen Westhirten wieder Und wir stehen erneut allein da mit unseren (meist) einerseits larmovanten, anderererseits geckenhaft ordinarialen Zonenhirten. Ergänzt nur um die anpassungsfähigen, mithin uninteressanten West-Importe: Also iene, die etwa gleich nach der Ankunft gelemt hatten, daß aus traditionellen Gründen der ostdeutsche Kellner eine Respektsperson ist, dessen geneigte Aufmerksamkeit zu erlangen Botmäßigkeit und schleimiges Timbre in die Stimme zu legen sich anempfiehlt.

Durchaus gegen, wir gestehen es, unsere anfängliche Vermutung hat es ia nicht nur solches Personal in den Osten verschlagen. Uns war seinerzeit zunächst eines nicht bewußt: Daß beim Abstecken von Claims auch die eher linkshändigen Büffeliäger die einschlägigen Techniken beherrschen. Zudem mußten wir erst lernen, daß es vor allem Richtiges im Falschen gibt. Dann erst konnten wir verstehen: Etwa warum jemand einen Prozeß mitgestaltet, dessen Rahmenbedingungen er so nicht akzeptiert.

Da saß also in Leipzig bspw. plötzlich eine Kommission, die wir in dieser Zusammensetzung nicht erwartet hatten. Ihre Mitglieder waren fast alle freudig besorgt über den Gang der politischen Ereignisse. Doch sie taten das Richtige im Falschen und gründeten ein Institut für Politikwissenschaft und beriefen die richtigen Leute in die falschen Strukturen, und wir müssen uns korrigieren: Im konkreten Falle wurde aus der roten Sektion kein schwarzes Institut. Aber das bringt auch so seine Probleme mit sich.

Was soll's. Immerhin unterhaltsam ist da doch die gelehrte Rede über Befindlich-keiten. Die zu organisieren, drängt es heftig insbesondere das bürgerliche Feuilleton, und seine Autoren tragen ihm ausführlich zu. Die kulturellen Konflikte zu beleuchten, die sich auftun, wenn die westlich gestylten Denker auf die westsibirische Population treffen, paßt viel besser. Einer verkündete garunlängst, daß wir Vorsokratiker garnicht wissen, was wir alles nicht wissen. Recht hat er ja, obwohl wir nicht mal das genau wissen.

Die Stimmungsbilder sind allesamt geprägt vom Faszinosum des verrückten Augenblicks und davon, daß dieser zum einen nicht so schön und zum anderen viel schöner ist als erwartet. Doch die sich zum Thema Äußernden sind so unterschiedlich. wie ihre Methoden der "Verzierung von Torten" (Richard Rorty) verschieden sind. Warum nur hält sich trotzdem die Proiektion Hirt und Herde (vulgo: Wessi und Ossi), an sich furchtbar billig, so hartnäckig? Können sie vielleicht doch ausgemacht werden: der ideelle Gesamthirte und das ideelle Gesamtschaf? Die Hirtenpose erschöpft sich ja nicht in jener biblischen Rolle. Im ostdeutschen Transformationstheater erscheint der Hirte womöglich als eine reizvolle Rolle des politischen Theaters. die es dem Spieler zumindest erlaubt, die aufzehrende Haltung bloß missionarischer Geister zu vermeiden.

Der bereits mehrfach zitierte Beitrag etwa verrät die vom Autor im emanzipatorischen Lehrstück eingenommene Rolle bereits im Titel, ohne die Westsozialisierung zu verleugnen: "Schaf und Schäfer. Die Reize der Lehre im Osten". Objekt und Subjekt

grinsen uns schon an dieser Stelle entgegen. Die sokratische Auffassung geht dabei davon aus, daß ieder, der auf die Vernunft des idealistischen Hirten zu hören. bereit ist, von der Wahrheit sonnenklarer Ideen zu profitieren vermag. Im Jahr der "Silberhochzeit von Apo und Staat" (konkret) wird beklagt, daß sich die Ost-Studenten "ganz ungeniert daneben benehmen" (Fach). Da ist das Ganze wieder das Wahre, und der Hirt verkommt zum erfolglosen Missionar. Die Klage führt sinnfällig vor, wie die Revolte die Republik verändert hat. Der zur Redundanz der Klage postmodemer Hirten sicher nicht qualifizierte Ulbricht nahm freilich einst schon die Quintessenz vorweg: "Du sollst sauber und anständig leben", forderte er in seiner vormodemen Direktheit bereits auf dem V. SED-Parteitag von den ihm durch die ordnungspolitischen Präferenzen der Besatzungsmacht anvertrauten Schafen

Nun finden sich bisher kaum Klagen über den Geruchspegel und die Kleiderordnung der ostdeutschen Studierenden. Vielleicht sind sie ja auch sauber. Doch die Ungeniertheit ihres Danebenbenehmens ist aus verschiedener Perspektive dann eben unanständig. Auch wir finden dies nicht fein (um an dieser Stelle nur ja falsche Solidarisierungen und also Mißverständnisse zu vermeiden). Allein: Sind solche Wurfaktionen im ostdeutschen Glashaus ob ihrer nichtintendierten Folgen für die Drinsitzenden, auch wenn sie nur wochentags einfliegen, nicht ein wenig unüberlegt?

Sei's drum. Umzugehen mit ihrem dauerhaften Defizit, lediglich ein einziges gesellschaftliches System kennengelemt zu haben, das müssen die einfliegenden Hirten im Osten trotz allem erst noch lemen. Anderes natürlich auch.

Frank Geißler / Peer Pasternack

(Die Autoren studieren Politikwissenschaft an der Universität Leipzig) Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der DDR * Kritische Begleitung des Umbauprozesses * Perspektiven der ostdeutschen Forschungs- und Hochschullandschaft * Analysen * aktuelle Berichte * Rezensionen * Literaturinformation * Dokumentation

hochschule

bisherige Themen:

Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-) Deutschland * Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschlichte * Hochschulstruktur in Sachsen * Heinrich Finkund der Umgang mit unserer Vergangenheit * Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft. Perspektivender Hochschul-entwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestem und Morgen * Jürgen Teiler Honorarprofessor * Fortsetzung zum *Fall Fink* * Hochschulirahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung * Europa-Universität Frank-furt/Oder * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Streitsache Latinum * Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschafter * Frauen in der Ostwissenschaft * SPD-Wissenschaftsforum * Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengerneinden - Geschichte und Funktionswandel * Hochschulen und Mf5 - der Umgang mitteinem unbequemen Erbe * Vorschläge zur Hochschulerorn * Methodologische Wende? * Hochschule als Institution und Landeshochschulrecht * Verbände (-Schicksale) im Osten * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach * Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz

Autorinnen:

Wolfgang Nitsch, Bernd Okun, Horst Poktrack, Rosemarie Will, Matthias Middell, Georg Nolte, Larissa Klinzing, Kurt Nowak, Peer Pasternack, Fritz Klein, Wolfgang Küttler, Wolfgang Ernst, Jürgen Teller, Frank Gelßler, Ilko-Sascha Kowalczuk, Torsten Bultmann, Rudolf von Thadden, Hans Joachim Meyer, Christoph Kähler, Rudolf Mau, Martin Onnasch, Monika Gibas, Horst Klinkmann, Uta Starke, Marlis Dürkop, Hermann Klenner, Hans-Uwe Erichsen, Edellbert Richter, Cornelius Weiss, Alfred Förster, Peter Porsch, Hans-Heinz Ernons, Eberhard Tiefensee, Hans-Jörg Sandkühler, Hartmut Elsenhans, Günther Wartenberg, Sonja Brenties, Martin Robbe, Günter Eiselt, Michael Daxner u. a.

Bestellung	
Bitte senden Sie mir "hochschule ost":	- 14.
1. ein Exemplarzum Kennenlemen	
2mal das Journal im Normal-Abonnement	für 55,- DN
malim Abofür ostdeutsche PrivatbezieherInnen/	
StudentInnenabonnement	für 33,- DN
 mal im Abonnement für in der akademischen/studentischen § 	
tung in den FNL aktive Studierende (tätig in folgendem Gremi	
	für 20,- DN
Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.	
Habe ich mich für Variante 2., 3. oder 4. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstr	
Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Postste	mpel) vor Ablaut der
	in part to the same to the
Bestellfristkündige.	
Bestellfrist kundige.	
Bestellfrist kundige.	
Bestellfrist kundige.	
Bestellfristkundige. Name	
Bestellfristkundige. Name Adresse	
Bestellfristkundige. Name	
Bestellfristkûndige. Name Adresse	(Unterschrift)

Bitte senden an: Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa Uni Leipzig, Augustusplatz 9, PSF 920, O - 7010 Leipzig

Leipzig, Augustusplatz 9, PSF 920, O - 7010 Leipz hochschule ost juli 1993